

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die hochgeheilte Kolonelle
Seite oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Insertate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 25. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die neuen Unruhen in Rußland.

Aus Rußland wird uns geschrieben:
Ein Jahr ist verfloßen, seitdem sich die Regierung zu dem
brutalen Akt der Einfästerung der Studierenden entwarf.
Sie trat in das Jahr 1901 mit dem vollen Bewußtsein der
überlegenen Macht. Draufloschauen, das war ihre Lösung.

Um die verschiedenen regierungsfeindlichen Schichten hatte
sich in der kurzen Zeit ein einigendes geistiges Band gelegt,
an dem sie vergebens rüttelte. Sie mußte sich überzeugen,
daß mit der Knete allein nichts mehr anzurichten ist, es
mußte an Stelle der offenen Tyrannie das diplomatische
Spiel treten.

Die Regierung zeigte sich mit einer Reform der Mittel-
schule beschäftigt, die Professorenkollegien erhielten den Auftrag,
Vorschläge zur Umgestaltung des Hochschulwesens dem
Kultusminister zu unterbreiten, hier und da merkte man
auch bereits kleine Abweichungen von dem bisherigen Regime,
die als Vorboten einer gründlichen Umarbeitung des Hoch-
schulwesens ausposaunt wurden.

So verging der Sommer. Die Aufregung hatte sich ge-
legt. Ein großer Teil der russischen Gesellschaft war auf den
Reformföcher gegangen, man hatte im Vertrauen auf das von
der Regierung gegebene Versprechen die Hände in den
Schößen gelegt. Die die verschiedensten Schichten der Bevölkerung
umfassende oppositionelle Bewegung des Frühjahrs hatte sich
verflacht und geteilt, die studierende Jugend war fern von
den Städten auf dem Lande zerstreut. Diese Lage schloß die
Regierung wieder allmählich Rut ein. Der Presse wurde
wieder der große Maulkorb aufgelegt, sie durfte über die
Reformen nur noch kaum vernehmbar säuseln, über Tolstoj,
den großen Freund der Jugend, durfte sie keine Silbe mehr
drucken. Die nach Petersburg einberufene Konferenz der
Gendarmeriechefs von ganz Rußland arbeitete den Plan der
weiteren Polizeipolitik aus. Der Regierung erschien wieder
ihre Lage so ruhig, daß sie ohne weiteres die alten Bahnen
zu betreten können glaubte.

Die Reformversprechen waren vergessen. Sie hatte sich
aber geirrt, wenn sie meinte, daß man ihrem Thun nicht
folgt. Die Warnungen des Frühjahrs, sich nicht übertölpeln
zu lassen, hatten immerhin Früchte getragen. Kaum war der
alte Pferdeschuh bemerkt, da ertönten schon auch die schrillen
Warnrufe.

Wir geben hier die Hauptmomente der Bewegung der
letzten Tage mit den sie charakterisierenden Auszügen aus
den Resolutionen der Protestversammlung und den Flug-
blättern wieder.

Schon Anfang August machte sich in der Studentenschaft
ein scharferer Wind fühlbar. In den ersten Tagen
des August fand in Petersburg die Verbreitung
eines Manifestes statt, in dem es unter anderem heißt:
„Das Land ist voll von ausgeschlossenen Studierenden, statt
daß sie Wiederaufnahme finden, stellt man sie für Jahre unter
Polizei-Aufsicht. In den letzten Tagen ist eine Verfügung
erschienen, die der jüdischen Jugend den Zutritt zu einigen
höheren Lehranstalten ganz untersagt. Solche Maßregel stellt
die Regierung an die Spitze ihrer „Reform“! Wir müssen
der Regierung laut zu wissen geben, daß sie bei diesen ihren
neuesten Verfolgungen, wie immer, im Gegensatz zu den
Wünschen der besten Männer des russischen Volkes steht. Wir

müssen der jüdischen und anderen Nationalitäten offen erklären,
daß wir zugleich mit dem Kampf für das Gute und Hohe
in der Schule mit ihnen auch für ihre bürgerlichen Rechte
kämpfen“. Ein ähnliches Manifest wie in Petersburg wurde
auch in Charkow verbreitet. Die Teilnahme der Arbeiter an
der Bewegung im Frühjahr hat in der Jugend die tiefste
Sympathie für die Sache der Arbeiter geweckt. Als Zeichen
der inneren Verbrüderung kann die Thatsache dienen, daß zu
gleicher Zeit mit dem Manifest ein Aufruf zirkulierte, der die
Kameraden aufforderte, mit allen Kräften die Konfektions-
arbeiter zu unterstützen, die sich zu dieser Zeit im Streik be-
fanden.

Die Versammlungen haben in diesem Jahre früher als
sonst begonnen. In der Rjower Universität wurde eine
solche schon am 24. Oktober abgehalten. Die Versammlung
nahm mit 945 Stimmen gegen 5 eine Resolution an, die die
Wiederaufnahme sämtlicher von der Universität wegen Teil-
nahme an der letzten Bewegung Begewiesenen verlangt, sie
protestiert gegen die Verweigerung der Aufnahme der Jugend
jüdischer Nationalität in den Mittel- und Hochschulen und
gegen das ganze System Bannowskis. Eine gleiche Resolution
wurde an dem Rjower Polytechnikum angenommen. Mitte
Dezember hat das Komitee der Rjower Studierenden ein
Manifest gegen die Reformhuckelei der Regierung erlassen.
In einem andern Manifest des Organisationskomitees der
Studierenden des Rjower Polytechnikums heißt es:
„Wünschenswerte Resultate können wir von der Reform,
die den schändlichen Namen Bannowskis trägt, nicht
erwarten. . . Viele von unsren akademischen Forderungen
können nur durch den politischen Kampf zur Erfüllung ge-
bracht werden.“

Neuliche Anschauungen werden auch in der Flug-
schriftenliteratur vertreten, die in Dorpat und Riga ver-
breitet worden ist. Den Protestversammlungen in Rjow und
Charkow folgte auch Petersburg. Am 26. November fand in
der Universität eine Versammlung von 700 Personen statt.
Die Versammelten stellten die alten Forderungen auf: Frei-
heit des Wortes, der Versammlung und der Koalition. Sie
erklärten sich solidarisch mit den Rjower Studierenden
und verlangen die Wiederaufnahme sämtlicher an der
Frühjahrsbewegung Beteiligten, auch derjenigen, die
am 11. März an der Manifestation vor der Kasaner
Kathedrale beteiligt waren. In der einstimmig angenommenen
Resolution wird die Regierung aufgefordert, die Verhänftalten
allen ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses, der
Nationalität und des Geschlechtes zu öffnen.

Den Versammlungen und der Verbreitung von Agitations-
schriften ist es gelungen, in der Bewegung wieder den alten
Geist wachzurufen. Ueberall merkt man das Aufstahren
der Empörung und des Gefühls, daß nur ein erneuerter
Sturm auf die Regierung zwingen kann, das von ihr
gegebene Wort einzulösen. Der Polizeiföcher und die
Ragaita bekommen wieder Arbeit. Am 11. und 12. Dezember
fanden in den Hauptstraßen Charkows Manifestationen statt,
wobei am letzteren Tage wieder die Kofaken ihre Gankerrolle
spielten. Am 11. Dezember versammelte man sich in der
Universität, um über die Stellungnahme zu der Begewerfung
von 150 Studierenden von dem Veterinärinstitut zu beraten.
Nach der Versammlung machten sich 500 der Teilnehmer, zu
denen sich eine große Menge anderer Personen gesellten, auf
den Weg zum Institut, um dort gegen die scharfe Maßnahme
zu protestieren, die man gegen den ersten Kursus, wegen
seines disciplinwidrigen Verhaltens gegenüber einem Professor,
ergriffen hatte. In einer der Straßen erschien der Polizeichef
mit einer Sotnje Kosaken und es gelang ihnen, einen Teil der
Manifestanten zu umzingeln und etwa 80 Personen zu ver-
haften. Die Menge wuchs aber zusehends, sie zog zu der
Polizei, um die Befreiung der Verhafteten zu bewirken. Den
Manifestanten gelang es schließlich, ihre Forderung durch-
zusetzen, die Verhafteten wurden in Freiheit gesetzt. Am
nächsten Tage erneuerten sich die Manifestationen. Den nächsten
Anlaß dazu gab die Polizei, die in das Veterinärinstitut ein-
dringen wollte, um dort einen von den Spitzeln als Social-
listen denunzierten Studierenden zu verhaften, der drei Tage,
weil er wußte, daß in seiner Wohnung die Gendarmerie sitzt,
von Hause ferngeblieben war. Der Polizei wurde Wider-
stand geleistet, wobei 38 Personen in Haft genommen wurden.
Darauf versammelte man sich in der Universität zu einem
großen Meeting, auf dem der Beschluß gefaßt wurde, die Ob-
struktion zu beginnen. Von der Universität zogen die Ver-
sammelten unter großer Beteiligung der Bevölkerung durch die
Straßen der Stadt. Nach 6 Uhr erschienen in großer An-
zahl Arbeiter von den in der Nähe der Stadt gelegenen
Fabriken. Die Manifestanten zogen unter dem Gesang
revolutionärer Lieder durch die Sumskitrasse, als plötzlich
aus dem Hause, wo sich die Redaktion des „Zuschnij Strai-
“ befindet, Kosaken heraustrühten und schonungslos auf die
Manifestanten einhieben. Die Menge zog in eine Quertrasse
ein, aber auch hier erschienen die Treiber, so daß ein all-
gemeiner Kampf begann, aus dem viele der Beteiligten schwere
Verletzungen davontrugen.

In Moskau fand eine Demonstration vor dem Hause
des Gouverneurs statt; man protestierte gegen das Verbot
der Polizei, den Todestag des vor 40 Jahren verstorbenen
bekanntesten russischen Kritikers und Dichters Dobrosjubow durch
literarische Abende zu feiern. Einige Tage später fand an
demselben Ort eine Demonstration um 2 Uhr nachts statt.

Die Polizei ist darauf vollständig unvorberichtet gewesen, so
daß die Rahennusik, die dem Gewaltigen dargebracht wurde,
eine ziemlich weile andauerte. Charkow und Moskau folgte
Riga. Hier wendete sich die Demonstration in erster Linie
gegen die Rigaer deutschen Blätter, die als Organe des der
baltischen Bourgeoisie und des Junkertums die Bewegung
gegen die übrigen Nationalitäten der Provinzen auspielen
wollen. Als nun die „Rigaer Rundschau“ sich sogar zu der
Gemeinheit verstieg, der Regierung die Anwendung der
Knete geradezu zu empfehlen, da war das Maß
voll. Das Redaktionslokal wurde von einer größeren
Menge umringt, die die Fenster einwarf und die
Leiter des Blattes mit nicht gerade schmeichelhaften Aus-
drücken bedachte.

Die Lage wurde charakterisiert durch die Ausdehnung der
sogenannten „verstärkten Ueberwachung“ auf neue Landesteile.
Die „verstärkte Ueberwachung“ erweitert die administrativen Ver-
fügungen der Gouverneure und Polizeichefs. Besondere polizei-
behördliche Prärogativen erhält aber die Gendarmerie. Sie kann zu
jeder Zeit und an jedem Orte, ohne vorher in Verbindung mit
der Staatsanwaltschaft zu treten, Verhaftungen vornehmen
und Konfiskationen von „verdächtigen Gegenständen“ aus-
führen, mit einem Worte, die Bevölkerung ist völlig ihrer
Willkür überlassen. Die „verstärkte Ueberwachung“ wurde zum
erstenmal 1881, im August nach dem Anschlag gegen
Alexander II., in 10 Gouvernements eingeführt, nunmehr ist sie
auch auf viele Städte außerhalb dieser Gouvernements ausge-
dehnt. Es sind vorwiegend Gebiete, in denen in der letzten
Zeit die Bewegung starke Fortschritte gemacht hat. Da ist
z. B. das Gouvernement Wilna, dort macht besonders die
jüdische und litauische Arbeiterschaft der Regierung Sorgen,
ebenfalls in Witebsk, Dünaburg, Bjalostok, Minsk, Mohilew,
Gomel. In Kasan und Tomsk (Sibirien) ist die „verstärkte
Ueberwachung“ wegen der Unruhen eingeführt, in Riga wegen der
lettischen und in Tiflis wegen der armenisch-
russischen revolutionären Bewegung. Außerdem wird der ver-
schärfte politische Ueberwachungsdienst auch in Jaroslaw,
Saratow, Poltawa, Samara, Nischnew und Dorpat ein-
geführt. Man sieht, die Regierung will auf alles gefaßt und
vorberichtet sein. Sie fühlt, daß ihr der Boden unter den
Füßen schwankt.

Zolltarif-Kommission.

Die Beratung beginnt Freitag mit der Ziffer 13 des § 5, wo-
nach zollfrei bleiben: „Ordenszeichen, die von Staatsoberhäuptern
verliehen sind, ferner, falls Gegenseitigkeit gewährt wird, Wa p p e n -
schilder, Flaggen und andre Gegenstände, die von fremden
Regierungen ihren in Deutschland bestellten Vertretungen zum dienst-
lichen Gebrauch zugesendet werden.“

Die Socialdemokraten beantragen, die Worte „Ordenszeichen,
die von Staatsoberhäuptern verliehen sind“ zu streichen.

Graf Kanitz (konf.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß die
große Mehrheit für die Streichung der Worte Ordenszeichen etc.
eintreten werde. Eine Debatte sei daher wohl überflüssig. Er selber
würde den Antrag gestellt haben, wenn er nicht von anderer Seite
gekommen wäre.

Stadthagen: Die einfache Streichung reicht nicht aus, im
Zolltarif selber muß noch ein hoher Zoll für Orden eingesetzt
werden. Ein Orden ist ein Spielzeug für große Kinder und dieses
Spielzeug wird in so großer Zahl verliehen, daß ein Ordenszoll
einen sehr hohen Zollersatz liefern würde. Ueber den Wert der
Orden sagt der Spruch das Richtige: „Nicht Du hast den Orden,
der Orden hat Dich, so jagte der Bauer zum Anöterich.“

Der socialdemokratische Antrag wird hierauf mit großer
Mehrheit angenommen.

Angenommen wird die so veränderte Ziffer 13 des § 5 und die
legte Ziffer 14, die „Särge, in denen Leichen eingehen“ zollfrei läßt.

§ 6 bestimmt:

„Waren, die im Tarif nicht besonders genannt und auch in
keiner Tarifstelle begriffen sind, werden denjenigen Tarifstellen
zugewiesen, in denen die ihnen nach Beschaffenheit
oder Verwendungszweck am nächsten stehenden
Waren aufgeführt sind. Die entgegenstehenden Bestim-
mungen des Vereinszoll-Geleges sind aufgehoben.“

Abfälle werden wie die Rohstoffe, von denen sie stammen, be-
handelt, wenn sie denselben Zwecken dienen. Verdorben Waren
bleiben zollfrei, wenn sie unter amtlicher Aufsicht vernichtet
werden.“

Die Socialdemokraten beantragen folgende Fassung des ersten
Absatzes: Waren, die im Tarif nicht besonders genannt sind, auch
in keiner Tarifstelle begriffen sind, sind zollfrei.“

Stadthagen: Eine Ware, die im Tarif nicht genannt ist, muß
zollfrei bleiben. Ob es freilich überhaupt Waren giebt, die im
Tarif nicht genannt sind, ist sehr zweifelhaft. Jedenfalls aber würde
die Annahme des § 6 die Uebertragung der Gesetzgebung auf den
Bundesrat bedeuten. Heute ist die Elektrizität, die über die Zoll-
grenze geleitet wird, noch zollfrei. Es ist aber gar nicht aus-
geschlossen, daß der Bundesrat eines schönen Tages die Elektrizität,
die zum Beispiel aus der Schweiz nach Baden geleitet
wird, für zollpflichtig erklärt. Das wird sicherlich geschehen,
wenn es der Chemie gelänge, auf elektrischem Wege Alkohol aus
Carbid herzustellen.

Fischbeck (fri. Sp.) beantragt:
„Waren, die im Tarif nicht besonders genannt und auch in
keiner Tarifstelle begriffen sind, werden durch den Bundesrat
denjenigen Tarifstellen zugewiesen, in denen die ihnen nach
Beschaffenheit und Verwendungszweck am nächsten stehenden Waren
aufgeführt sind.“

Außerdem soll der Paragraph folgenden Zusatz erhalten:  
„Die getroffenen Anordnungen sind dem Reichstag sofort mitzuteilen und außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag seine Zustimmung nicht erteilt.“

Der Antragsteller giebt seinem Antrag den Vorzug vor dem socialdemokratischen, der die Möglichkeit offen lasse, daß Waren durch andre Benennung der Zollpflicht entzogen werden.

**Gothein** (fr. Vg.) beantragt, den Abs. 1 zu streichen. Schatzsekretär **v. Thielmann** bekämpft den socialdemokratischen Antrag und den Antrag **Hirsch** und will höchstens der Streichung des Absatzes 1 zustimmen, wodurch das bestehende Gesetz erhalten bleibt und der Bundesrat dann sein Recht auf Grund des Zollvereins-Gesetzes ausübt.

**Speck** (C.): Die Annahme des socialdemokratischen Antrages würde zu großen Zolldebatten im Reichstage führen. Aber auch die im Gesetz vorgeschlagenen Bestimmungen reichen nicht aus. Viele chemische Stoffe werden auf Grund der Nummer 315 des Tarifs zollfrei sein, die alle nicht im Tarif genannten Metalloide, Säuren, Salze und Verbindungen von Metalloiden unter einander oder mit Metallen zollfrei läßt. Redner beantragt, die Worte „nach Beschaffenheit oder Verwendungszweck“ durch die Worte „nach den Grundfögen des Tarifs“ zu ersetzen.

Schatzsekretär **v. Thielmann** erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden.

Unterstaatssekretär **v. Fischer**: Der § 3 des Vereins-Zollgesetzes sagte, daß die nicht im Tarif genannten Waren zollfrei seien. Bei der späteren Revision sind diese Bestimmungen aus Versehen stehen geblieben. Das hat zur Folge gehabt, daß Glühstrümpfe und auf trockenem Wege hergestellte Schlemmkreide zollfrei geblieben sind. Das Halbfabrikat des Glühstrümpfes war zollpflichtig, aber das Ganzfabrikat blieb zollfrei. Diese Kuriosa sollen jetzt beseitigt werden.

**Graf Kanitz** (Konf.): Auch das Carbid ist heute zollfrei, weil es sich nicht einreiben läßt. Der Bundesrat wird mit seiner Machtbefugnis keinen Mißbrauch treiben. Redner beantragt, im § 6 die Worte „Beschaffenheit oder Verwendungszweck“ zu streichen.

**Dr. Spahn** mißt dem Antrag **Speck** keine wesentliche Bedeutung bei. Das einfachste sei, die ganze Bestimmung zu streichen.

Schatzsekretär **Freiherr v. Thielmann** empfiehlt den Antrag **Kanitz**.

**Dr. Deumer** (natl.) glaubt, die Zollfreiheit der Sammelpositionen Ziffer 315 könne zu Mißständen führen und will daher beantragen, daß diese Sammelpositionen nicht in den Handelsverträgen gebunden werden dürfen.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärt, daß die Sammelpositionen nicht durch Verträge gebunden werden.

Auf eine nochmalige Anregung **Stadthagens** erklärt Schatzsekretär **v. Thielmann**, daß elektrische Energie und Wasserkraft nicht als Waren betrachtet werden.

**Brümel** (fr. Vg.) stellt fest, daß in 32 Jahren nur zwei Artikel nicht im Zolltarif unterzubringen waren. In einer Revision liege kein Bedürfnis vor und das beste sei die Streichung.

Bei der Abstimmung wird dem Antrage **Gothein** entsprechend die Streichung der ganzen Bestimmung mit 18 gegen 8 Stimmen, der Konservativen und Nationalliberalen, beschloffen.

§ 7, welcher die Zollbehandlung des Baues und Betriebes von Grenzseilbahn-Stationen, die im deutschen Zollgebiet von Nachbarstaaten errichtet werden, festsetzt, wird unverändert nach der Vorlage angenommen.

§ 8 wird abfativo behandelt.

Absatz 1 lautet: „Zollpflichtige Waren, die aus Staaten herkommen, welche deutsche Schiffe oder deutsche Waren ungünstiger behandeln als diejenigen anderer Staaten, können neben dem tarifmäßigen Zolltag einem Zollzuschlag bis zum doppelten Betrage dieses Zages oder bis zur Höhe des vollen Wertes unterworfen werden. Tarifmäßig zollfreie Waren können unter der gleichen Voraussetzung mit einem Zoll in Höhe bis zur Hälfte des Wertes belegt werden.“

**Deumer** (natl.), **v. Kardorff** (Rp.), **Müller-Julda** (C.) beantragen, der Bestimmung der Vorlage folgende Bestimmungen vorauszusetzen:

„Bei der Einfuhr zollpflichtiger Waren ist ein Nachweis darüber, in welchem Staate die Herstellung der Waren erfolgte, zu erbringen. Ueber die Art und Weise, in welcher dieser Nachweis zu führen ist, trifft der Bundesrat die erforderlichen Bestimmungen. Soweit fremde Staaten bei der Einfuhr deutscher Erzeugnisse die Vorlegung beglaubigter Rechnungen, Ursprungszeugnisse oder sonstige Deklarationen vorschreiben, sind für die Einfuhr der Erzeugnisse dieser Staaten in das Deutsche Reich die gleichen Anforderungen zu stellen.“

**Graf v. Schwerin-Löwitz** (L.) hält Nachweise für alle eingeführten Waren für erforderlich, es sei wichtig, das Herstellungsland zu kennen.

**Brümel** (fr. Vg.): Für alle Waren sollen nach dem Antrage Ursprungszeugnisse eingeführt werden. Dadurch wird eine völlige Umwälzung des Zollverfahrens herbeigeführt. Man hat behauptet, gründliche Vorbereitungen seien der Vorlage vorangegangen. Welche Vorbereitungen liegen denn für diese völlige Umwälzung vor? Der Vorschlag aberumpelt die Geschäftswelt.

Der stellvertretende Vorsitzende **Naasche** unterbricht hier den Redner und behauptet, der Vorschlag sei längst bekannt.

**Singer** protestiert gegen dieses Gebahren des Vorsitzenden.

**Brümel** (fortfahrend): Heute wird etwas ganz anderes gefordert als in den früher gestellten Anträgen. Mit den bisherigen Erfolgen Deutschlands im Welthandel können wir zufrieden sein. Bisher wurde nur im Fall des Zollkrieges und auch dann nur soweit, als sie unumgänglich nötig sind, Ursprungszeugnisse verlangt. Der Antrag aber will die Placard des Ursprungszeugnisses zur Regel machen. Der Ursprung einer Schiffsladung Getreide ist ja sehr leicht nachzuweisen. Aber die Ursprungszeugnisse werden sich nur sehr schwierig, vielleicht gar nicht beschaffen lassen, wenn ein Dampfer von London mit Städtgütern kommt, die 100 Absender an 100 Empfänger versenden. Redner beantragt, eine Untersuchungskommission einzusetzen, bevor der Antrag der Hochschützölnner zur Abstimmung kommt.

Staatssekretär **Graf Posadowsky** bekämpft den Antrag mit großer Energie. Er bezeichnet ihn als einfach undurchführbar. Eine Reise durch das Hamburger Freihafen-Gebiet müsse jeden von der Unmöglichkeit des Antrages überzeugen. Der Antrag könne nur dazu beitragen, den Verkehr zu erschweren, und würde größere Reibungsfächen erzeugen, die zu Zollkriegen führen können. Die Ursprungszeugnisse müssen schließlich von untergeordneten Organen ausgestellt werden und das gedulbige Papier wird manches bezeugen, was mit den Verhältnissen in Widerspruch steht.

Geb. Legationsrat **Johannes** giebt eine gleiche Erklärung im Namen des Auswärtigen Amtes ab.

**Kardorff** (Rp.) meint, es würden keine Ursprungszeugnisse, sondern nur Nachweise verlangt. Der Antrag soll eine Vorbereitung zum Zollkrieg sein.

**Singer** (C.): Es ist interessant, daß wir uns hier in Gesellschaft des Grafen **Posadowsky** befinden, der sich nach Meinung der Antragsteller nun auch auf antinationalen Boden gestellt hat. Herr **v. Kardorff** hat heute die Stellung des Staatssekretärs schon als antinational bezeichnet. Das ist die Taktik der Hochschützölnner, jeden als Reichsfeind zu bezeichnen, der ihren Plänen widerspricht.

Rational ist ihnen nur derjenige, der die Hand dazu bietet, ihre Taschen zu füllen. Sind Erhebungen über die Frage gemacht worden, dann müssen deren Resultate ungefälscht mitgeteilt werden. **Kardorffs** Offenheit habe den Plan verraten, die Hochschützölnner wollen Zollkriege und glauben, hier das Mittel zu haben, sie herbeizuführen. Wenn die Mehrheit auf dem Antrag besteht, dann muß zunächst eine Enquete stattfinden. Die Antragsteller haben sich das chinesische Reich zum Vorbild genommen und wollen dieselbe Handelsfeindschaft mit modernen Mitteln zum Ausdruck bringen, die die Chinesen mit der Mauer erreichen wollten. Wollten wir Handelspolitik treiben und hielten wir jedes Mittel für angebracht, den Tarif zu Falle zu bringen, dann müßten wir für den Antrag stimmen.

Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Die Frage ist im Wirtschaftlichen Ausgange erledigt worden und dort hat man sich für Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes erklärt. Ueber den Antrag selbst konnte im Wirtschaftlichen Ausgange nicht beurtet werden, weil man nicht wußte, daß ein solcher kommen würde.

**Gamp** giebt zu, daß der Antrag mißverstanden werden könne, eine Hemmung des Verkehrs sei aber davon nicht zu befürchten. Für eine Statistik sei es wichtig, zu erfahren, woher die Waren kommen. Redner beantragt, im Antrag „Nachweis“ statt „Nachweise“ zu setzen.

**Speck** (C.): Mein Name steht zwar auch unter dem Antrag. Nach der Begründung aber, die die Urheber des Absatz 1 und 2 des Antrages gegeben haben, muß ich meine Unterschrift zurückziehen. Der Bundesrat hat schon jetzt die Möglichkeit, zu erfahren, woher die Ware kommt. Es bedarf keiner neuen Bestimmungen. Das Verlangen eines Nachweises bedeutet eine Schädigung des Handels der Vertragsstaaten und eine Verteuerung der Waren.

Handelsminister **Müller** erklärt sich ebenfalls entschieden gegen den Antrag, die Bestimmungen der Vorlage reichen aus. Wenn andre Staaten den gleichen Weg gehen würden, so würde z. B. das Getreidemischungs-Geschäft in Königsberg ganz unmöglich werden.

**Frhr. v. Hehl zu Herrnsheim** (natl.) bestreitet, daß der Antrag eine Vorbereitung zum Zollkrieg sein soll; er wolle nur Mißbräuche beseitigen und die statistischen Erhebungen erleichtern. Dabei darf man vor scharfen Maßregeln nicht zurücktreten. Amerika verlangt Deklaration, Spanien verlangt auch Deklaration und schreibt sogar die Sprache vor, worin die Deklaration angefertigt wird. Redner erklärt, daß seine Partei unter Verzicht auf den Antrag **Deumer** einem von dem Grafen **Kanitz** formulierten Antrag zustimmen wird, der in den ersten Absätzen folgenden Wortlaut hat:

„Bei der Wareneinfuhr ist ein Nachweis über den Ursprung der Ware zu erbringen, widrigenfalls die Abfertigung unterbleibt. Die näheren Vorschriften über Form und Inhalt dieses Nachweises erläßt der Bundesrat.“

Sofort in einem Lande bei der Einfuhr deutscher Waren die Vorlegung von beglaubigten Fakturen, Ursprungszeugnissen oder sonstigen Erklärungen vorgeschrieben ist, sind bei der Einfuhr von Waren aus diesen Ländern die gleichen Vorschriften vom Bundesrat zu erlassen.“

**Graf Kanitz** (L.): Auch über die nicht zollpflichtige Ware muß der Nachweis des Ursprungs gefordert werden. Andre Länder verlangen auch Ursprungszeugnisse. Was in New York möglich ist, muß auch in Hamburg durchführbar sein.

Direktor im Reichsamt des Innern **Wermuth** erklärt den Antrag **Kanitz** als eine Verschärfung des **Deumer'schen** Antrages für die Regierung als unannehmbar. Er verspricht der Kommission nähere Unterlagen für den Standpunkt der Regierung zu geben und sagt eine Zusammenstellung derjenigen Länder zu, die Ursprungszeugnisse verlangen.

Hierauf wird die Weiterberatung vertagt.  
Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr.

## Politische Uebersicht.

Verlu, den 21. Januar.

### Der Reichstag.

Dem Centrum ist nicht wohl zu Rute. Den katholischen Arbeitern ist doch nicht so leicht begreiflich zu machen, daß der Brotwucher, den ihre Partei treibt, ihre Lebenshaltung erhöht. Um so kampfbaher sucht es das socialpolitische Wäntelchen festzuhalten, das der socialdemokratische Sturmwind abzureißen droht. Wie nervös die Herren sind, zeigte die Erregung, mit der der ultramontane Amtsrichter **Schwarze-Lippstadt** heute auf die Angriffe **Fischer's** erwiderte. Dabei postierte es ihm, die Nachgiebigkeit seiner Partei in Fragen der Socialreform als besonderen Ruhmestitel im Gegenfah zu unserer Hartnäckigkeit zu feiern.

Noch ein anderer Beitragender meldete sich heute zur Stelle: der Herr Handelsminister **Müller**.

Er sah sich genötigt, seine ganze politische Vergangenheit abzuleugnen. Dabei stellte er die Theorie auf, daß der Politiker, der Minister wird, von neuem geboren werde. Während er früher mit schöner Unverantwortlichkeit mit dem Centralverbande der Industriellen sündigen konnte, hat er auf dem Ministerfessel die „höhere Verantwortlichkeit“ vorgefunden. Nun will er im Centralverband nur eine dekorative Persönlichkeit gewesen sein. Herr **Müller** war außerdem gezwungen, einige Aeußerungen direkt zurückzunehmen, die er als Parlamentarier gethan hatte, und ganz allgemein die dringende Bitte anzusprechen, doch nicht in seinen Reichstagsreden herumzublättern, die sechs oder sieben Jahre zurückliegen.

Eine große Abrechnung hatte unser Genosse **Wurm** mit allen diesen Geistern des Rückschritts vorzunehmen. Aber er verteilte seine Schläge mit lobenswerter Unparteilichkeit. **Scharf** griff er noch einmal die geheime Manufakturverordnung für die Gewerbe-Inspektion heraus. Er fragte den Grafen **Posadowsky**, warum er sie denn nicht endlich veröffentlichte. Wenn sie so unschuldig sei. Es sei das Recht des Reichstags, sie kennen zu lernen. Die neue Theorie der Unverantwortlichkeit, die jetzt das Leitmotiv des **Wälvorturles** ist, bot ihrem Redner Anlaß zu einer Kritik, die ins Schwarze traf. Dem Grafen **Posadowsky** ist dabei das kleine Malheur passiert, daß er im Laufe eines Jahres zwei Aeußerungen gethan hat, die sich direkt widersprechen. Wer bleibt denn als Träger der Verantwortlichkeit eigentlich übrig, fragte unser Redner. Die Staatssekretäre schieben die Verantwortlichkeit auf den Bundesrat, die Vertreter des Bundesrats sind nicht verantwortlich, denn sie stimmen automatisch mit ja oder nein, wie die Einzelregierungen es verlangen. Die Einmündung der Minister der Einzelstaaten ist wieder eine Privilegation der Krone. Die Kugelfänger treiben in der That ein Versteckspiel. Bei diesen klaren Schlußfolgerungen rühte Graf **Posadowsky** unruhig auf seinem Platze hin und her; die Rechte kannte. Aber ein Wort der Erwiderung fand der Staatssekretär nicht. Dies Thema ist vielleicht noch heißer, als der Manfordberlauf, den der Zwölftausendmarkmann gleichfalls im verschwiegenen Nutzen bewachte.

Unser Redner besprach dann noch sehr eingehend eine Reihe von Forderungen auf dem Gebiet der Gewerbehygiene und schloß mit

der Aufforderung an die Arbeiter, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren. Die Socialdemokratie hat die herrschenden Klassen zur Socialreform gezwungen, sie wird die Widerstrebenden vorwärts treiben.

Die weitere Debatte war bedeutungslos. Herr **Langmann** hielt zu Gunsten der fakultativen Feuerbestattung eine längere Rede, die sehr an die unrechte Stelle kam. Ein preussischer Geheimrat suchte das Entgegenkommen, das die Regierung den Junkfäulen-Millionären erwiesen hat, in besseres Licht zu rücken.

Morgen geht die Debatte weiter.

### Zolldebatten im Abgeordnetenhaus.

Auch am Freitag benutzte das Abgeordnetenhaus die zweite Beratung des Etats der Domänenverwaltung zu einer eifrigen Propaganda für den Zolltarif. In den Reden der Herren von der Rechten und des Ministers **v. Bobielski** spiegelte sich deutlich die Furcht wieder, der Wuchersoll könnte an dem unbeugsamen Willen der Socialdemokratie zu Schanden werden. Wie wenig die Agrarier im Stande sind, aus den Thatfachen zu lernen, das beweist die Erscheinung, daß trotz ihrer königlichen Niederlage in Bittenberg, Greifswald und Schaumburg-Lippe ihre Wortführer immer noch davon fesseln, daß die Socialdemokratie auf dem Lande keine Fortschrittler mache. Allen voran leistete sich der Minister **v. Bobielski** den Spah, die nagelneue Weisheit zu offenbaren, daß die Socialdemokratie das platte Land hasse, weil sie dort nicht vordringe, daß die Socialdemokratie den Bauernstand vernichten wolle, um das Feld für ihre Thätigkeit frei zu haben, und daß ihre Anträge in der Zolltarif-Kommission des Reichstages nicht ernst gemeint seien. In ähnlichen geistreichen Auslassungen ergingen sich die Herren **Graf v. Limburg-Stirum** (L.) und **Freiherr v. Wangenheim** (L.). Graf **Limburg**, der sich über die Wahl Niederlagen seiner Freunde weidlich ärgert, machte seinem gepreßten Herzen Luft, indem er den Freisinnigen zurief, daß sie dadurch, daß sie sich von Socialdemokraten wählen lassen, eine schwere Verantwortung auf sich laden; sie würden sich später vielleicht einmal freuen, wenn die Konservativen sie von der Abhängigkeit von der Socialdemokratie befreien würden. Die Agitation der Zollgegner erschwert nach Ansicht des edlen Grafen außerordentlich den Abschluß neuer Handelsverträge. Zudem giebt er zu, daß die Handelsverträge im Interesse beider vertragschließenden Staaten liegen, aber wenn sie nicht zu Stande kommen sollten, so glaubt er ebenso gut auch ohne sie auskommen zu können. Auf derselben Höhe bewegten sich die Auslassungen des Führers des Bundes der Landwirte, der sich im übrigen, gleichsam als hätte die Vorstellung im Circus Busch bereits begonnen, in wüstem Geschimpf auf die Zollgegner gefiel.

Den freisinnigen Abgeordneten **Dr. Barth**, **Gothein**, der sich mit besonderer Schärfe den guten **Bobielski** vornahm, und **Chlers** war es ein leichtes, die Argumente der Zollwucherer zu widerlegen. In der Debatte nahm auch die Frage, ob die Konservativen oder die Freisinnigen das beste Bollwerk gegen die Socialdemokratie seien, einen breiten Raum ein, eine Frage, die uns fast läßt, da uns in unserm Siegeszuge weder die eine noch die andre bürgerliche Partei aufzuhalten vermag.

Am Sonnabend soll der Etat der Domänen-Verwaltung zu Ende beraten werden. Dann: Etat der Postverwaltung und landwirtschaftlicher Etat.

### Die Wahl in Schaumburg-Lippe.

Die Reichstags-Wahlwahl in Schaumburg-Lippe hat, wie schon gestern telegraphisch berichtet, mit einer schweren Niederlage der Brotwucher-Parteien geendet. Der antisemitisch-konservative Zollkandidat kommt mit dem Freisinnigen in Stichwahl. Die fast angewachsene Socialdemokratie wird für den Gegner des Zollwuchers den Ausschlag geben. Es erhielten nach einer vorläufigen Zählung, in der nur ein Ort noch fehlt: der Freisinnige **Denning** 2996, Graf **Reventlow** (Anti-Konf.) 3018, der socialdemokratische Kandidat **Reichenbach** 1610 Stimmen.

Dieses klagliche Ergebnis ist der Erfolg einer antisemitisch-konservativen Wahlagitation ohnegleichen. Seit drei Wochen hielt, wie uns aus dem Wahlkreis geschrieben wird, Graf **Reventlow** mit noch drei antisemitischen Rednern jeden Tag zwei Versammlungen in dem 60 000 Einwohner zählenden Ländchen ab. In dem Grafen **Reventlow** glaubte man einen besonders geeigneten Kandidaten gefunden zu haben: ein Graf, ein Agrarier, der „seiner“ Landarbeiter am Gewinn beteiligt, dazu ein bühnen demokratisch gefärbt, mit socialpolitischen Grinassen Eindringlich vernehmend, und endlich ein mittelständlicher Antisemit — so hatte er für alle Klassen und Berufe ein Hausen Versprechungen bereit. Uebrigens bezeichnete sich Graf **Reventlow** in früheren Zeiten als — Socialdemokrat; sein Gut bringt trotz der Not der Landwirtschaft nach seiner eignen Angabe einen jährlichen Reingewinn von 13 000 M.

In den letzten acht Tagen waren noch die drei antisemitischen Reichstags-Abgeordneten **Liebemann** v. **Sonnenberg**, **Kaas**, **Dr. Vogel** unermüdtlich thätig. Da von den Freisinnigen die Abgeordneten **Kopsch**, **Dr. Wiener** und **Müller** anwesend waren, so kam es, daß sich am 19. Januar nicht weniger als sechs Abgeordnete nebeneinander gegenüberstanden.

Auf der andern Seite wurde der Socialdemokratie der Kampf sehr erleichtert. Alle Lokale bis auf drei waren uns abgetrieben. Trotzdem hatte die Socialdemokratie den größten Erfolg zu verzeichnen, während Graf **Reventlow** nur eben die Stimmenzahl der letzten Wahlen erhielt. Von den socialdemokratischen Stimmen kamen nur 14 auf die Residenz **Bückeburg**; in dem industriell entwickelten Stadthagen wurden 528 socialdemokratische Stimmen abgegeben, der Rest von mehr als 1100 Stimmen wurde ausschließlich vom flachen Lande aufgebracht. Wieder ein Zeichen, wie berechtigt der Trostspruch unserer Feinde ist, daß der Socialdemokratie auf dem Lande Erfolge verlagst bleiben. Auch das ländliche Proletariat beginnt zu erwachen und schließt sich den leidenden Brüdern in der Industrie an.

Für die antisemitisch-konservativ-brotwucherische Presse existiert plötzlich die Wahl von Schaumburg-Lippe nicht mehr, auf die sie vorher so große Hoffnungen gesetzt hatte, und die sie mit den tollsten Wahnvisionen zu fördern suchte. So verbreiteten die Antisemiten am Tage vor der Wahl ein Flugblatt, in dem der Gesamtverband des deutschen Nationalen Arbeiterbundes, im Auftrage **Lorenz** **Kelling**, **Nordmarchen** **Geheile**, erster Vorsitzender, **Altona**, **Vargehr** **84**, die „Arbeitsgenossen“ anrief, für den Grafen **Reventlow** zu stimmen, der ein thätigstes Mitglied des Arbeiterbundes sei. „Sein Eintritt in den Reichstag dürfte den Jubel aller Arbeiter hervorgerufen.“ Dieser famosere deutsche Nationalen Arbeiterbund beschränkt sich vernünftlich auf die Person des Herrn **Naab**.

Die Wahl in diesen ländlichen Kleinbauernkreisen beweist wieder, daß die kleinen Bauern kein Interesse an den Wahlen haben, sondern im Gegenteil durch sie geschädigt werden. Sie zeigt aber auch, was die Brotwucher-Parteien von einem Wahlkampf unter der Parole des Zolltarifs zu erwarten haben.

### Entschädigung für den Chinaraub.

Aus Washington wird vom 24. gemeldet: Staatssekretär Hay handigte heute dem chinesischen Gesandten Wutingfang eine Anweisung über 370000 Dollars ein, welche den Wert der von den Amerikanern im Salz-Damen zu Kinisui beschlagnahmten Silberbarren bilden.

Die Vereinigten Staaten sind die — hoffen wir: einstweilen — einzige Macht, die China den Beweis liefert, daß die von den europäischen Mächten in China mittels Kanonen und Bajonetten verbreitete „Kultur“ auch noch in etwas anderem besteht, als in der Aneignung fremden Gutes. Daß Amerika sich dabei weniger von Auslandsrückichten als von der den Pankees in so hohem Maße eigenen Geschäftslugheit leiten läßt, ist natürlich kein Milderungsgrund für die übrigen Mächte.

### Deutsches Reich.

#### Der Verwirrungsantrag des Centrums.

Der von Centrumsmitgliedern der Zolltarif-Kommission gestellte Antrag auf Befreiung aller kommunalen Lebensmittel-Abgaben wirkt auf die konservativ-agrarische Presse demnach verblüffend, daß sie keinerlei Antwort zu finden vermag. Die „Kreuzzeitung“ schweigt, die „Post“ schweigt, die „Berliner Neuesten Nachrichten“ schweigen, der „Reichsbote“ schweigt. Nur die „Konf. Korresp.“ erwähnt den Antrag, die Art der Erwähnung zeigt aber gleichfalls die Parteilichkeit des offiziellen Organs der konservativen Partei. Es bespricht des längeren den freisinnigen Antrag, der weniger weit geht wie der des Centrumsmitglieds, erklärt, daß derselbe, nur mit obstruktioneller und agitatorischer Absicht eingebracht worden ist, um schließlich dem Centrumsantrag folgende Beurteilung zu widmen:

„Einige Centrumsmitglieder der Kommission haben geglaubt, durch Stellung eines besser formulierten Antrages in demselben Sinne der Opposition den Wind aus den Segeln nehmen zu sollen. Sobald sich aber herausstellt, daß die Annahme dieses Antrages die Tarifvorlage gefährden würde, wird derselbe doch wohl zweifellos zurückgezogen werden.“

So seltsam die Wege des Centrums sind, darüber ist es sich klar, daß die Zurückziehung des ausnahmsweise vernünftigen Antrages ihn von seinen Wählern nicht die allerschwersten Rückschlüsse eintragen würde. Eine Zurückziehung wäre zehnfach schädlicher als die Nichteinbringung eines derartigen Antrages. Nachdem das Centrum durch seinen Antrag die Notwendigkeit einer Entlastung der großstädtischen Arbeiterschaft und des großstädtischen Mittelstandes gegenüber den schweren Belastungen durch den Wuchertarif anerkannt hat, würde die Durchführung des Tarifes unter Zurückziehung des Antrages geradezu unmöglich werden müssen.

Die „Konservative Korresp.“ kann nur aus völliger Parteilichkeit die Zurückziehung des Antrages in Aussicht stellen. Dem tatsächlich hat das Centrum seine Stellung zum Wuchertarif, wenigstens bei einem Teil seiner politisch ungeschulten Anhänger, sowohl für den gegenwärtigen Augenblick als auch für den Fall einer Reichstagsauflösung durch diesen Schachzug nicht ganz unerheblich verbessert, dagegen die Regierung und die Konservativen in eine recht peinliche Lage gedrängt.

#### Ursprungstafel.

für ausländische Waren verlangen die agrarisch-industriellen Bundesbrüder in der Zolltarif-Kommission. Freitag rückte die Vereinigung für Hochschutzzoll mit einem Antrage heraus, der eine Bestimmung im Zolltarif-Gesetz verlangt, nach der alle vom Ausland eingehenden Waren von einem Nachweis, der über das Herstellungsland Auskunft giebt, begleitet sein müssen.

Die Vorbereitung zum Zollkrieg nannte Herr v. Kardorff nach dieses Verlangens, dessen Annahme das bisherige Prinzip vollständig auf den Kopf stellen würde.

Mit großer Entschiedenheit lehnten die Regierungsvertreter es ab, diesen Weg zu gehen.

Graf v. Posadowski mußte sich dafür eine Anspielung auf seine „antinationalen“ Ansichten gefallen lassen, verließ jedoch trotzdem, unterstützt von dem Handelsminister Müller und dem Vertreter des Auswärtigen Amtes, bei seinen vom dem Zolltarif als Aecherei gebrandmarkten Ansichten stehen. Die agrarischen Grafen v. Kanitz und v. Schwerin-Löwitzen wurden rednerisch von den Großindustriellen Dr. Baumert und v. Heyl in dem Bestreben für den Zollkrieg zu rufen lebhaft unterstützt. Sehr anerkennend war es, als der Mitunterzeichner des Antrages, der Centrumsabgeordnete Speck, erklärte, nach den Ausführungen der Gegner den Antrag nicht mehr unterstützen zu können, und den mit den trefflichsten Gründen von ihm gestellten Antrag belämpfte.

Der Abänderungsantrag, mit dem Graf Kanitz die Zolltarif-Gesetze zu retten versuchte, wurde vom Regierungsvertreter als eine Verhöhnung des ursprünglichen Antrages bezeichnet.

Die Diskussion mußte abgebrochen werden; es scheint, als ob die erste Attacke des ultramontan-konservativen-nationalliberalen Zolltarifgesetzes durch Fahnenflucht der Centrumsmitglieder mit einer Niederlage enden wird.

Vor der Erörterung über Ursprungstafel war die zollfreie Einfuhr von ausländischen Orden auf Antrag der Sozialdemokraten beseitigt worden.

Die Konservativen suchten der Begründung des Antrages zu entgegen, indem sie erklärten, für denselben stimmen zu wollen.

Die Opposition war gnädig genug, nur zu bemerken, daß der Antrag gestellt sei, um später beim Tarif einen sehr hohen Zoll auf Orden beantragen zu können.

Mit viel besserem Recht als Salz-, Branntwein- und Zuckersteuer erhoben wird, kann man eine Ordenssteuer einführen. Unsere Genossen haben recht getan, den Boden hierfür zu ebnet.

Die Arbeitslosigkeit der Opposition in der Zolltarifkommission ist zu einem schönen Ausdruck gekommen.

Western v. B. wollte Herr Pasche die nächste Sitzung erst am Mittwoch ansetzen lassen.

Die Opposition trat dieser Obstruktion entgegen und es wird am nächsten Dienstag — entsprechend dem zu Beginn der Beratungen gefassten Beschluß — weiter daran gearbeitet werden, das Volk vor der Schädigung zu retten, zu der die Korn- und Schlotzjunker in Wahrung „nationaler Interessen“, d. h. der Bildung ihrer eignen Taschen, ihre gesetzgeberische Macht mißbrauchen wollen.

Ein neuer Notan. Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ entbietet dem Prinzen von Wales, der sich heute nach Deutschland einschiffte, um der höchsten Feiern des Geburtsstags Wilhelm II. beizuwohnen, folgenden Gruß:

„Seine königliche Hoheit der Prinz von Wales reist heute nach Deutschland, um Seine Majestät den Kaiser und König im Namen Seiner Majestät des Königs von England am 27. Januar zu begrüßen. Wir würden uns freuen, die freundschaftliche Gesinnung, welche Seine Majestät den König von England bestimmt hat, in diesem Jahre den Erben der britischen Krone zur Geburtsstagsfeier des deutschen Kaisers nach Berlin zu entfenden. Wir hoffen, daß die Wünsche, die der erlauchte Prinz überbringt, wie die Eindrücke, die er bei uns empfängt, der Verfestigung wechselseitigen Wohlwollens förderlich sein werden. In dem Geist unseres Kaisers achten wir zugleich den Vertreter einer alten und großen Nation, mit der uns gewichtige Interessen verbinden. Die Waffen des politischen Tageskampfes setzen sich freiwillig vor dem britischen Königsohn, den wir auf deutschem Boden willkommen heißen.“

Vor einigen Tagen, als die englische Presse anlässlich der linksischen Extratour Wilhows erklärte, daß der Zwischenfall möglicherweise in den Reichsdispositionen des Prinzen von Wales eine Wendung herbeiführen könne, hatte die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ noch mit auffallend unceremoniöser Schnoddrigkeit geantwortet, daß der deutsche Hof den englischen Prinzen ja gar nicht eingeladen habe. Heute streift das offiziöse Blatt vor dem Vertreter der „großen Nation“, mit der uns gewichtige Interessen verbinden“, mit devoter Verbeugung die Waffen. Es hat sich ja inzwischen auch Verschieben ereignet: ein außerordentlicher deutscher Geschäftsträger hat dem König von England ein Handschreiben des deutschen Kaisers überreicht, der deutsche Kaiser hat dem englischen Gesandten einen Besuch abgestattet, und Herr v. Wilow selbst hat die in öffentlicher Parlamentsführung erhobenen bedenklichsten Anschuldigungen des englischen Gesamtkabinetts hingegenommen, ohne mit der Wimper zu zucken.

Zur wirtschaftlichen Krise. Aus Krefeld wird mit berichtet: Der wirtschaftliche Niedergang hat Krefeld nicht in dem Maße heimgesucht, wie andre Industriebezirke, weil hier die Textilindustrie vorherrschend ist, welche bis jetzt noch ziemlich mit Aufträgen versehen war. Trotzdem waren eine Anzahl Arbeitslose vorhanden, welche sich mit einem Besuch, ihnen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, an die Stadtverwaltung wandten. Dieses Gesuch wurde ablehnend beantwortet, weil ein Kostfund nicht vorhanden sei, wie der Chef der Polizei sich ausdrückte. Arbeitslose seien noch keine 150 vorhanden, und das seien zumeist Saisonarbeiter, hieß es in dem Bescheid. Daraufhin arrangierten die Arbeitslosen eine Versammlung, welche von ca. 600 Arbeitslosen besucht war und eine Resolution annahm, durch die die Stadtverwaltung aufgefordert wurde, für Arbeit zu sorgen. Nach der Versammlung zogen die Arbeitslosen demonstrativ durch die Stadt, und dies war die Veranlassung, daß die Behörde sich jetzt wieder mit der Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigen mußte. Das Gewerkschaftsamt und die christlichen Gewerkschaften wurden nun von der Behörde angegangen, ihr beihilflich zu sein, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern. Innerhalb weniger Tage überreichte das Gewerkschaftsamt schon ein Verzeichnis mit circa 550 Namen und die Behörde wird wohl jetzt zu der Ueberzeugung kommen, daß es notwendig sei, Kostfundsarbeiten zu vergeben.

Die Unternehmer in der Textilbranche beschuldigen durchschnittlich ihre Arbeiter noch und legen entweder Feiertagsarbeiten ein oder verkürzen die Arbeitszeit, so daß, wie bemerkt, die Zahl der Arbeitslosen in der Textilbranche nicht sehr groß ist.

Die Landtags-Ergebnisse in Frankfurt a. M. Man schreibt uns: Bei der am Dienstagvormittag stattgefundenen Wahl der Abgeordneten haben die vereinigten Oppositionsparteien über die Nationalliberalen gestimmt. Die Hoffnungen der Nationalliberalen, bei dieser Ertragswahl wieder das eine der zwei Frankfurter Mandate zurückzuerobieren, haben sich nicht erfüllt. Erledigt waren 299 Mandate; davon erhielt die Liste der vereinigten Oppositionsparteien 172, die nationalliberale Liste 117, nicht zu stände kamen 10 Wahlen. Abdiert man die alten Wahlmänner, sowie die aus den drei eingemeindeten Vororten, so erhält man 510 oppositionelle und 388 nationalliberale Wahlmänner. Der demokratische Kandidat hat also einen so großen Vorsprung, daß seine Wahl sicher ist. Im allgemeinen war die Wahlbeteiligung sehr klein; kaum zwei Drittel der Wähler dürften von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Von 250 und 300 Wählern in einem Bezirk erschienen oft nur 20 und 25. Die Beamtenschaft war natürlich überall zur Stelle und wählte stromm nationalliberal. Aber dieser „Wahlleiter“ hat den Nationalliberalen nicht viel genutzt. Auch die Wählerliste des Centrums vermochte nicht, das Wahlsfeld zu Gunsten der Nationalliberalen zu korrigieren. Das Centrum hatte bei den 1898er Wahlen die Demokraten-Fortschrittler unterstützt; diesmal trieb es Völkchenspolitik und unterstützte die kulturkämpferischen Nationalliberalen, weil einer seiner Anhänger in der Stadtverordneten-Versammlung nicht in den Schulnausschuß gewählt worden war. Die Sozialdemokratie hatte sich durch Parteischluß verpflichtet, die Demokratie zu unterstützen, und sie ist diesem Beschluß gewissenhaft nachgekommen. Das wird heute von der demokratischen Presse ehrlich zugestanden. Ohne Beteiligung der Sozialdemokratie wäre das Wahlergebnis jedenfalls ein andres, den Nationalliberalen günstigeres. Insofern hat auch diese Wahl wieder gezeigt, daß die Frankfurter bürgerliche Demokratie ohne Unterstützung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft fast machtlos ist, daß sie nur noch unter Anlehnung an die Sozialdemokratie ihre Position behaupten kann. Hoffentlich behält man das im demokratischen Lager immer lebhaft im Auge.

### Ausland.

#### Ein sozialistischer Mißerfolg.

Paris, 23. Januar. (Via. Ber.) Der bedeutende Mißerfolg der Kommunalwahlen in Roubaix hat mit Recht bei Freund und Feind ein lebhaftes Interesse erregt. Handelt es sich doch um den Verlust eines Gemeinderats, der seit 10 Jahren in proletarisch-sozialistischen Händen war und als eine uneinnehmbare Hochburg der „französischen Arbeiterpartei“ (Guesdisten) galt.

Wie seiner Zeit mitgeteilt, hatte die guesdistische Gemeinderatsmehrheit (23 von den 36 Ratsmitgliedern) demissioniert, um auf diese Weise gegen die parlamentarische Ablehnung ihrer Steuerreform zu protestieren, die die kommunale Verzehrungssteuer (Cetrot) durch eine höhere Besteuerung namentlich des verbauten Grundbesitzes ersetzte. Die Wählerliste sollte also indirekt über die Steuerfrage entscheiden. Mit 8495 gegen 7835 Stimmen, abgegeben in vier Wahlsektionen, sprach sich die Wählerschaft gegen die Steuerreform aus und überlieferte den Gemeinderat der „sozialen und patriotischen Union“, an deren Spitze der Textilkönig von Roubaix, Motte, steht. Von den 23 Sozialisten wurden nur 7 in einer Sektion wiedergewählt, die übrigen 16 Mandate wurden von Motte's Organisation gewonnen. In neuen Gemeinderat stehen also 7 Sozialisten einer Ordnungsmehrheit von 29 Mann gegenüber. Zudem erlitt der bisherige Bürgermeister, Genosse Carotte, ein ehemaliger Arbeiter, eine persönliche Niederlage in drei Sektionen; er wurde in keiner wiedergewählt.

Man sieht, die Stimmdifferenz (840) ist im Verhältnis viel geringer als die Differenz an Mandaten. Aber der Stimmentgang gegenüber den Wahlen von 1900 ist viel bedeutender, damals betrug die sozialistische Mehrheit ca. 2000 Stimmen bei einer freilich stärkeren Wahlbeteiligung (11 000 gegen 9000 Stimmen). Indessen überwiegt die moralische Bedeutung der Niederlage noch das ziffermäßige Resultat. In Roubaix hat sich gezeigt, wie der korruptierende und lüchende Einfluß des politisch organisierten Unternehmertums in einer rein industriellen Stadt über eine zehnjährige sozialistische Herrschaft und eine noch längere sozialistische Agitations- und Organisationsarbeit triumphieren kann. Bekanntlich hatte der Textilkönig Motte schon in den Kommunalwahlen von 1898 im Wahlkreis Roubaix und Umgebung das Mandat des Genossen Jules Guesde gewonnen. Die Kommunalwahlen von Roubaix bilden also zugleich einen ungünstigen Vorzeichen der kommenden Kommunalwahlen, wo Guesde von neuem gegen den Textilkönig kandidiert. Ueberhaupt ist die Kraft des reaktionären Mißwachses in den letzten Jahren im ganzen Norddepartement im Steigen begriffen. Die politische Situation dieses industriell hochentwickelten Departements erinnert stark an Sachsen. Die Mittelparteien sind dort im Verschwinden; alles, was an der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft interessiert ist, schart sich immer enger um den vom Unternehmertum gestützten liberal-melancholischen Ordnungsklügel. So kam es, daß die Guesdisten in den Kommunalwahlen 1900, trotz einer fast doppelt gestiegenen Stimmenzahl (insgesamt ca. 100 000 Stimmen), ihre früheren wenigen Mandate eingebüßt und kein einziges gewonnen

haben. Daran erklärt sich auch die vorjährige Niederlage der Guesdisten bei den Generalratswahlen in zwei oder drei Kantonen von Lille. Daran ist wohl in der Hauptsache auch die Niederlage in Roubaix zu erklären. Ueber andre mehr untergeordnete Ursachen läßt sich von hier aus nichts Bestimmtes sagen.

Und zwar um so weniger, als die sozialistische Presse der beiden streitenden Lager den Ausfall der Kommunalwahlen zu polemischen Zwecken benutzte. Die „Petite République“ sucht für die Niederlage die intransigente guesdistische Politik verantwortlich zu machen, während der „Petit Sou“ zum Lager der Wähler des Ordnungsklügels auch die „Verräter und Handwürfe der republikanischen Verteidigung“, die Sozialisten Mißerlandscher Art“ hinzuzählt.

### Rußland.

Wie die russische Censur in Finnland jedem Anlaufortschritt hindernd in den Weg tritt, das zeigt folgender Vorfall: In Helsingfors erscheint zweimal monatlich die finnische technische Zeitschrift „Teknikern“ und zwar mit Unterstützung aus der Staatskasse. Sie befaßt sich ausschließlich mit technisch-wissenschaftlichen Fragen, ist aber trotzdem, wie die übrige Presse, der Censur unterworfen. Vor einiger Zeit wollte die Redaktion das Blatt in eine Wochenzeitschrift umwandeln, weil der große Stoffanbruch das notwendig machte, und da der Censur während der 12 Jahre, in denen „Teknikern“ bereits erscheint, noch kein Wort vom Inhalt der Zeitschrift gestrichen hatte, glaubte man, daß das ungehindert zustandekommen würde. Die Oberbehörde für Presse-Angelegenheiten in Finnland verzögerte aber die Erlaubnis und die Redaktion sieht sich also genötigt, die Zeitschrift wie bisher nur 14tägig erscheinen zu lassen, wenn nicht ein nochmaliges Gesuch von besserem Erfolg begleitet sein sollte.

Verdoppelung der Polizei. Einen weitgehenden Plan zur Umorganisation des Polizeicorps in Helsingfors hat der neue Polizeichef der Stadt angeordnet. Danach soll sowohl das Polizeicorps als auch das Budget für das Polizeiwesen verdoppelt werden und die ganze Institution unmittelbar dem Generalgouverneur unterstellt werden. Außerdem soll das russische Dvorniksystem, eine Art von Hausdetektiven, eingeführt werden.

### Griechenland.

Attentatsversuch einiger Christen. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Athen: Als der König heute im königlichen Garten spazieren ging, führte ein Mann mit gekümmertem Gesicht den König los. Der Garteninspektor parierte den dem König gedachten Stoß und wurde verwundet. Der Attentäter wurde verhaftet, er scheint geisteskrank zu sein.

Aus Wien wird dem „N. P. B.“ übrigens vom Freitag gemeldet: Das Gerücht von einem Attentat gegen den König von Griechenland wird auf der hiesigen griechischen Gesandtschaft für unbedenklich gehalten. — Was jetzt ist daselbst eine Nachricht noch nicht eingegangen.

### Asien.

#### Empfang des Beringer Legationscorps.

Das „Bureau Laffan“ meldet vom 23. aus Peking: Wie im Friedensprotokoll festgesetzt, hat der Kaiser gestern die Vertreter der fremden Mächte empfangen somit die persönlichen Beziehungen zwischen dem Thron und den Gesandten nach zweijähriger Unterbrechung wieder aufgenommen sind.

In der Rede an den deutschen Gesandten war n. a. gesagt, der Tod des Gesandten Herr v. Ketteler sowie die diesem traurigen Fall vorangegangenen und gescheiterten Ereignisse seien nicht vorauszuweisen gewesen. Der Kaiser begrüßte es freudig, daß der deutsche Kaiser seinen Zorn unterdrückt und durch die Entscheidung eines neuen Gesandten China sein Wohlwollen bewiesen habe. In den Ansprachen an die Gesandten Russlands und Frankreichs wurde erklärt, China habe Vertrauen zu der heiligen Arbeit heider Länder, bei den sichwandelnden Verhandlungen — mit Rußland über die Handelsfrage, mit Frankreich über Handels-Angelegenheiten — Billigkeit walten zu lassen. Ferner gab die Rede dem Bedauern des Kaisers über die kürzlich erfolgte Ermordung dreier Missionare Ausdruck. Die Reden wurden, zum erstenmal in der Geschichte des Verkehrs Chinas mit den fremden Gesandtschaften, ausschließlich in chinesischer Sprache gehalten; die bis dahin bei derartigen Gelegenheiten übliche Mandchusprache wurde völlig vermieden. Alle Berichte stimmen darin überein, daß der Kaiser krank und niedergedrückt ansah und den Eindruck völliger Erschöpfung machte.

Der Kaiser hat durch diese Rede eigentlich die deutsche Politik ins Unrecht gesetzt. Denn wenn der Hof an den Ereignissen unschuldig war, so waren alle Maßnahmen der Mächte gegen ihn, von der Erpressung der Kriegsschadigung bis zur samojen Sühnemission, unerschäftigt. Eigentlich sollte diese Erklärung des Kaisers nur ein, die nicht von reumütigen Schuldgefühlen atmet und nur vom erkennlichen Unschon der Gefinnung anderer spricht, eine neue Sühnemission erfordern.

### Amerika.

Ein portugiesischer Schacher-Genie. Der „N. P. B.“ meldet: Nach solchen aus Brasilien entsetzenden Aecheln hat Prinz August, der Enkel des Kaisers von Pedro, der brasilianischen Regierung wiederum dringend angeboten, er wolle allen Kurcheiten auf den Thron endgültig entlassen, wenn man ihm eine einmalige Entschädigung von 20 Millionen Mark zähle. Die Monarchisten in Brasilien sind empört über dieses Angebot.

### Parlamentarisches.

Reichstag. Die sozialdemokratische Fraktion hat folgende Resolution eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den Regierungen der in Betracht kommenden Staaten des Auslandes Schritte zu thun, um die Gründung eines internationalen Arbeitsamtes herbeizuführen und dem Reichstag über den Erfolg seiner Bemühungen Mitteilung zu machen.

### Kiantshou.

Die Budgetkommission des Reichstages tritt am Freitag bei den Forderungen für Hafen- und Hochbauten der Marine heute 1400 000 M. von einer Gesamtforderung von 2 688 000 M., wovon auf einmalige ordentliche Ausgaben 2 688 000 M. entfallen und 1400 000 M. auf einmalige außerordentliche Ausgaben, die durch Anleihe zu decken sind.

Damit ist der Marine-Etat erledigt. Beim Etat von Kiantshou erklärt Staatssekretär v. Tirpitz, daß es sich bei der Forderung einer Marine-Reitercompagnie nicht um Marine-Monarchie, sondern um verlebte Marine-Infanterie handle, die tatsächlich bereits im Schutzbereich von Kiantshou vorhanden sei. Abg. Dr. Dasse (nat.) charakterisiert die Compagnie als Polizeitruppe, als Gendarmeriecorps und befrwortet die Forderung. Prinz Arenberg (L.) fragt an, ob das Reich berechtigt sei, Truppen in die neutrale Zone zu entsenden; er wartet in jedem Falle vor der Errichtung einer Kolonialtruppe, tritt aber für die „Gendarmerietruppe“ ein. Abg. Wedel (Soz.): Das Schutzgebiet ist viel zu klein, um eine solche Schutztruppe zu erfordern, um so mehr, als, wie die Zeitschrift beweist, der Eisenbahnbau von der Bevölkerung mit Genehmigung begünstigt werde. Staatssekretär v. Tirpitz weist aus dem Wahlvertrag nach, daß den deutschen Truppen das Recht des freien Durchmarsches durch die

neutrale Zone zusetzt. Der Staatssekretär giebt zu, daß die bisherigen Verträge mit der Chinesencompagnie kein günstiges Ergebnis gehabt haben. Die Verträge müßten indes fortgesetzt werden, aber innerhalb des Pachtgebietes, während die Reitercompagnie auch außerhalb zu verwenden sei.

Abg. v. Waldow-Reichenstein (L.) regt an, die Formation aus den vorhandenen Mannschaften zu errichten, sonst würden neue Rekruten anfordern erforderlich werden.

Staatssekretär v. Tirpitz: Außer der Artillerie liege in Tsingtau nur ein Bataillon; das sei zu wenig.

Prinz Ardenberg (C.) spricht sich scharf gegen die Formierung einer Kolonialarmee aus, da die Bedürfnisse der einzelnen Schutzgebiete ganz verschieden seien. Die Chinesentruppe halte er für überflüssig.

Staatssekretär v. Tirpitz: Die Landgrenze des Schutzgebietes erstreckt sich über 112 Meilen, die Seegrenze sei ebenso groß. Für die Verteidigung solcher Grenzen sei ein einziges Bataillon sehr wenig.

Abg. Nebel (Soc.) für den Kriegsfall kommen weder die 1800 Mann der Chinesentruppe, noch die Reitercompagnie in Frage, da seien ganz andre Truppenmassen erforderlich. Er fürchte, die Marinecavallerie in Kiautschau werde auch sonst für unsere gesamte Marine vorbildlich werden. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Rp.) bittet um Auskunft, ob die bisherige wirtschaftliche Entwicklung von Kiautschau wirklich so erhebliche Neu-Aufwendungen, wie sie der Etat vorsehe, rechtfertige.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt, diese Entwicklung sei nach allen Richtungen ungehindert auf günstigste Fortschritte, auch in Bezug auf die Beschaffung von Wasser, Kohlen und die Sanierung von Tsingtau. Das Terrain sei derart, daß vielleicht einmal der Bau eines Kanals von Tsingtau nach Peking in Frage kommen werde. (Zwischenruf: Preussischer Landtag! Heiterkeit.) Die Gesamtkosten für die Reitercompagnie würden sich auf 240 000 M. beziffern.

Abg. Frese (fr. Rp.) erachtet die Erhaltung einer Chinesencompagnie für gefährlich, da die chinesischen Mannschaften im Ernstfälle zu ihren Landsleuten überlaufen würden.

Abg. Müller-Rudba (C.) wünscht, daß zunächst Zeit gelassen werde, um die Deutschsitten zu lesen, ehe er sich über die Forderungen für Marinecavallerie und Marineartillerie, sowie für die Chinesentruppe entscheide.

Die Verhandlung wird hierauf vertagt.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

## Der Boeren-Krieg.

### Vertehrung Vothead.

Aus Pretoria, 26. Dezember, wird der „Weltkorr.“ geschrieben: Vor einigen Tagen hatte ich Gelegenheit, mit einem wohlbesetzten, ehrenhaften Bürger der Republik zu sprechen, der sich vor ganz kurzem wegen Krankheit den Engländern ergeben mußte und vorher meist in nächster Nähe des General-Kommandanten Louis Vothead war. Im Laufe der interessanten Unterhaltung sagte mir derselbe: General Vothead ist über die offiziellen Kriegsberichte Kitcheners orientiert; dieselben sind so falsch und den Thatfachen so wenig entsprechend, daß man entweder annehmen muß, daß sie geflissentlich entstellt sind, oder daß Kitchener von seinen Untergebenen sehr häufig mit Unwahrheiten bedient wird. — Fast durchweg sind die englischen Verluste zu niedrig und die der Boeren zu hoch angegeben. — In einem Bericht vor einigen Monaten über ein Gefecht soll Lord Kitchener die Verluste der Boeren auf etwa 12 Tote und 50 Verwundete angegeben haben, während die Thatfache war, daß sie nur einen einzigen Verwundeten hatten. — Diese Entstellungen der Wahrheit werden natürlich von den Boeren nicht besonders beachtet. Im höchsten Grade erbittert ist General Vothead jedoch darüber, daß Kitchener immer wieder berichtet, die Boeren hätten englische Verwundete grausam behandelt, und daß durch solche Lügen Stimmung gegen die Sache der Boeren gemacht wird.

### Miß Hobhouses Flucht an die Oeffentlichkeit.

Einem Berliner Blatt wird gemeldet: Miß Hobhouses Versuch, vor den englischen Gerichten eine Genugthuung für ihre ungleiche Abweisung aus Südafrika zu erhalten, ist gescheitert. Ihre Rechtsanwältin erhielten vom Kriegsministerium auf ihr Ersuchen, Vertreter für Kitchener, Milner, Oberst Cooper und Lieutenant Vingham, gegen welche die Klage gerichtet werden sollte, zu stellen, den Bescheid, daß der Kriegsminister dies ablehne, da die betreffenden Personen sich in Südafrika in Staatsdiensten befänden; als die Rechtsanwältin hierauf in Miß Hobhouses Auftrag den Kriegsminister höflichst bat, selbst die Verantwortung für Miß Hobhouses gewaltsame Entfernung zu übernehmen und als Vorklage zu fungieren, da kein Schadensersatz beansprucht, sondern nur die Geseßmäßigkeit der Handlungsweise geprüft werden sollte, antwortete Drobrid erst gar nicht, dann nach wiederholtem Mahnen kurz ablehnend. Miß Hobhouses Onkel, Lord Hobhouse, übergibt nun die Korrespondenz der Oeffentlichkeit.

### Holländische Proteste gegen das englische Standrecht.

Aus dem Haag wird berichtet: Die Hinrichtung Scheepers hat in ganz Holland unbefriedigliche Entrüstung hervorgerufen. Die holländischen Blätter ziehen die Mitglieder des Schiedsgerichts ins Lächerliche, weil diese nicht verhindern konnten, daß die Regeln des Krieges nicht eingehalten worden sind.

Eine Pariser Meldung besagt: Die Liga der Menschenrechte in Paris und Brüssel wird heute oder morgen einen Protest gegen die Hinrichtung der Boerenkommandanten Lotter und Scheepers veröffentlicht, um zu verhalten, daß noch weitere Hinrichtungen von Boerenführern, wie Krüninger usw. vorgenommen werden.

Die Bemühungen werden leider erfolglos sein!

### Die Frau De Weid

ist von den Engländern mit ihren acht Kindern nach den Konzentrationslagern geschleppt worden. Sie hatte, nachdem ihre Frau zerstört war, in Johannesburg Unterkunft gefunden. Die Engländer hatten ihren Fall ausgenutzt, um ihre Humanität in glänzendem Lichte erscheinen zu lassen. Dagegen protestierte Frau De Weid öffentlich, denn sie erhielt nichts von den Engländern, und würde nie etwas von ihnen nehmen. Daraufhin hat man sie von Johannesburg weggebracht.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Gewerkschafts-Mitglieder!** Am Sonntag, den 26. Januar, morgens 8 Punkt 8 Uhr, treffen sich alle Gewerkschaftsmitglieder, welche sich zuvor in die Listen ihrer Gewerkschaft haben eintragen lassen, in nachstehenden Sammellokalen.

Es ist auch erwünscht, daß Gewerkschaftsmitglieder, welche nicht in den Listen eingetragen sind, sich zur Mitarbeit melden. Das Mitgliedsbuch ist möglichst mitzubringen. Jeder Mitwirkende hat sich in dem seiner Wohnung am nächsten liegenden Lokal pünktlich einzufinden. In spätsprechende gelten als Nichtmitwirkende. Alle in Vororten Wohnende haben sich in dem für sie im Ort angegebenen Lokal einzufinden. Personen, welche gewöhnlich politisch thätig sind, gehen nicht in die Sammellokale, sondern in die Bezirkslokale. Die Einzeichnung erfolgt für alle in den Bezirkslokalen.

Das überflüssige Material muß sofort an die Bezirksführer abgeliefert werden.

Das Centralbureau ist das Gewerkschaftsbureau. Meldungen wegen Hilfskräfte sind dahin zu richten: Amt VII 3733.

Gewerkschaftsbüro, Engel-Ufer 15, Saal I und IV. Brüder, Waldemarstr. 75. Rehof, Wasserhorst. 63. Ewald, Schönleinstr. 6.

Habels Brauerei, Vergamuststraße, Königshof, Sülzstr. 37. Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Fischer, Waldstr. 8. Peters, Alt-Moabit 80/81. Schiller-Brauerei, Turmstr. 26. Norddeutsche Brauerei, Chausseest. 58. Kössner Hof, Kössnerstr. 8. Diele, Ackerstr. 123. Bernau, Schwedterstr. 23/24. Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42. Brühlmann, Prinzen-Allee 21. Kämann, Brunnenstr. 188. Bauer, Rosenfelderstr. 57. Feind, Weinstr. 11. Schweizer Garten, Am Friedrichshain, Königshof, Frankfurterstr. 117. Stecher, Andreasstr. 21. Keller, Kopenstr. 29. Elshum, Landsberger Allee 40.

Charlottenburg, Leder, Bismarckstr. 74. Schöneberg, Obst, Meltingerstr. 8. Wilmersdorf, Witte, Berlinerstr. 40. Steglitz, Schellhase, Ahornstr. 13a. Tempelhof, Müller, Berlinerstraße 41. Rixdorf, Thomas (Apollo-Theater), Hermannstr. 48. Baumhuldenweg, Staßfeld, Baumhuldenstr. 84. Rummelsburg, Deuling, Goethe-, und Knistrafen-Gde. Lichtenberg, Lüttenbusch, Friedrichs-Heide, Loffe, Luisenstr. 20. Weichensee, Schumann, Leichterstr. 118. Panlow, Hoffmann, Wälfenstr. 25. Reinickendorf-Ost, Puyrer, Provinzstr. 47. Reinickendorf-West, Engel, Eichbornstr. 73.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission.

**Die Lage der kaufmännischen Angestellten im Vorenhaus.** Hermann Lieh hat sich nach den starken Entlassungen dauernd verschlechtert. Wie uns der Centralverband der Handlungsgehilfen und -Schiffmannen mitteilt, befinden in dem Betriebe nicht nur alle Mißstände, die auch einigen anderen Warenhäusern anhaften, sondern es wird hier geradezu planmäßig an dem Herunterdrücken der wirtschaftlichen und sozialen Stellung kaufmännischer Angestellter gearbeitet. Die Einstellung 18-21jähriger Mädchen als Lehrlingen mit einjähriger Lehrzeit und monatlicher Entlohnung von 10-25 M. und einer diesem Gehalt entsprechenden Behandlung sind ständige Einrichtungen geworden. Zu den lebhaftesten Klagen giebt die Betriebs-Krankenkasse Anlaß, deren Leitung und Leistungen aus Sparmaßnahmen ebenfalls verschlechtert worden sind — zum schweren Nachteil der Kranken. Diese Zustände im Zusammenhang mit anderen Vorläufern haben den Centralverband der Handlungsgehilfen und Schiffmannen nach eingehenden Feststellungen gezwungen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Beseitigung der Mißstände zu verlangen.

**Von einer Verhandlung der Fliesenleger mit den Unternehmern vor dem hiesigen Gewerbegericht wuhlen dieser Tage bürgerliche Blätter zu berichten.** Aus war von einer solchen Verhandlung nichts bekannt, und da in den Berichten merkwürdigerweise von dem Abschluß eines Tarifvertrages mit unorganisierten Arbeitern die Rede war, wollten wir nicht eher auf die Sache eingehen, bis Näheres über die Einzelheiten vorlag. Inzwischen haben sich nun die Fliesenleger in einer öffentlichen Versammlung selbst mit der Angelegenheit befaßt. In der Versammlung wurde festgestellt, daß 100 Fliesenleger unter Umgehung der Gewerkschafts-Organisation (S) sich mit den Arbeitgebern zum Abschluß des Vertrages in Verbindung gesetzt haben. Nach außerordentlich erregter Debatte, in der den vertragsschließenden Fliesenlegern Verrat an der Organisation vorgeworfen, gelangt folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung ist erstam über Verhandlungen zwischen Fliesenlegern und Unternehmern der Fliesenbranche, welche vor dem hiesigen Einigungsamt des Gewerbegerichts stattgefunden haben sollen. Sie protestiert aus das entschiedene gegen eine Tarifgemeinschaft, die hinter verschlossenen Thüren geschlossen und von deren Dasein bis heute die Berliner Fliesenleger nicht unterrichtet sind. Sie erklären derartige und auf diesem illegitimen Wege zu stande gekommene Abmachungen nicht für die Fliesenleger verbindlich und als rechtlich nicht zulässig. Die Versammlung beschließt ferner, den öffentlichen Streikfonds der Organisation des Vereins der Fliesenleger Berlin zu übertragen. Der bisherige Vertrauensmann sowie die gewesenen Revidoren sind verpflichtet, das vorhandene Geld, in Summa 1488,00 M., sowie alles vorhandene Material dem Vorstande der Organisation auszuhandigen. Der Vorstand wird verpflichtet, das Geld als Eigentum der Organisation auf der Bank anzulegen. Eine demnächst einzuberufende Generalversammlung soll über weitere zu ergreifende Maßregeln beschließen.

### Deutsches Reich.

**Einen in der gegenwärtigen Geschäftsperiode sehr beachtenswerten Erfolg** erzielten die Rathenower Klemperergesellen, welche kürzlich in eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen getreten waren. Vom 1. März dieses Jahres ab gelten für ein Jahr folgende Arbeitsbedingungen: 10 stündige Arbeitszeit, Stundenlohn 35 Pf., Ueberstunden und Sonntagarbeit 50 Pf. pro Stunde mehr, bei Arbeiten außerhalb Rathenows 50 Pf. pro Tag mehr, sowie freie Fahrt. — Bisher betrug die tägliche Arbeitszeit der Klemperergehilfen 11 Stunden. Der höchste Stundenlohn besifferte sich auf 32 1/2 Pf.; denselben erreichten aber nur zwei Arbeiter. Die neuen Bedingungen sind durch gütliche Vereinbarung mit den Arbeitgebern erzielt worden. Allerdings gehörten 5 männliche Gehilfen dem Metallarbeiter-Verband an.

**Zu der Affaire in Apenrade** liegt der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ der Briefwechsel zwischen dem Centralvorstand der Maurer und dem Filialvorstand derselben in Apenrade vor. Aus demselben geht hervor, daß der Apenrader Vorsitzende eigenmächtig die Ankläger zum Austritt veranlaßt. Die Anweisung des Centralvorstandes lautete dahin, dem Anstimmern der Polizei nicht Folge zu leisten. — Jetzt beabsichtigen auch die Buchdrucker in Apenrade ihren Centralvorstand, ihnen zur Nachgiebigkeit gegenüber der Polizei geraten zu haben. Der Centralvorstand der Buchdrucker hat sich in der Sache noch nicht erklärt.

**Das Gewerkschaftsstatistik in Halle** kann auf erfreuliche Fortschritte zurückblicken. Es hatten sich demselben angeschlossen im Jahre 1896: 14, 1897: 31, 1898: 37, 1899: 38, 1900: 40, 1901: 46, 1902: 45 Gewerkschaften. Dabei ist zu verzeichnen, daß im Laufe der letzten vier Jahre sich nicht weniger als sieben Lokalorganisationen aufgelöst und ihren Centralverbänden angeschlossen haben, so daß die Zahl der bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen an sich beträchtlich zugenommen ist. Das Karriell umschließt jetzt alle in Halle bestehenden, zur modernen Arbeiterbewegung zählenden Organisationen. Nur die erst einige Monate alte Organisation der Buchdrucker-Hilfsarbeiter steht ihm noch fern, doch hat auch sie beschlossen, nächsten Monat beizutreten.

**Zu einer Anzahl Möbelfabriken von Höchst und Umgegend** werden Lohnreduzierungen und Verschärfungen von Bestimmungen der Arbeitsordnungen angekündigt; auch drohen in einzelnen Betrieben Differenzen auszubrechen. Es gewinnt fast den Anschein, als hätten sich die Herren Möbelfabrikanten zusammengeschlossen, um die Arbeiter in der gegenwärtigen Krise müde zu machen. Der Zugang von Edreiner, Rosamerarbeitern und Drechsler ist strengstens fernzuhalten. — Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

**Zum Arbeiterssekretär für Mannheim** wurde in der letzten Sitzung des dortigen Gewerkschaftsartells Genosse Müller, bisher Redacteur an der „Leipziger Volkszeitung“, gewählt.

### Ausland.

**Die Streiks und Ausperrungen in Schweden** im Jahre 1901 haben sich gegenüber dem vorhergehenden Jahre dem Umfang nach etwas vermindert. Wohl zählte man 1901 127 Konflikte gegen 104 im Jahre 1900; aber die Zahl der daran beteiligten Arbeiter betrug 1901 nur 6200, 1900: 10 000. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug 1901: 210 300, 1900: 331 590. — Von diesen Konflikten des Vorjahres werden 15 als Ausperrungen bezeichnet, wovon 997 Arbeiter betroffen wurden und 80 300 Arbeitstage verloren gingen. Im Jahre 1900 wurden dagegen insgesamt 4000 Arbeiter ausgeperrt, was den Verlust von 189 600 Arbeitstagen verursachte. Die Verminderung des Umfangs der Konflikte ist also hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Arbeitgeber weniger Ausperrungen vorgenommen haben.

**Ein Glasarbeiterstreik** ist in Lodelinaat bei Charleroi zum Ausbruch gekommen. Die Direktion der dortigen Glasbläuen hatte bekannt gegeben, für schlechtere Arbeiten hohe Abzüge zu machen. Die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht zu Charleroi haben zu keiner Einigung geführt. Die Unternehmer verlangen den durch die drei Tage Streik entstandenen Verlust an Fabrikation in der Höhe von 1800 Fr. pro Tag von den Arbeitern ersetzt. Die Arbeiter erboteten sich, durch Ueberzeitarbeit den entgangenen Produktionsausfall wieder einzuholen. Darauf ging aber die Direktion nicht ein. Die Gefahr liegt nahe, daß von hier aus der Streik weiter um sich greift.

## Sociales.

### Das Wachstum der großen Vermögner.

In einer Arbeit über Ergebnisse der Vermögenssteuer-Berantlagung hat der Ober-Regierungsrat Evert, Mitglied des preussischen statistischen Bureaus, eine interessante Zusammenstellung gemacht. Er hat die einzelnen Vermögner, bei den reichsten Vermögenssteuerzahlern anfangend, zusammengezählt, bis eine Milliarde voll war. Dann weitergehend die nächstreichsten wieder bis zu einer Milliarde, also die zweite Milliarde, und so fort zur dritten, vierten bis zur siebzehnten Milliarde. Diese Rechnung hat er für das Jahr 1896 und für das Jahr 1899 gemacht und dann die Anzahl der Besitzer, die sich in die erste, zweite, dritte Milliarde usw. teilen, nebeneinandergestellt. Die Reichen geben eine kolossale Vergrößerung der einzelnen Vermögner in den 3 Jahren. Zur ersten Milliarde gehörten im Jahre 1896 noch 26 Besitzer, im Jahre 1899 waren nur noch 17 Besitzer dazu nötig. In die ersten 10 Milliarden teilten sich 1896 noch 2947 Personen, 1899 nur noch 2119. So geht das fort, allenthalben waren im Jahre 1899 viel weniger Personen nötig, um eine Milliarde Vermögner zusammenzubringen, wie 1896. In 64 Milliarden, die 1896 die Gesamtsumme dieser bis auf etwa 6000 M. hinterreichenden Vermögner bildeten, teilten sich in diesem Jahre 1 169 745 Personen; 1899 teilten sich in die gleiche Summe 689 722 Personen. Mit anderen Worten: diejenigen reichsten Leute, die im Jahre 1896 zusammen 64 Milliarden an Vermögern besaßen, besaßen im Durchschnitt jeder rund 55 000 M.; diejenigen reichsten Leute, die im Jahre 1899 zusammen 64 Milliarden besaßen, besaßen im Durchschnitt jeder über 87 000 M.

Es handelt sich hierbei um Vermögner, Besitztum, unabhängig davon, wieviel es an Zinsen oder überhaupt welchen Ertrag es jährlich abwirft.

Leute mit einem Vermögner von über 2 Millionen Mark gab es 1896 im ganzen Staate 1779; 1899 war ihre Anzahl schon auf 2106 gestiegen. Der reichste Vermögenssteuerzahler besaß 1890 266 Millionen Mark, 1897 nur 218 Millionen, 1899 nur 204 Mill. Das ist stets nur eine Person gewesen, deren Vermögner in den vier Jahren um die Kleinigkeit von 62 Millionen gewachsen ist. Die nächst reichste Person ist in den vier Jahren von 119 auf 148 Mill. hinausgeklüffert.

Als Kuriosum sei erwähnt, daß es unter diesen Millionären auch Leute giebt, die dem Steuerfiskus vorrechnen dürfen, daß sie nicht mehr wie 3000 M. Einkommen haben! Das waren im Jahre 1897 nicht weniger wie neun; davon besaßen fünf 2 bis 3 Millionen, drei 3 bis 4 Millionen und einer sogar 6 bis 7 Millionen. Im Jahre 1899 waren es noch vier, die 2 bis 4 Millionen besaßen. Diese Einkommensberechnung möchten wir einmal kennen lernen. Bemerkenswert ist dabei, daß von den neun armen Millionären des Jahres 1897 fünf und von den vier des Jahres 1899 drei auf dem Lande saßen. Also vernünftlich nothleidende Agrarier.

**Das württembergische Ministerium des Innern** hat sich bereit erklärt, mit dem internationalen Arbeitsamt in Basel, einer Gründung der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz, Deutschland und sonstige Materialien auszutauschen. Auch soll den württembergischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten noch für jeden Fall eingeholter Erlaubnis der Regierung die Mitwirkung an den Arbeiten des Arbeitsamtes gestattet werden, soweit dienstliche Rücksichten nicht entgegenstehen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Unterhaus.

**London, 24. Januar.** (W. L. B.) A o l a n d fragt an, ob der Brauch, deutsche amtliche Briefe, die nach Deutsch-Südwestafrika gesandt werden, zu öffnen, in Kapstadt weiter geübt werde und ob die deutsche Regierung Vorstellungen erhoben habe. Craun orne erwidert, soweit die Regierung wisse, existiere kein solcher Brauch, auch habe die deutsche Regierung hierüber keine Vorstellungen erhoben. Staatssekretär des Krieges Drobrid erklärte, einzelne fremde Mächte hätten von Zeit zu Zeit durch das Auswärtige Amt Vorstellungen erhoben bezüglich ihrer Staatsangehörigen, die zu Kriegsgefangenen gemacht worden seien. Diese Vorstellungen seien meistens auf schriftlichen Wege erhoben worden und meistens hätten sich diese Schreiben auf die Freilassung der Gefangenen auf Ehrenwort bezogen. Alle Gefangenen würden, was die Haft betrifft, nach gleichen Grundfragen behandelt, ohne Rücksicht auf ihre Nationalität.

**Budapest, 24. Januar.** (W. L. B.) Der „Pester Lloyd“ meldet: Die in letzter Zeit unter dem Vorsitz des Kaisers stattgehabten militärischen Konferenzen haben vornehmlich der Geschäftefrage und der Frage der Reorganisation der Feldartillerie gegolten. Ein erster Teilvertrag für neue Geschütze dürfte in den Heeresvoranschlag für 1903 eingestellt werden; der Anfang soll mit der Beschaffung von Gebirgsgeschützen gemacht werden. Auch Hauptgeschütze sollen errichtet und die Gebirgsartillerie soll weiter ausgebaut werden.

**Budapest, 24. Januar.** (W. L. B.) Im 6. Stadtbezirk kam es gestern abend zwischen Socialdemokraten und Polizei zu einem Zusammenstoß, wobei 42 Verhaftungen vorgenommen wurden.

**Budapest, 24. Januar.** (W. L. B.) Der Brand der Concordia-Mühle dauert fort und dürfte noch mehrere Tage währen. Das aus fünf Stockwerken bestehende Gebäude ist ein einziges Flammenmeer. Die Feuerwehre arbeitet mit allen Kräften, um den Brand zu isolieren. Bei den Löscharbeiten sind drei Feuerwehrleute in die Tiefe gestürzt und verbrannt, neun andre erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. Der Schaden beziffert sich auf über 3 Millionen Kronen, ist aber vollständig durch Versicherung gedeckt.

**Paris, 24. Januar.** (W. L. B.) Die Sicherheitspolizei stellte fest, daß im Central-Präsidentenamt der Pariser Garnison seit längerer Zeit bedeutende Unterschläge verübt worden sind. Dem „Journal“ zufolge sind 10 Unteroffiziere und mehrere Kaufleute bereits verhaftet, die in die Sache verwickelt sein sollen.

**Marzelle, 24. Januar.** (W. L. B.) Die Polizei verhaftete ein 15-jähriges Mädchen, deren Mutter und zwei andere Personen, welche beschuldigt sind, einen Fremden, dessen Identität noch nicht festgestellt ist, in einen Hinterhalt gelockt, ihn zu rauben und dann ermordet zu haben. Die Leiche wurde ins Wasser geworfen.

**Brüssel, 24. Januar.** (W. L. B.) Wie in parlamentarischen Kreisen bekannt, dürfte demnächst von der Rechten ein Antrag eingebracht werden, welcher das Stimmrecht für die Frauen verlangt. Dieser Antrag soll gleichzeitig mit der Debatte über das allgemeine und gleiche Stimmrecht für die Provinz und Gemeindegewahlen in der Kammer diskutiert werden.

**Dokohama, 23. Januar.** (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Infolge eines heftigen Sturmes an der japanischen Küste sind zahlreiche Fischerboote untergegangen. Zweihundert Fischer werden vermisst.

**Pretoria, 23. Januar.** (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Oberst Kewitch meldet, daß vorerstern eine aus zwölf Mann neomanische bestehende Patrouille unter Lieutenant Woodhouse von 150 Boeren umzingelt wurde. Die Patrouille kämpfte, bis vier Boeren getötet und sechs verwundet waren, und mußte sich dann ergeben.

Reichstag.

126. Sitzung vom Freitag, 24. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky, Möller.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern (Ziel: Staatssekretär) wird fortgesetzt.

Außer den schon erwähnten Resolutionen ist noch die folgende Resolution Wassermaun (natl.), Dr. Hise (C.) eingegangen:

Der Reichslangler möge im nächstjährigen Etat eine finanzielle Unterstützung für das internationale Arbeitsamt in Basel vorlesen.

Abg. Schwärze-Lippstadt (C.)

auf der Tribüne schwer verständlich. Die Angriffe des Herrn Abg. Fischer gegen das Centrum waren vollkommen unberechtigt. Herr Hise hat fast alle die Forderungen aufgestellt, die auch Herr Fischer vorbrachte, freilich in seiner ruhigen, sachlichen Art, die vielleicht mehr wirksam als die ungezügeltten Angriffe des sozialdemokratischen Redners. ... Die Angriffe des Herrn Abg. Fischer gegen das Centrum waren vollkommen unberechtigt. ...

Bayrischer Ministerialdirektor v. Herrmann:

Die bayrische Regierung hat ihre Bau-Ordnung abgeändert und die Polizeibehörden besagt, je nach den lokalen Verhältnissen besondere Vorschriften zu erlassen. ...

Abg. Dr. Dertel (sonj.):

Die Frage des Befähigungsnachweises im Baugewerbe hätte bereits vor Einrichtung der Handwerkerkammern geregelt werden können. ...

Das Register der Klagen des Abg. Fischer möchte ich nur in einem Punkte ergänzen, indem ich die himmelstreichenden Zustände in den notorisch von Sozialdemokraten geleiteten Konsumvereinen, die er nicht erwähnt hat, beleuchte. ...

Mit dem Abg. Fischer stimmen wir nicht überein, wenn er sagt, es sei sozialpolitisch nichts geschehen. ...

sein? Die Bäckereiverordnung ist eine sozialpolitische Maßregel, wie sie nicht sein soll. ...

Präsident Graf Vassekrom: Sorden ist folgende Resolution eingebracht (C.): Der Reichstag wolle beschließen, den Reichslangler zu ersuchen, bei den Regierungen der in Betracht kommenden Staaten des Auslands Schritte zu thun, um die Gründung eines internationalen Arbeitsamts herbeizuführen.

Preussischer Handelsminister Möller:

Einen Teil der Angriffe des Abg. Fischer gegen mich hat bereits Graf Posadowsky in dankenswerter Weise zurückgewiesen. ...

Abg. Lenzmann (fr. Sp.):

Der Fall Möller veranlaßt mich, der Regierung den Rat zu geben: Nehmen Sie einmal einen Minister aus der Linken. Sie werden sehen, daß dieselbe nicht seine Ansichten revidiert. ...

Abg. Wurm (Soz.):

In Bezug auf die Feuerbestattung möchte ich nur betonen, daß es ganz verfehlt ist, diese Frage mit religiösen Dingen zu verquiden, sondern sie ist eine rein hygienische Frage.

Zunächst muß ich jedoch auf die Rede des Herrn Möller eingehen. Der Minister Möller hat sich geäußert, die Gewerkschaft des Abg. Möller anzutreten; er sei jetzt ein neuer Mann. ...

Abg. Dertel ist auf die angebliche Mauserung der Sozialdemokratie zu sprechen gekommen. ...

Herr Dr. Dertel meinte, Abg. Fischer habe vergessen, über die Konsumvereine zu reden. ...

Auch Graf Posadowsky hat sich vergeblich bemüht, die Anklage meines Genossen Fischer zu entkräften, daß in der Sozialpolitik ein viel zu langhames Tempo eingeschlagen wird. ...

fach auf der Verlesung und Verkleinerung der Arbeiter auf, daß es ein Jammer ist; 99 Proz. der Unfälle könnten verhindert werden, wenn ein wirklicher Arbeiterschutz bestünde, wenn er nicht halt machen würde vor dem Profitinteresse des Kapitals. Gerade jetzt in der Zeit der Arbeitslosigkeit wäre der geeignete Moment, den Maximal-Arbeitsstag durchzuführen. Warum zögert man noch? Ein kleiner Fortschritt ist ja im Arbeiterschutz zu verzeichnen. Man hat ja sogar schon den Rat von Arbeitervertretern ein. Wir brauchen aber für alle Industrien eine Verklärung der Arbeitszeit, wenn die Arbeiter wirklich in der Lage sein sollen, sich frei zu entwickeln. Dafür sollen die Mittel nicht vorhanden sein. Man hält es für genügend, in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben den hygienischen Maximal-Arbeitsstag einzuführen. Man soll das eine thun und das andere nicht lassen. Auch beim Rasttag werden für einzelne Industrien weitere sanitäre Einschränkungen, der Sechsstundentag, erforderlich sein. Organisieren Sie ein wirkliches Parlament der Arbeiter in Gestalt von Arbeiterausschüssen, Arbeitsämtern und Reichsarbeitsamt, dann werden Sie eine authentische Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse erhalten, wenn Ihnen die Berichte der Gewerbe-Inspektoren nicht genügen. Graf Pofadownsky hat vor kurzem einmal mit philosophischer Prägnanz als seinen Grundsatz in der Politik erklärt, daß ausgesprochen werden müsse das, was ist. Diesem Grundsatz gegenüber aber wird er selbst untreu, den Berichten der Gewerbe-Inspektoren gegenüber. Nach seinem Geheimverbot soll nicht ausgesprochen werden das, was ist, sondern es soll vertuscht und verheimlicht werden. (Graf Pofadownsky ruft: Nein!) Ja warum haben Sie denn da den Inspektoren einen Maulkorb vorgelegt? Warum sagen Sie uns denn nicht einmal hier, was sie den Inspektoren verboten haben? Wenn Sie nichts zu verbergen haben, dann drucken Sie doch den Erlaß einmal im „Reichs-Anzeiger“ ab, unterbreiten Sie ihn der öffentlichen Kritik. (Zustimmung bei den Sozialdem.) Ohne öffentliche Meinung ist eine wirkliche Socialpolitik nicht möglich. Haben Sie das Recht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen, dann geben Sie den Erlaß bekannt. Der Reichstag hat ein Recht, das zu fordern, denn nach allem, was wir von dem Erlaß gehört haben, steht er im Widerspruch zu der Bestimmung der Reichs-Gewerbe-Ordnung, wonach die Gewerbe-Inspektoren alles zu berichten haben, was das Leben, die Gesundheit und die Beschäftigung der Arbeiter angeht. Die Erfahrungen über die Lebensverhältnisse der Arbeiter sollen jetzt nicht mitgeteilt werden, sondern erst „seiner Zeit“, wie es beim Kanal heißt. Aber wir haben schon jetzt ein Recht zu erfahren, was vorgeht. Die wissenschaftliche Zusammenstellung können Sie ja nach Jahren bringen, und der Reichstag hat ein Recht darauf, daß ihm mitgeteilt werde, wie die Verhältnisse der Unternehmer gegen die Arbeitergesetzgebung von den Gerichten beurteilt werden, nicht daß man sich nur darauf beschränkt, bei den oberen Instanzen Beschwerde zu erheben über die unteren Instanzen, die unwirksam entschieden haben. Der Reichstag ist die oberste Instanz für die Unterjurisdiction, ob das Gesetz, das er geschaffen hat, auch ausgeführt wird. Es ist sehr vernünftig und im Interesse Ihres Staates, wenn Sie dafür sorgen, daß die Gerichte nicht so schädliche Urteile fällen; es ist doch schandhaft, wenn ein Gericht einen Unternehmer nur deshalb gering bestraft, weil es ja nur ein Gewerbeaufsichtsbeamter sei, den er beleidigt habe. Der Reichstag muß auch erfahren, welchen Erfolg denn die Beschwerde bei der höheren Instanz gehabt haben. Sonderbare Urteile sind da schon gefällt worden. In München wollten die Gerichte in zwei Instanzen dem Gewerbe-Inspektor nicht das Recht zugestehen, unangemeldet eine Fabrik zu betreten, erst das Ober-Landesgericht hat festgestellt, daß die ganze Socialreform eine Komödie ist, wenn der Gewerbe-Inspektor sich vorher beim Fabrikbesitzer anmelden müsse. Wir müssen genau erfahren, zu wie viel Mark Geldstrafe die Unternehmer verurteilt werden, die die Bestimmungen übertreten. Ein Unternehmer, der monatelang, ja jahrelang diese Bestimmungen übertreißt und dadurch tausende Mark Profit macht, wird schließlich zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatssekretär hat weiter gesagt, die Berichte der Fabrikinspektoren seien deshalb viel kürzer, weil die Aufsichtsbeamten nicht socialpolitische Betrachtungen, sondern Thatsachen geben sollten. Wozu dienen denn die Inspektorenberichte, doch nicht um Bibliotheken zu füllen und Bände zu schaffen, die kein Mensch ansieht, nein, ihre Aufgabe ist, das Material für die richtige Socialpolitik zu bilden. Sie sind in Deutschland das einzige Quellenmaterial für die Zustände unter den Arbeitern. Wollen Sie diese Zustände verschleiern? Sie hat ein Socialdemokrat bei der Kritik der Berichte gesagt, daß die Beamten zu faul und zu nachlässig seien, wir haben immer auf ihre Ueberlastung hingewiesen, aber Herr Möller, der ja die Beamten jetzt als ihr Chef kennen muß, behauptet, daß sie aus Faulheit und Nachlässigkeit nicht Thatsachen, sondern Anschauungen geben. Blaue Fittchen ohne Massonements haben gar keinen Wert, nur durch die lebendige Darstellung, durch den Vergleich mit anderen Zuständen ist es möglich, socialpolitisches Material zu schaffen. Deshalb wollen wir ja keinen zusammengefügten Auszug, sondern die Originalberichte, mit denen es in Preußen sonderbar beschaffen ist, da ja nicht die Berichte der Gewerbe-Inspektoren und vorgelegt werden, sondern die von den Gewerbeberatern zusammengestellten und gestrichenen Berichte. Das Register genügt uns nicht, es ermöglicht nicht, den Inhalt der Berichte so zu prüfen, wie es notwendig wäre. Musterhaftig ist nur das Register des preussischen Reichs. Auf dem Gebiete der Gewerbe-Aufsicht ist Preußen am rückständigsten. Scheinbar besteht der alte Erlaß des Herrn Verleisch von 1896 noch zu Recht, der den Beamten verbietet, mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung zu treten. Sollte ich mich irren, wird mich ja der Herr Staatssekretär relativieren. In anderen Bundesstaaten halten es die Aufsichtsbeamten für ihre Pflicht, sich mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung zu setzen. An dem Kongreß der Vertrauensleute der Gewerkschaften in Württemberg haben alle württembergischen Aufsichtsbeamten teilgenommen und es wurde dort betont, daß die Beamten den Arbeitern einen schlechten Dienst erweisen würden, wollten sie sie in der Fabrik anreden; es bleibe ihnen vielmehr nichts übrig, als mit den Gewerkschaften in Verbindung zu treten. In einem Fall hat ein Unternehmer sich die Ankunft des Gewerbe-Inspektors auf dem Bahnhof sofort telephonisch melden lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein solches Spitzelsystem leisten sich die Unternehmer aus Angst vor den Aufsichtsbeamten. In Baden haben die Handelskammern aus Anregung der Handelskammer Billingen sogar eine systematische Hege gegen den Gewerbe-Inspektor unternommen, wie sich aus einem als vertraulich bezeichneten Rundschreiben der Handelskammer Billingen an die Fabrikanten ergibt. Sie sehen, wie verständlich es ist, daß der Staat keine eigenen Gewerbebeamten schickt und sie nicht hindert, das, was ist, öffentlich bekannt zu geben.

Ein Mitglied dieses Hauses, das sich in Anti-Arbeiterfreundlichkeit auszeichnet, ist der Kollege Schlumberger. Nach seiner Rede muß man annehmen, daß wir von dem Anlauf von 1891 so himmelweit entfernt sind wie nur jemals. Herr Schlumberger ist nicht nur ein theoretischer Gegner der Socialreform, sondern wie aus unwiderstehlichen Zeitungsausschnitten hervorgeht, auch ein Gegner in der Praxis. In einer seiner industriellen Unternehmungen beträgt im Sommer die tägliche Arbeitszeit 13 Stunden; nicht nur die erwachsenen weiblichen Arbeiter, sondern auch die Mädchen unter 16 Jahren müssen dort teilweise bis 8 Uhr abends arbeiten. Ich bringe dies vor, damit Herr Schlumberger Gelegenheit hat, sich darüber zu äußern. Derselbe Herr Schlumberger äußerte sich in einer seiner Wahlreden zur Socialreform, bei der Einführung der Gewerbe-Ordnung habe die Regierung große Fehler begangen.

Die Aufsichtsbeamten seien mehr Vertreter der Socialdemokratie, als der Regierung. Durch ihr ungeschicktes Vorgehen in den Fabriken hätten sie dazu beigetragen, Angst und Pflichtgefühl in der Arbeiterschaft zu untergraben. Das sind die Ansichten des Herrn Kollegen Schlumberger.

Staatssekretär Graf Pofadownsky meinte, er sei nicht verantwortlich dafür, wenn es mit der Socialreform nicht so rathlich vorwärts gehe. Er sei nicht verantwortlich für alles, was der Bundesrat beschlehe. So sagte er am 23. Januar dieses Jahres; am 17. Januar des vorigen Jahres dagegen erklärte er: „Hm würde sein Konzept zwar oft gründlich von den verbündeten Regierungen durchkorrigiert, aber andererseits übernehme ein Staatssekretär, der ein Gesetz der verbündeten Regierungen hier verteidigt, selbstverständlich auch die volle politische Verantwortung für dieses Gesetz.“ Diese Aeußerung war sehr richtig, Herr Staatssekretär! Aber in diesem Jahre haben Sie vergessen, was Sie im vorigen gesagt haben. Wenn ein Staatssekretär ein Diplomat sein will, so muß er auch ein gutes Gedächtnis haben, sonst kommt er in arge Widersprüche. Diesmal sagte der Staatssekretär, der Bundesrat sei schuld. Realist erklärte uns Graf Bälou, der Bundesrat habe nichts zu sagen, seine Mitglieder würden an der Strippe gezogen (Heiterkeit links) und hätten nur Ja oder Nein zu sagen nach den Instruktionen ihrer Regierungen. Der Staatssekretär lehnt also die Verantwortung ab, die Bundesratsmitglieder haben auch keine Verantwortung, sie wissen nicht, was sie thun, und von den Ministern der Einzelstaaten hat uns der Reichslanzler erzählt: „Dabei haben Sie nicht mit hineinzureden, die Minister zu ernennen, ist Sache des Königs.“ Einer versteckt sich hinter dem andern, schließlich bleiben nur die Könige übrig. Gut, wir haben nichts dagegen, wenn Sie die Könige und Fürsten preisgeben (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Kugelfang!) für all den Born und all den Unwillen, der erregt worden ist. Sie sind es dann, die das monarchische Gefühl verletzen, Sie verstecken sich hinter den monarchischen Institutionen. Die Könige und Fürsten sind aber nicht hier, wir halten uns an Sie! Vordringlich steht noch in der Verfassung, daß Sie verantwortlich sind! Und wir machen Sie verantwortlich für das Stöcken der Socialreform, für dieses ganze Totschweigen und Veruschungssystem und für die greuliche Mißwirtschaft, die heute auf so vielen Gebieten besteht! Was sehen wir? Den Zinkhütten-Arbeitern wird der Schutz, der ihnen endlich geworden war, wieder auf 27 Monate genommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Redner giebt eine Schilderung der traurigen hygienischen Zustände, unter denen die Zinkhütten-Arbeiter leiden. Diese Arbeiter gehen einem frühen Siechtum entgegen, am Schluß der vierziger Jahre sind sie fast ausnahmslos vollständig arbeitsunfähig. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Um den Wirkungen des furchtbaren Zinkstaubes zu begegnen, wurde nun in einer Verordnung bauliche Veränderung der Fabriken verlangt. Die Veränderungen sollte bis zum 1. Juli 1901 erfolgt sein. Die Frist ist aber bis zum 1. Oktober 1903 verlängert worden. Dabei gehören die Zinkhütten den notorisch reichsten Leuten! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Graf Pofadownsky teilte nun mit, daß im Bezirk Lypeln Zinkhüttenbesitzer die nötigen baulichen Veränderungen bis zum festgesetzten Termin nicht fertiggestellt hätten. Er wird gut thun, die Namen der betreffenden Besitzer zu nennen, sonst fällt auf jeden einzelnen der Zinkhüttenbesitzer jenes Bezirks der Verdacht, er habe es nicht für nötig gehalten, dem Verlangen des Gesetzes nach Verbesserung der ungesunden Arbeitsverhältnisse seiner Arbeiter nachzukommen. Uebrigens teilte Graf Pofadownsky noch mit, daß der Widerspruch gegen die Verordnung aus Preußen gekommen sei. Dann fällt die Verantwortlichkeit für jenen Antrag beim Bundesrat auf den Handelsminister Möller, denn der Antrag ist datiert kurze Zeit nach dem Amtsantritt dieses Ministers. (Hört! hört! v. d. Soc.) Sind denn Bundesratsbeschlüsse dazu da, um von jeder beliebigen Unternehmerwillkür über den Haufen geworfen zu werden? Das kann das Ansehen des Bundesrats im Volke nicht vermehren. (Sehr richtig! v. d. Soc.) — Ich sprach schon von den vielfachen Vergiftungen, denen die Arbeiter in den verschiedensten Betrieben ausgesetzt sind. Ich will noch einige Beispiele geben. Besonders gefährlich ist die Bleivergiftung. Spigen werden mit Bleiweiß vermischt und die Arbeiter erkranken dann an Bleivergiftung. Es giebt aber einen ungeschicklichen Ersatz für Bleiweiß, nämlich das Zinnweiß. Wenn man also energisch vorgehen würde, wären die Gefahr für Leben und Gesundheit zahlreicher Arbeiter leicht zu beseitigen. — Ebenso ist die Arbeit der Müddelpolierer gesundheitsgefährlich. Durch das fortwährende scharfe Hinsehen auf eine blaue Fläche werden die Augen bald geschwächt, es wird von einem Arzt vorgeschlagen, den Arbeitern Gips zur Verfügung zu stellen; der Gips, in den die Hände einzutauchen sind, nimmt das Schmieröl vollständig auf. Diese einfache Maßregel kann doch sehr leicht überall vorgeschrieben werden. Jetzt freilich ist man noch sehr weit zurück. Wir wird erzählt, daß ein Berliner Meister einem Müddelpolierer, der sich am Montag die Hände wusch, dazu ist doch am Sonnabend noch Zeit genug! (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Wiederholt haben wir ein Verbot der Fabrikation von Zündhölzern mit weißem Phosphor verlangt. Die bestehenden Schutzvorschriften reichen nicht aus. Die Phosphorvergiftung führt sehr häufig zur Nekrose, zum Absterben der Knochen des Unterleibes. Nach einer zweijährigen Versuchszeit in den Zündholz-Fabriken werden Mädchen und junge Männer davon befallen. Sie erhalten nicht einen Pfennig Unterstützung, weder Unfall- noch Invalidenrente. Die Phosphornekrose wird nicht als Unfall, sondern als Krankheit betrachtet, und die Gewerkschaften gilt nicht als vermindert, wenn der Unterleiber schilt. Welche Härte für die Opfer, zumal für die verarmtesten Familien! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und dabei hat die Wissenschaft für den weißen Phosphor bereits einen Ersatz gefunden. Die Diagnose für die Phosphornekrose ist im Anfang sehr schwer, und die Krankheit wird fast immer erst in einem späteren Stadium erkannt. Auch der Gewerbe-Inspektor für Pommeren empfiehlt dringend das Verbot der Fabrikation von Zündhölzern mit weißem Phosphor. Die Schweiz hat dies Verbot schon vor längerer Zeit ausgesprochen. Ebenso wie bei uns der Staatssekretär wurde auch damals die Schweizer Regierung von den Fabrikanten bestimmt mit der Angabe, die Industrie werde ruinirt. Das ist aber keineswegs der Fall, es ist ein vollständiger Erfolg für den weißen Phosphor und die bisherige ungeliebte Fabrikationsmethode möglich. Das geht aus den Untersuchungen des Professors Umge in Zürich hervor, der auch im „Verliner Tageblatt“ 1899 einen Artikel darüber veröffentlicht hat. Eine Entschädigung an die Fabrikanten für ein solches Verbot halten wir gar nicht für notwendig; sondern eigentlich müßten die Unternehmer den Arbeitern, deren Gesundheit sie jahrelang gefährdet haben, eine Entschädigung zahlen. Anders steht es mit den Bezirken, in denen die kleinen Hausindustriellen — wie in Thüringen auf dem Rennsteig — von der Phosphor-Zündholzfabrikation leben. Diese kleinen Unternehmer sollten durch Schaffung anderer Arbeitsgelegenheit existenzfähig erhalten werden; hier hätte die Regierung Gelegenheit, etwas zu thun, indem sie etwa diese kleinen Hausindustriellen genossenschaftlich organisierte. Es ist auch gar nicht schwierig, einen Betrieb, in dem Zündhölzer mit weißem Phosphor fabriziert werden, in einen solchen umzuwandeln, in dem die Fabrikation mit einer andren Nahrungsmasse erfolgt. Wir behalten uns einen Antrag vor, der diesen Vorschlägen abhelfen soll. Noch ein Wort zu dem Antrage des Abg. Köstler. Dessen betreffend die Arbeitsnachweise. Gewiß sind die paritätischen Arbeitsnachweise ein Fortschritt gegenüber den

Ausbeutungsnachweisen, wie dem Arbeitsnachweis der Metall-Industrien, der Gummi-Fabriken usw. Diese Arbeitsnachweise scheinen dazu bestimmt, die Arbeiter noch mehr zu zügeln, sie noch mehr klein zu bekommen. Aber auch ein Teil der kommunalen Arbeitsnachweise vertritt nicht die Interessen der Arbeiter, sondern der Unternehmer. Gewisse Arbeitsnachweise verlegen die Streikliste, indem sie dafür sorgen, daß Arbeiter nach den Orten, in denen Streiks bestehen, gebracht werden. Wir verlangen die Errichtung eines Reichs-Arbeitsamts an der Spitze von Arbeitskammern. Aufgabe dieser ist es auch, einen centralisierten Arbeitsnachweis durchzuführen. Hier dabei haben die Arbeiter eine gleichwertige Vertretung ihrer Interessen. — Wir halten es für unsere Pflicht, immer wieder unsere Klagen vorzubringen, um die Arbeiter davon hinzuweisen, daß sie sich auf sich selbst verlassen müssen, daß sie sich organisieren. Wir haben teilweise etwas bessere Arbeitsnachweise-Bestimmungen als andre Länder, was aber erreicht ist, ist nur durch das fortgesetzte Drängen der Socialdemokratie möglich geworden. (Lachen rechts.) Fürst Bismarck selbst hat 1885 zugestanden: wenn die Socialdemokratie nicht wäre, hätten wir nicht den Arbeiterschutz, den wir jetzt haben. Dies Zugeständnis war richtig und die Arbeiter werden immer mehr einsehen, daß für sie nichts zu erreichen ist, wenn sie sich nicht in Gewerkschaften organisieren und politisch an die socialdemokratische Partei anschließen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dabach (L.) befragt folgende von ihm eingebrachten Antrag: 1. den socialdemokratischen Antrag, betreffend die Zinkhütten-Verordnung abzulehnen; 2. den Bundesrat zu veranlassen, den Beschluß vom 5. Juli 1901, betreffend die Abänderung der am 6. Februar 1900 erlassenen Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Zinkhütten, dahin abzuändern, daß die baulichen des höheren Verwaltungsbehörden eingeräumte Befugnis zu einer Fristverlängerung auf die zur Durchführung der Vorschriften im § 1 Abs. 1 und § 8 erforderlichen baulichen Veränderungen beschränkt wird. — Diese Bestimmungen beziehen sich auf jene größeren baulichen Veränderungen, die eine größere Zeit erfordern. Redner erklärt weiter, seine Fraktion könne dem Antrag Zenzmann, betreffend die Feuerbestattung, aus religiösen Gründen nicht zustimmen.

Geheimrat Türl: Der frühere preussische Handelsminister hat sich mit sehr ungern entschlossen, eine weitere Fristverlängerung für das Inkrafttreten der Zinkhüttenverordnung beim Bundesrat zu beantragen. Er hat sich dazu genötigt gesehen, weil sich herausstellte, daß gewisse bauliche Veränderungen bis zu dem zuerst in Aussicht genommener Zeitpunkt nicht hergestellt werden konnten. Es handelte sich zum Teil um vollständigen Umbau der Zinkhütten. Es ist aber von vornherein den preussischen Regierungspräsidenten in dem Augenblick, wo ihnen der Erlaß erteilt wurde, die Frist über den 1. Juli 1901 hinaus zu verlängern, auch die Anweisung erteilt worden, von dieser Ermächtigung nur sehr vorsichtig Gebrauch zu machen. Den Regierungspräsidenten ist strengstens eingeschärft worden, die Durchführung der Verordnung über die baulichen Veränderungen der Zinkhütten genau zu überwachen und fortgesetzt an den Minister darüber zu berichten. In einer Hälfte, die den Vorschriften nicht gemäß hat, ist die Hälfte des Betriebs zwangsweise eingestellt worden. Man kann also nicht behaupten, daß diese Sache mit leichtfertiger Entgegenkommen behandelt worden ist, deshalb glaube ich auch nicht, daß die Annahme des Antrages Dabach von sachlicher Bedeutung wäre. Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr. Anherdem: kleinere Vorlagen. Schluß 6 1/2 Uhr.

### Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom 24. Januar 1902, vormittags 11 Uhr.

Am Regierungssitz: v. Podbielski.

Die zweite Beratung des Etats der Domänenverwaltung wird fortgesetzt bei Kap. 1 Tit. 3 der Einnahmen.

Abg. Gothein (fr. Pa.):

Der Landwirtschaftsminister sagte gestern, er wolle sich nicht zwischen zwei Stühle setzen. Nun, er hat sich mit einem derartigen Applomb auf den agrarischen Stuhl gesetzt, daß dieser Stuhl noch seinen Neben einen bedenklichen Knack geliegt hat. (Große Heiterkeit.) Er hat inhaltlich freilich unendlich wenig gesagt, aber in Angriffen auf große Parteien, die freilich in diesem Hause nicht sehr stark vertreten sind, hat er Sachen geleistet, die in diesem Hause überhaupt noch nicht vorgekommen sind. (Große Umrufe rechts.) Er hat von uns gesagt, wir hätten das platte Land, weil wir dort keinen politischen Einfluß gewinnen könnten. (Sehr richtig! rechts.) Sie generieren sich nicht, das zu rufen! (Stürmische Umrufe rechts. Beifall links.) Bisher war es doch in diesem Hause Sitte, niemandem andre Motive unterzuschleichen, als die, zu denen er sich selbst bekannte. Freilich, böse Beispiele verberben alte Sitten! (Stürmische Umrufe rechts. Beifall links.) Wir gehen auf dem platten Lande ein sehr großes Vertrauen. (Lachen rechts.) Sie lassen! Nach der Wahl in Greifswald-Gruppen haben Sie nicht gelacht! (Große Umrufe rechts.) Trotz der beispiellosen Wahlbeeinflussungen, trotz des Terrorismus, der von Ihrer Seite mit Hilfe der Amtsvorsteher, der Gemeindebestreher, der ganzen Selbstverwaltung geübt worden ist, haben Sie dort eine elastische Niederlage erlitten, und bei den kommenden Reichstagswahlen werden Sie noch ganz andere Niederlagen erleiden! Wir haben einen sehr großen Teil des platten Landes hinter uns; achten Sie doch auf die Aeußerungen der Bauern in Oldenburg, Ostfriesland und Schleswig-Holstein! Ein Großgrundbesitzer meines Wahlkreises hat mehrere seiner Leute deshalb entlassen, weil sie in einer meiner Versammlungen gegangen sind. (Sehr richtig! rechts. — Umrufe.) Auch dies „Sehr richtig!“ wird ungerne bleiben. Wäre es nicht gewissend, wenn wir der Landwirtschaft vorwürfen, ihre Stellung sei distirt aus Haß gegen die Industrie? Und wie nennen Sie es, wenn vom Ministerialrat gesagt wird, daß unsere politische Stellung distirt werde vom Haß gegen das platte Land? (Minister v. Podbielski schüttelt fortwährend mit dem Kopf.) Das hat der Minister gesagt, das magale ich sehr! (Große Umrufe rechts.) Dann hat er freilich den beispiellosen Mut gehabt, die Sache schlemmig dahin einzuschleichen, er habe nicht die Herren in diesem Hause gemeint, sondern die Bauern. Ein derartiges Zuschreiben bei einer Unterstellung unerhörtester Art gegen eine Partei beweist eine Sorte von Mut, um die ich den Minister nicht beneide. (Ernte lebhafteste Umrufe rechts.) Da ziehe ich doch den ehelichen Kampf vor! (Lärm rechts.)

Der Minister meinte weiter, mit der Theorie löse man keinen Hund vom Ofen. Am. Bamberger hat einmal gesagt: „Wagis-nemen Sie das, was Sie nicht beweisen können und Theorie das, was Sie nicht widerlegen können.“ Verdankt die Landwirtschaft ihre Höhe nicht in erster Linie den Ergebnissen der theoretischen Forschung? Redner fordert im weiteren die Vorlegung einer allgemeinen landwirtschaftlichen Statistik. Der Rückgang der Domänenposten beweist nur, daß in früheren Jahren die Pächter sich in Bezug auf die Rentabilität übertriebener Hoffnungen hingegen haben. Warum der lebhafteste Widerspruch gegen die Behauptung, daß die Landwirtschaft kapitalistisch betrieben wird? Werb-pachten ist doch ein kapitalistisches Gewerbe. Würde die Landwirtschaft nicht ein, so würden sich überhaupt keine Pächter finden. Der bayerische Kleinfeldbesitz ist gerade in der Zeit der höchsten Getreidepreise zurückgegangen. Hohe Getreidepreise drücken insbesondere die Lage der Arbeiterschaft nieder. Wollen wir eine leistungsfähige Arbeiterschaft haben, so müssen wir nicht nur für hohe Löhne sorgen, sondern auch für billige Lebensmittelpreise. Redner weist ausdrücklich für eine Reihe von Gemeinden nach, daß eine Hebung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs sich nur erzielen lasse durch Verminderung des Agrarbaus, Vermehrung des Aubaues von Futtermitteln und der Viehzucht, daß somit der kleine Landwirt gar kein Interesse habe an erhöhten Getreidepreisen.

Präsident v. Kröcher (unterbrechend): Ich hoffe, daß Sie uns diesen Beweis nicht für sämtliche Gemeinden der Monarchie erbringen werden. (Große Heiterkeit rechts.)

Abg. Götthein (fr. Bg., fortfahrend):

Das werde ich selbstverständlich nicht thun; ich habe Ihnen bloß eine kleine Willensprobe vorgelegt. (Lachen rechts.) Ich habe allerdings noch viel mehr Material und werde es Ihnen gern vortragen, wenn Sie es wünschen. (Lebhafte Proteste rechts.) Wir haben die feste Überzeugung, daß die kleinen Bauern durch hohe Getreidepreise aufs schwerste geschädigt werden. Deshalb leisten wir Widerstand gegen den Zolltarif-Erwerb. Wir werden Ihnen nicht vor, daß Sie das Brot verteuern aus Höflichkeit gegen die industriellen Arbeiter, aber wir können dann auch beanspruchen, daß Sie auch bei uns die volle Gerechtigkeit der Ueberzeugung anerkennen! (Lebhafte Weisfall links.)

Präsident v. Kröcher:

Ich bin nicht in der Lage, eine Zolltarif-Debatte hier abzuschneiden; ich muß anerkennen, daß nach meiner Auffassung allerdings die Erträge der Domänen von der Gestaltung des vorgelegten Zolltarifs abhängen. Ich möchte Ihnen aber doch anheimstellen, die Zolltarif-Debatte hier nicht allzusehr auszudehnen.

Abg. Frhr. v. Wangenheim (L.):

Höhere Getreidepreise steigern auch die landwirtschaftliche Produktion. Für die Herren von der Linken ist alles nur Handelsobjekt; für sie hat ein Stück deutschen Bodens nur die Bedeutung einer alten, abgetragenen Hose, die von einer Hand in die andere geht. (Lebhafte Heiterkeit links.) Der Landwirt ist heute nicht mehr in der Lage, irgendwelche Ausgaben für Reparaturen usw. zu machen. Bei sinkenden Getreidepreisen ist es nicht möglich, dem Arbeiter auf dem Lande höhere Löhne zu geben. Doch die Landwirtschaft unter den heutigen Verhältnissen nicht weiter existieren kann, steht außer Frage. Das liegt nicht nur an der Konkurrenz des Auslandes, sondern auch an dem Arbeitermangel auf dem Lande, der wesentlich herbeigeführt ist durch die bisherige einseitige Förderung der Industrie. Deutschland steht vor der Entscheidung: Soll es aufwärts oder abwärts gehen? Von der Gestaltung des Zolltarifs hängt die wirtschaftliche und politische Zukunft Deutschlands ab. (Lebhafte Weisfall rechts.)

Landwirtschaftsminister v. Boddielöf:

Meine gestrigen Worte haben in der Presse und in der Rede des Abg. Götthein eine wunderbare Deutung gefunden. Diese Deutung trifft absolut nicht zu. Sie (nach links), Ihre Partei habe ich wahrlich nicht gemeint, es hat mir nichts ferner gelegen; sondern ich hatte die Anträge im Reichstage im Auge, wonach den Grundbesitzern für jedes Hektar eine bestimmte Abgabe von dem Anzins der Zollerhöhungen auferlegt werden soll. Man sollte doch annehmen, daß seine erstbeste Leute, im Reichstage werden doch nur ernste Anträge eingebracht! Sie kennen mich ja, warum wollen Sie mir solche Umferschiebungen machen, als wenn ich Sie als — ich weiß nicht was — ansehe. Mir liegt nichts ferner, als Jemand vorzuwerfen, er wäre nicht lösnig; sondern ich bin überzeugt, Sie stehen mit mir auf dem Boden der Verfassung und des ganzen Staatslebens. Sie halten mit mir unsere ganzen Verhältnisse für gut und gesund, und die praktische Mitarbeit daran macht Ihnen Freude. (Heiterkeit.) Es handelt sich um politische Maßnahmen; es ist der Socialdemokratie bis zu diesem Moment nicht gelungen, in ländlichen Kreisen Fortschritte zu machen. Ich habe nur auf die ganze Bewegung der Socialdemokratie hinweisen wollen, alles andre hat mir — das erkläre ich offen und rund heraus — ganz fern gelegen. Ich habe stets mit offenen Karten gespielt. Mein Ziel ist, durch Hebung der Landwirtschaft der Industrie einen gesunden Heimatsmarkt zu schaffen. (Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.):

Glaubt der Landwirtschaftsminister wirklich, den heimischen Absatzmarkt für den Wein dadurch zu stärken, daß man die Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung einschränkt? Denn darauf läuft doch die ganze Zollpolitik der Regierung hinaus, indem sie alle Lebensmittel verteuert. Amerika hat keine künstlichen, sondern natürliche Preise für Lebensmittel. Die Lebensmittel sind dort wesentlich billiger, und das ist ein Hauptgrund für die erstaunliche Absatzfähigkeit der amerikanischen Industrie auf dem inländischen Markte.

Der Landwirtschaftsminister meinte, die Socialdemokratie habe auf dem platten Lande noch nirgends Einfluß gewinnen können. In Mecklenburg, diesem agrarischen Lande, und in Ostpreußen aber nimmt die Socialdemokratie in staunenerregender Weise zu. Wenn die Zollpolitik der Regierung zur nächsten Wahlperiode bei den Reichstagswahlen werden sollte, so würde diese Zunahme noch weit größer werden. Indem meine Partei sich ebenfalls der Interessen des arbeitenden Volkes annimmt, ist sie es allein, die der socialdemokratischen Agitation noch einigermaßen einen Damm entgegengeht. (Lachen rechts.) In Schwelm-Billenberg ist es uns gelungen, durch sachgemäße Aufklärung auch der ländlichen Wähler dem Einfluß der Großgrundbesitzer entgegen zu treten. (Zuschauer rechts: Was kostet das?) Das kostet ein großes Stück Arbeit (Lachen rechts), aber dadurch ist es auch gerade auf dem platten Lande und in den Dörfern gegliedert, den Bauern zum Verständnis zu bringen, wie sehr sie durch die Bestrebungen des Bundes der Landwirte geschädigt werden. In England ist der Bauernstand ruiniert gerade zu einer Zeit, als man die Getreidepreise künstlich in die Höhe schraubte. Herr v. Wangenheim behauptet, unsere Partei vertrete beim Zolltarif die Interessen des Auslandes. Das ist wirklich eine Zumutung an den Unverstand der Massen, wie sie demagogischer kaum gedacht werden kann. Woher sollte denn unser Interesse am Auslande kommen? Die agrarische Politik aber läuft auf diese hinaus, die dem Vaterlande nur Schaden können. (Lebhafte Weisfall links.)

Abg. Engelbrecht (L.) bestreitet, daß die ostpreussischen und schlesisch-pommerschen Bauern Gegner des Zolltarifs seien.

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.):

Was nützen billige Brotpreise, wenn die Arbeiter sie nicht bezahlen können? Auch in Amerika sind die Lebensmittelpreise nicht niedriger als bei uns, weil die Amerikaner mit großem Geschäft ihre überreichende Getreideproduktion aus dem Lande herauszubringen verstehen.

Herr Dr. Barth hat seine Partei als einen Damm gegen die Socialdemokratie bezeichnet. Freilich, diese Herren lassen sich von der Socialdemokratie bei den Wahlen unterlagen, sie selbst stimmen für die Socialdemokraten, wenn sie die Wahl haben, zwischen solchen und den Konservativen, und wenn die Sache zum Klappen kommt, werden sie mit einem Fußtritt für ihre Pisse von der Socialdemokratie befohlen. Wenn erst die Socialdemokratie auf plattes Land kommen sollte, wird auch der Herren Freisinnigen nichts andres übrig bleiben, als hinter uns herzulauern. (Lebhafte Heiterkeit links.) Auch wir wünschen den Abschluß von Handelsverträgen, aber schließlich könnten wir ohne Handelsverträge ebenso gut existieren wie irgend eine andere Nation. Im Auslande beruft man sich überall auf den berühmten Dr. Barth. (Heiterkeit rechts.) Ich will Dr. Barth keine unpolitische Ansicht unterlegen, aber in der Praxis kommt es darauf hinaus, daß er uns immer und andäwärtigen Interessen wesentlich schädigt. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Ehlers (fr. Bg.):

Aus dem Inkonsumenten des Zolltarifs würde die Socialdemokratie ansehensreiches Kapital schlagen; wir bekämpfen also die Socialdemokratie, indem wir den Tarif bekämpfen. Das Studium des Auslandes kann uns nur nützlich sein.

Abg. Hirt (L.): Auch die schlesischen Bauern verlangen höhere Löhne. Damit schließt die Diskussion; der Titel wird bewilligt. Die fortlaufenden Ausgaben des Staats werden bewilligt. Die weitere Beratung wird auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 1/2 Uhr.

### Partei-Nachrichten.

Im socialdemokratischen Verein in Frankfurt a. M. wurde berichtet, daß sich die Reorganisation, die im Frühjahr v. J. beschlossen worden ist, trefflich bewährt habe. Im Laufe des verflochtenen Jahres wurden 57 Versammlungen abgehalten und 120 000 Flugblätter verteilt. Die Zahl der Vereinsmitglieder beträgt jetzt 1138 gegen 600 am Beginn des Berichtsjahres. Die Einnahmen betragen 10 781 M. Der jetzige Kassenbestand 828 M. An die Hauptkasse in Berlin wurden 1500 M. gezahlt, dem Kassafonds 4100 M. überwiesen. In den beiden, der Agitationskommission in Frankfurt unterstellten ländlichen Kreisen wurden 244 M. aufgebracht.

„Wer andern eine Grube gräbt.“ Das verwerfliche Mittel der Sozialdemokratie, das von unsren Gegnern allenhalben noch gegen uns gerührt wird, weil sie nicht im Stande sind, die Socialdemokratie geistig zu überwinden, hat sich jetzt an den Kartellparteiern im 10. sächsischen Reichstags-Wahlkreise bitter gerächt. Dort ist der Wahlkampf im vollen Gange, am 28. Januar ist die Erziehung und nun mühten sowohl die Konservativen wie die Nationalliberalen ersahen, daß die Kartelle auch ihnen vielfach die Gasse verwehren. So wählten sich in Rohnheim sämtliche Sozialdemokraten, den Nationalliberalen ihre Lokale zu einer Versammlung zu überlassen; nur mit Mühe und Not erhielten sie nach langem Drängen den kleinen Kaffeehaus-Saal. In Rarbach bekommen die Nationalliberalen bis zur Stunde keinen Saal, außer sie gehen dorthin, wo die Socialisten sonst tagen. Die Konservativen mühten im gleichen Orte dem Birte erst völlige Redefreiheit für alle Parteien zuzuführen, sonst hätte Herr Sachse seinen Vortrag auf einem Kartoffelacker halten können. In Geringswalde müssen die Konservativen und Nationalliberalen die Gastfreundschaft jenes Birtes in Anspruch nehmen, bei dem sonst nur der „Ansturz“ verkehrt. In Hartha erhielten die Konservativen nur mit Mühe und Kraft die Zusage eines Birtes, der seinen Saal den Socialdemokraten nicht zur Verfügung stellt. Unsere Gewissen eruchten den Birte, wenigstens zur Bedingung zu machen, daß Redefreiheit gewährt werde. Der Birte zog aber aus irgend einem Grunde vor, den Konservativen den Stuhl vor die Thüre zu legen.

### Politisches, Gerichtliches usw.

#### Der politische Tanz.

Der socialdemokratische Verein Neuenhagen, dem Berliner Vorort an der Ostbahn, wollte am 11. August 1901 ein Ballfest, verbunden mit Konzert, abhalten. Das Fest wurde vom Amtsvorstand wegen der voranschreitenden Beteiligung von Frauen verboten. Der Amtsvorstand berief sich auf den dritten Absatz des § 8 des Vereinsgesetzes, wonach Frauen an Versammlungen und Sitzungen der dort genannten politischen Vereine nicht teilnehmen dürfen. Nach vergeblichen Beschwerden beim Landrat und beim Regierungspräsidenten zu Potsdam klagte der Vereinsvorsitzende, Genosse Bretschneider aus Petershagen, beim Ober-Verwaltungsgericht.

Ein Anwalt, Tb. Liebnicht, machte im wesentlichen gegen das Verbot dieselben Gründe geltend, die Dr. Karl Liebnicht (siehe „Vorwärts“ vom letzten Sonntag) in der Sache Oehling geltend gemacht hatte, auf die das Gericht aber wegen der formellen Verletzung jener Sache nicht eingegangen war. Das Vereinsgesetz sei nicht in der Verfassung zu finden, § 8 verstoße gegen den Artikel 10 der preussischen Verfassung, indem er Frauen, Schüler und Lehrlinge von der Teilnahme an politischen Vereinen ausschließe, und schließlich lasse sich § 8 logisch nur so deuten, daß unter Versammlungen, an denen Frauen nicht teilnehmen dürfen, auf keinen Fall rein dem Vergnügen gewidmete Veranstaltungen politischer Vereine zu verstehen seien.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies jedoch die Klage ab. Der Vorsitzende Lehmann führte begründend aus: Der Kläger gehe davon aus, daß § 8 des Vereinsgesetzes verfassungswidrig und deshalb unverbindlich sei. Dieser Einwand sei neu und eigenartig, mehr aber auch nicht. Nach § 106 der preussischen Verfassung siehe nur den Kammer (Landtag und Herrenhaus), nicht aber den Verordnen die Nachprüfung der Rechtsgültigkeit gehörig verhandelter königlicher Verordnungen zu. Darnach gebe hervor, daß die Verordnung betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht von jeder richterlichen Nachprüfung in Bezug auf die Verträglichkeit mit der Verfassung ausgeschlossen sei. § 8 Absatz III des Vereinsgesetzes schreibe nur vor, daß Frauen, Schüler und Lehrlinge an Versammlungen und Sitzungen von politischen Vereinen im Sinne des § 8 nicht teilnehmen dürfen. Diese Verordnen lege der Berichtsbuch dazu, daß sie sich beziehe nicht bloß auf Versammlungen, die der Erörterung politischer Gegenstände dienen, sondern auch auf festliche Veranstaltungen politischer Vereine: auf Välle, musikalische Veranstaltungen, Besuche mit Damen usw. Nach Vorhalt und Entstehungsgeschichte des Vereinsgesetzes in den fraglichen Bestimmungen habe der Gesetzgeber gewollt, daß Frauen weder aktiv noch passiv an der Agitation politischer Vereine teilnehmen und auch nicht ein Mittel für ihre Zwecke sein sollten, wie sie es würden, wenn sie an festlichen Veranstaltungen politischer Vereine teilnahmen, um diese zu verwickeln, zu verherlichen, sie anzuehender zu gestalten und so dem Verein neue Freunde gewinnen zu helfen. — Was einen andern Einwand des Klägers angeht, so habe das Gericht bereits anerkannt, daß andre Veranstaltungen politischer Vereine, als Versammlungen, die der Erörterung politischer Angelegenheiten dienen, nicht auf Grund des Vereinsgesetzes überwacht werden könnten. Wenn aber der Kläger daraus schließe, daß in § 8 Absatz I unter Abgeordneten der Oberrichter nur solche zu verstehen seien, die das Vereinsgesetz besonders zur Ueberwachung von Versammlungen befuge, und daß deshalb lediglich Versammlungen und Sitzungen mit politischen Zwecken unter § 8 Absatz I fallen, nicht aber Festlichkeiten, dann sei das ein falscher Schluß. Neue Annahme werde schon dadurch widerlegt, daß § 8 neben Versammlungen auch Sitzungen nennt, in welche doch die Oberrichter regelmäßig nicht schiden könne. Aus den allgemeinen Aufgaben der Polizei folge, daß sie unter Beachtung des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit überall, wo Menschen sich versammeln, Abgeordnete hinführen könne, wenn ein genügender polizeilicher Anhalt vorhanden sei. Das wäre zweifellos der Fall, wenn eine Versammlung eines politischen Vereines unter Teilnahme von Frauen stattfände, da ja die Teilnahme von Frauen gesetzlich sei. Die Polizei könne dem entgegenzutreten, und zwar brauche sie nicht zu warten, bis die Geschwulst entstanden sei; sie könne auch präventiv (vordringend) solche Geschwulst im Hinblick auf das Gesetz verbieten. Vorliegend sei ein Fall angezeigt gewesen, ohne Teilnahme von Frauen sei ein solcher nicht möglich, also rechtsetzte sich das Verbot.

Politische Vereine dürfen also danach in Preußen keine Välle abhalten, weil Frauen, ohne die der einseitigste Versuch sich keinen Ball denken kann, den politischen Vereinen nicht als Mittel zum Zwecke dienen dürfen. Konsequenterweise müßte es den Frauen nun auch verboten werden, auf andre Weise Propaganda für einen politischen Verein unter den Männern zu machen. Angesichts dieser unfruchtlichen Anlegung des Gesetzes durch die heutigen Richter könnte man sich demüßigen mit den Worten und Zeiten befremden, denen wie das Gesetz verdanken; ein solcher Reaktionsgeist, wie in dieser Entscheidung, atmet im Gesetze selber thatfächlich nicht.

— In sechs Monaten Verlaufe wurde abermals, wie telegraphisch berichtet wird, Genosse Wreden in Dortmund verurteilt. Die nach nicht verurteilten drei Monate wurden eingerechnet. Er soll wieder Gendarmen und Schutzeute beleidigt haben.

— Gegen die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes sollte der Genosse Horster in Krefeld sich vergangen haben. Horster hatte als Vorsitzender eines aus sechs Personen bestehenden Wahlkomitees, welches die Vorbereitungen zu den Stadtratswahlen zu treffen hatte, die Sitzung des Komitees nicht bei der Polizei angemeldet. Das

Schöffengericht verurteilte ihn deshalb zu 15 M. Geldstrafe. Auf seine Berufung hin sprach ihn die Strafkammer in Krefeld frei. In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, ob eine Zusammenkunft von 6 Personen schon eine Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes sei, wäre vorläufig noch eine offene Frage, weil die Meinungen der Juristen hierüber auseinandergehen. Die Freisprechung gründete sich darauf, daß das Thema, welches in der betreffenden Sitzung behandelt worden wäre, keine öffentliche Angelegenheit sei, so eng begrenzt der Raum für diesen Begriff auch gezogen sei. In der Sitzung hatte man über den Termin der Offenlegung der Wählerlisten und Einsichtnahme derselben diskutiert. Der Verteiliger stellte dem Vertreter der Polizeibehörde die Frage, ob auch die Sitzungen der bürgerlichen Parteien überwacht würden. Da sprach aber der Staatsanwalt wie von der Tarantel gestochen auf, und widersetzte sich der Verantwortung dieser Frage.

Er hatte seine guten Gründe, denn in diese Sitzungen kommt kein Polizeibeamter, das Gesetz schadet nur den Socialdemokraten.

— Der ursächliche Zusammenhang in der Polizeiprogale. Der Wahlverein in Gesehweuda in Schwarzburg-Sonderhausen, wo den Mädchen das Anzuehen verboten ist, war aus seinem einzigen Versammlungsorte hinausgeworfen worden. Es war dem Birte zum Bewußtsein gebracht worden, daß sein Verhältnis zur Polizei darunter leiden könnte. Nachdem so der Verein obdachlos gemacht worden, wird er vom Landrat verboten, weil er — kein Versammlungsort hat!

Die Geschwender thun aber der Polizei doch nicht den Gefallen, sich aufzulösen; sie gehen einfach über die Grenze nach dem etwas angeröteten Golde und dort hat ein fürstlich-sonderhäuserischer Landrat mir so seggen.

### Briefkasten der Redaktion.

Zschoppau. Ist und leider nicht bekannt. Halle. Die Adresse ist: Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Erlingerstraße.

H. B. Es können verschiedene Methoden zur Verfeinerung angewendet werden. Diese richten sich aber nach der Art und Größe des Steines. Am besten thun Sie, sich unter Mithilfe deselben an das Bureau der Steinarbeiter, Rixdorf, Beihstr. 30/31, zu wenden.

S. J. 41. Es ist das Verlangen angegeben, daß die Ehefrau in die Ehe eingebracht oder während der Ehe erworben datt. Was während der Ehe durch gemeinsame Arbeit erworben ist, ist Eigentum des Mannes.

R. W. 3. Jenseitsgebühren haben Sie nicht zu bezahlen. Um die Klage zu brauchen Sie sich, falls Sie mit der Verjährung einverstanden sind, nicht zu kümmern. Wollen Sie die Kosten vermeiden, so müßten Sie den Klage-Anspruch ausdrücklich anerkennen und den Antrag durch einen Anwalt stellen lassen, die Kosten dem Kläger aufzuliegen.

Zimmermann 60. Beide lassen die Invalidenrente nicht erlöschen. — R. 35. 1 u. 2. Ja. — T. B. 106. Sie müßten sich mit dem Antrage um Annullum an das Amtsgericht in Stuttgart wenden. — Müller, Zschiffelstraße. Ja, denn das Urteil bleibt 30 Jahre lang vollstreckbar. — R. 3. 100. Leider ist die Klage im Recht, wenn Ihre Frau über 21 Jahre alt ist. Ihre Frau sollte zahlen und schenken auf dem im Statut vorgeschriebenen Wege ihren Antritt erklären.

S. N. Eine beglaubigte Vollmacht kann gefordert werden. — Oken 61. Gewa drei Mark. — G. G. Gannau. Ja. — P. C. 30. Nein. — W. N. Auf Fortstellung werden Ihnen, auch wenn Sie nur einer Kasse angehören, ungefähr 6 bis 10 M. befallen. Währen Sie zwei Kassen an, so wird Ihnen das befallen, was Sie von der freien Hilfskasse zu beanspruchen haben. — C. P. 76. Die Reklamationsfrist ist leider verfallen. Sie können aber mit Aussicht auf Erfolg unter Darstellung der Verhältnisse Herabsetzung beantragen. — Werte 7. 1. Wenn die Forderungen nach dem 31. Dezember 1899 fällig geworden sind, in vier Jahren vom Ablauf des Jahres ab gerechnet, in dem die Fälligkeit eintritt. 2. Ja, aber die Frau kann intervenieren. 3. Ein gerichtlicher oder notarieller Vertrag ist ratsam. 4. — 5. Ja. — W. G. 70. 60 Prozent des ordentlichen Tagelohns. — W. W. Rixdorf. Nein. — W. 3. Nein.

### Witterungsübersicht vom 24. Januar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in °C
Swinemünde	762	W	2 Dunst	3	Bayreuth	750 R	2 Nebel	—			—
Stettin	766	W	2 Nebel	6	Berchsburg	754	2 Nebel	—			—
Frankfurt	763	W	2 Nebel	5	Stettin	748	2 Nebel	—			—
Breslau	763	W	2 Nebel	4	Berchburg	748	2 Nebel	—			—
Berlin	764	W	2 Nebel	6	Paris	770	2 Nebel	—			—
Wien	766	W	1 Nebel	2							

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 25. Januar 1902. Grundstimm wärmer, vorwiegend trübe mit Regenfällen und ziemlich starken südwestlichen Winden; später anflarend und etwas kühler.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Theodor Reuss**  
(Dresdener)  
am 22. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle der Bartholomäus-Gemeinde in Falkenberg aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

Für die künftige Teilnahme und zahlreichen Anwesenheit bei der Beerdigung meines lieben Mannes und meines guten Vaters Julius Bancke sagen wir unsern besten Dank, insbesondere dem Wägenwart „Nord-Ost“ für den Empfang am Orte des Deingegangenen.  
Wime Venede nebst Kindern.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter.**  
Verwaltung Berlin G.  
Montag, den 27. Januar 1902 abends 8 Uhr findet in Wolfs Postulien Bruchstr. 30a  
**Mitglieder-Versammlung** statt.  
Tagesordnung:  
1. Kassenbericht vom IV. Quartal 1901.  
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.  
**Mitgliedsbuch legitimiert.**  
Die Ehrenkunden des Vereins, Mitglieder und Kassierer sollen an diesem Abend anwes.

**Die Ortsverwaltung.**  
**Achtung!**  
**Sterbekasse für Frauen von Mitgliedern der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter.**  
Zur Aufhebung an obige Versammlung findet eine Mitglieder-Versammlung statt.  
Tagesordnung:  
Bericht von der Generalversammlung. Das Mitgliedsbuch legitimiert.  
D. O.

**Jedermann Schnellzeiger**  
ohne jede Vorkenntnisse vor Publikum Messungen unmöglich. Preis, Viehtrieb, Zassale in Lebensgröße. Unter 80 Wt. 1 Dugend 7.—. Jedermann Schnellzeiger mit dem Gefas mobil 3,50 M. 6/11\*  
Kottler u. Deutsch, Leipzig.

**Köpenick. Restaurant Bahnhofsstr. 44.**  
Empfehle meinen Saal Vereinen und zu Privatlichkeiten. Jeden Sonntag Tanzabende.  
Hermann Goerleke.

**Julius Fischer!**  
Beih- u. Bayerbier-Lokal.  
3. Wahlkreis, Zahlst. 1.  
Boeckstr. 7.  
Vereinszimmer mit Piano zu 25 Personen.  
8399\*

**Vergolder!**  
Die Kollegen, welche sich zur Arbeitslosen-Zählung haben einschreiben lassen, versammeln sich Sonntag früh 7 1/2 Uhr bei Herrn Feind, Beihstr. 11.  
225/4

**Dr. Simmel, Prinzestr. 59.**  
Spezialarzt für 3/18\*  
Haut- und Harnleiden.  
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.



Morgen ist der letzte Sonntag, wo die Wählerlisten in den Vororten zum Teil eingesehen werden können. Die Parteigenossen wollen daher den heutigen Sonnabend zu fleißiger Agitation benützen, damit die Wähler sich ihr Wahlrecht sichern.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 24. Januar 1902.

Nachdem ihm so manche anderen Autoritäten mit aufmunterndem Beispiel vorausgegangen sind, hat nun auch Excellenz Möller der Verlockung nicht zu widerstehen vermocht, sich öffentlich in der Rolle einer bärtigen Philia zu produzieren und den Teilnehmern am Stiftungsfest des Vereins zur Beförderung des Gewerbesinns das baldige Ende der gegenwärtigen Krise zu verkünden.

Was sich schon vor vierzehn Tagen voraussehen ließ, hat inzwischen seine Bestätigung gefunden. Die von gewissen Interessenten künstlich entfachte Spekulationslust hat doch nur einen kleinen Teil des außerhalb des Kreises der professionellen Spekulation stehenden Publikums mit fortzureißen vermocht; die weitläufige Waffe der ungelegenen Papiere ist von der glänzenden Spekulation selbst aufgenommen worden, die sich unter dem Druck der auf ihr ruhenden Engagements jetzt trotz aller weiteren Stimulierungsversuche übermäßig fühlte.

Nichts zeigt besser, als diese Vorgänge, wie sehr die Hausseströmung der letzten Wochen auf einer bloßen Stimulierung beruhte; denn eigentliche Gründe für die stotternde Tendenz sind nicht zu entdecken, höchstens könnte das Anhalten der milden Bitterung und der dadurch verminderte Verbrauch an Hausbrandkohlen zur Erklärung des Rückschlages der Kohlenaktien dienen. Sonst hat die Geschäftslage nirgends eine Verschlechterung erlitten; im Gegenteil, eher lassen sich kleine Verbesserungen konstatieren.

Rebriens hält die Meinung, auf jedes beliebige Gerücht hin die Kurse zu treiben, noch immer an: das zeigt die Tatsache, daß in den letzten Tagen die Aktien des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie ihren Stand um mehrere Prozent zu erhöhen vermochten, obgleich nichts als Vermutungen darüber existieren, was die Zusammenkunft der deutschen, englischen, amerikanischen Reederei-Direktoren in New York eigentlich bezweckt und welche Beschlüsse geplant sind.

Die Massenvertränkungen bei Wlagowestschensk.

(Schluß.)

Enttäuschung und Schrecken erfaßte alle ehrlichen und anständigen Leute, als sie erfuhr, wie diese „Expedition“ vollzogen worden war! Mit Thränen in den Augen, zitternd am ganzen Leibe, erzählte mancher, wie grausam mit den schuldlosen, friedlichen Arbeitsteuern verfahren wurde. Man wollte auf irgend eine Weise seinen Protest, seine Entschuldig zum Ausdruck bringen. Aber wie sollte man das thun, bei uns, in Rußland?! Obendrein wurde gleich am ersten Tage der Vertränkung der Chinesen, am 17. Juli, Wlagowestschensk und das ganze Amurgebiet in Kriegs- zustand erklärt, so daß jeder, der es hätte wollen, zu protestieren, vor das Kriegsgericht gekommen.

Eine in der Stadt bekannte Dame, Frau Malejewa, fuhr zu dem ihr persönlich bekannten Gouverneur, um ihn anzusehen, ihr ihren jungen chinesischen Diener, der fünf Jahre in ihrem Hause wohnte, zu überlassen. Dieser Diener hatte der Familie viel Gutes erwiesen; war jemand in der Familie krank, so pflegte ihn der Chinese mit unheimlicher Aufmerksamkeit und wachte die Nächte durch an seinem Bette. Als der General erfuhr, daß Frau Malejewa für einen Chinesen sich verwenne, rief er: „Ein Chinese? Mit dem machen wir's so!“ und er strich sich mit der Hand über den Hals.

schiedenen größeren englischen Kompagnien, z. B. der Cunard-, White Star-, Red Star- und Anchor-Linie, projektiert, der im Anschluß an die von Morgan kontrollierten Eisenbahnen einen billigen Passagier- und Frachtdienst zwischen Europa und Amerika einrichtet. Dann wieder verläutet, es handle sich um einen Ring zwischen amerikanischen, englischen, deutschen Linien, der nicht nur in Gemeinschaft mit den Eisenbahnen des Morgan-Syndikats den Passagierverkehr nach drüben regeln, sondern auch bestimmte ermäßigte Frachttarife für den Warentransport von der Union nach europäischen Häfen festsetzen solle, durch welche dem Stahltrust und der Standard Oil Co. eine billigere Verfrachtung ihrer Produkte nach Europa ermöglicht werde.

Das richtigere ist, denn auf völlige Richtigkeit hat wohl keine der drei Versionen Anspruch, läßt sich nicht sagen. Jedenfalls dürfte die Annahme, daß es sich um eine bloße Regelung des Schiffsverkehrs und Erhöhung der Frachttarife handelt, die unwahrscheinlichste sein. Die die Schiffsanläufe seitens der Morgan-Gruppe beweisen, verfolgt dieses Syndikat, nachdem es eine Reihe der wichtigsten Eisenbahnen unter seine Herrschaft gebracht hat, den offensichtlichen Zweck, zunächst seiner Bahnen, so weit als möglich, die von Europa ankommenden Passagiere und Güter zuzuführen und weiterhin dem Stahltrust durch billige Deonfrachten den Absatz nach den europäischen Märkten zu erleichtern. Und daß tatsächlich das Morgan-Syndikat die Hand bei den jetzigen Abmachungen im Spiele hat, das zeigt die Wahl New Yorks als Zusammenkunftsort und die Namen der Dampferlinien und Personen, die als Vertreter der amerikanischen Interessen genannt werden.

Die Sache hat nicht nur für die deutsche Reederei, sondern auch für den deutschen Außenhandel und die deutsche Industrie eine größere Bedeutung, als ihr vielfach beigemessen wird; denn von der Normierung der Frachttarife hängt nicht zum kleinsten Teil die fernere Gestaltung des Handelsverkehrs mit drüben ab. Zugleich aber zeigt das Vermögen der Leiter des Stahltrusts, für dessen Produkte billige Frachttarife zu erlangen, daß sie keineswegs damit rechnen, der amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt werde in den nächsten Jahren seine bisherige Aufnahmefähigkeit behaupten, mag auch offiziell Dr. Schwab das Gegenteil versichern.

Vielleicht wird es interessieren, im Anschluß an obige Frage zu erfahren, wie hoch sich zur Zeit die Zahl der deutschen Handelschiffe beläuft. Das soeben vom Germanischen Lloyd veröffentlichte Schiffsregister weist 2983 Seeschiffe auf; davon sind:

Table with 4 columns: Anzahl, Brutto-Tons, Netto-Tons, and a summary row for 2983 ships.

Was den Schiffsbau anbetrifft, so befanden sich nach der Schiffsbauliste im letzten Jahre im Bau:

Table with 3 columns: Schiffe, Br.-Tons, and Netto-Tons, showing ship statistics for German and foreign vessels.

Ferner sind für deutsche Rechnung im Auslande angekauft worden: 57 Schiffe von 57 636 Netto-Tons Raummehalt und es sind durch Verkauf, Verlust auf See oder durch Kondemnierung aus deutschem Besitz geschieden: 104 Schiffe von 63 983 Netto-Tons Raummehalt.

Aus Industrie und Handel.

Der Bau einer Vororts- und Stadtbahn in Hamburg rief gegenwärtig in der dortigen Bevölkerung eine starke Erregung hervor; allgemein ist man der Meinung, daß sich der Senat bei den getroffenen Vereinbarungen mit den interessierten Gesellschaften stark benachteiligt hat. Beteiligt sind an dem Unternehmen Siemens u. Halske, Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und die Straßenbahn-Gesellschaft in Hamburg. Der Staat verpflichtet sich, den Grund und Boden für den Bau der Bahn mientgeltlich herzugeben.

Ausfuhrvergütung für die Eisenindustrie. Nachdem das Kohlen Syndikat vor kurzem erklärt hat, daß es seinen Beitrag zur Ausfuhrvergütung nicht mehr leisten, ist auf Vorstellung der Walzwerke und anderer Verarbeiter von Roheisen und Halbfabrikaten eine gemeinsame Sitzung der bisher an der Ausfuhrvergütung beteiligten Verbände zusammenberufen, um eine Verständigung herbeizuführen.

Neue Syndikate in der Eisenindustrie. Nach langer Verhandlung ist jetzt die Gründung eines Feinblechsyndikats sicher. Die Satzungen sind bereits angeordnet und wird die endgültige Beschlusfassung am 20. und 30. d. M. in Köln erfolgen.

Die Sächsische Handelsbank in Dresden schloß in ihrer Bilanz vom 30. September 1901 mit einem Verlust von 385 313 M. bei einem Aktienkapital von 5 000 000 M. Die ungünstige Lage entstand durch Verluste bei der vertriehenen Leipziger Bank und einigen Industrie-Unternehmungen. Guthaben und Depositen sind von der Bank zurückgezahlt, wie in der Generalversammlung am 21. d. M. berichtet wurde, und können die Gläubiger auf 85 Proz. ihrer Forderung bei dem Konkurs rechnen.

gewaltige Beträge ergriffen. In Wlagowestschensk wurde es offen besprochen, wieder dieser oder jener Polizeibeamte oder Vertreter der höheren lokalen Administration auf seinen Teil dank der Vertränkung der Chinesen erhalten habe.

„Über auch unter den Einwohnern fanden sich nicht wenige, die nach der leichten Beute lüstern waren. Solche Bürger verschmähten keine Mittel, um aus der Vertränkung der unglücklichen Chinesen Nutzen zu ziehen. Viele Schuldner, deren Gläubiger Chinesen waren, hatten jetzt den Gewinn, da die Toten ihr Eigentum nicht mehr zurückverlangen konnten und keine Schuldscheine verblieben; meistens entbehrten die Chinesen in ihren Handelsbeziehungen aller Formalitäten, ihr ganzer Handelsverkehr beruht auf dem persönlichen Vertrauen, nur in den seltensten Fällen werden Wechsel ausgestellt. Aber auch auf Schuldverschreibungen brauchten die russischen Schuldner nichts mehr zu zahlen, da mit der Vertränkung der Chinesen die Gläubiger verschwanden und niemand mehr da war, um die Wechsel einzulösen.“

„Durchaus normale Menschen, die in der Friedenszeit Mitleid selbst mit den Tieren hatten, verwandelten sich in jenen schrecklichen Tagen in grausame Barbaren. Hier zum Beispiel einige Szenen: In einem russischen Dorfe lebte seit vielen Jahren ein Chinese, der die Dienste eines Dorfhirten besorgte. Alle Bauern verließen sich auf ihn für und als hilfreich; da drang zu ihnen das Gerücht, daß man die Chinesen töten müsse.“

die Ertränkung der Unglücklichen auf seine Untergebenen, den Polizeipräsidenten Batarewitsch und den Vorstand der Militärverwaltung Hauptmann Wollowinski abzuwälzen.“

Freilich gab es auch Leute, die diese unglücklichen Bestialitäten ganz in der Ordnung fanden:

„Nicht nur die Behörden und die Geistlichkeit, sondern auch einige von der Intelligenz — Aerzte, Rechtsanwölter, Richter — fanden das entmenschte Verfahren gegenüber den friedlichen, unbewaffneten Chinesen durchaus zweckmäßig und unvermeidlich. „Sonst“, meinten diese Leute, „würden uns die Chinesen die Häuser in Brand setzen, oder gar uns die Köpfe abschneiden; wärens sie an unserer Stelle, so würden sie mit uns noch ganz anders verfahren; außerdem werden wir sie doch nicht füttern, währenddem uns selbst das Brot bald nicht reichen wird, und es hat doch keinen Sinn, unsere Gegner zu stärken, indem man die Chinesen auf irgend einem Schiff nach der chinesischen Seite schafft.“

„Aber alle diese Erklärungen hatten auch nicht die geringste Berechtigung, denn man konnte die Chinesen ganz ungefährlich machen, indem man sie an einem Plage vereinte, und was die Ernährung der Chinesen anbetrifft, so hätten sich in ausreichenden Mengen Nahrungsmittel in den den Chinesen selbst gehörigen Kaufhäusern und Warenlagern gefunden, die später, nach der Vertränkung der Chinesen, Kojalen, Polizei und einige von den Eingeborenen ausplünderten.“

**Erhöhung der Lederpreise.** Die am 21. d. M. zu gemeinsamer Beratung zusammengetretenen deutschen Söhllederfabrikanten beschloßen der „Dtsch. Gerber-Ztg.“ zufolge einstimmig, eine sofortige Erhöhung ihrer Verkaufspreise um 3 Pf. für Söhlleder und 2 Pf. für Brandsohlleder pro Qfd. eintreten zu lassen.

**Ein Zündholz-Truht** wird von den beiden bedeutendsten Zündholz-Fabrikanten in England, von Bryan und May geplant. Verhandlungen sind mit verschiedenen deutschen, schwedischen und norwegischen Firmen eingeleitet.

**Einen Rückgang der Bankkonjunktur** in Rheinland und Westfalen ergibt eine statistische Gegenüberstellung der fertigen Bauten in 23 Orten während der Jahre 1899, 1900 und 1901. Die Zahl der fertigen Bauten betrug im Jahre 1899 2909, im Jahre 1900 2587 und im Jahre 1901 2375.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Der Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis** hält am Dienstagabend 1/9 Uhr im Proter, Kasanien-Allee Nr. 7/8 eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Jubel: „Welche Aufgaben stellt uns die Beteiligung an der Landtagswahl? 2. Diskussion. 3. Besamntgabe des Schiedspruchs der Kontrollkommission. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.

**Vierter Wahlkreis (Südost).** Montagabend 8 1/2 Uhr, findet in der Urania, Brangelstr. 10, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen, mit einem Referat der Genossin Clara Zetkin über den „Bankrott des sozialistischen Ministerkabinetts in Frankreich“ statt. Wir wollen nicht verfehlen, auch an dieser Stelle auf die Versammlung hinzuweisen.

**Schöneberg.** Die Parteigenossen werden auf die morgen früh 8 Uhr, stattfindende Arbeitslosenzählung aufmerksam gemacht. Pflicht eines jeden ist es, sich daran zu beteiligen. Die Ausgabe der Zählkarten erfolgt in den Bezirkslokalen: Ständer, Hohenstaufenstr. 80; Schilling, Kyffhäuserstr. 16; Krüger, Wannwaldstr. 110; Hoppe, Weißbühnenstr. 7; Objt, Weiningerstr. 8; Horlemann, Kaiser Friedrichstr. 8; Ullm, Hohenfriedbergstr. 25; Hauser, Sedanstr. 31; Pischel, Gnylowstr. 9; Wall, Sponholzstr. 35. Die Parteigenossen müssen sich in einem dieser Lokale einfinden.

**Charlottenburg.** Die Genossen, welche sich an der am 26. Januar stattfindenden Arbeitslosen-Zählung beteiligen, treffen sich morgens 7 1/2 Uhr in folgenden Lokalen: 1. Bezirk Falcke, Potsdamerstraße 44; 2. Bezirk Lieder, Bismarckstraße 74; 3. Bezirk Gimpel, Osnaabrückerstr. 4, und Bod. Cauerstr. 16; 4. Bezirk Dörre, Wallstr. 90; 5. Bezirk Petric, Goethestr. 33; 6. Bezirk Fischer, Pestalozzistr. 84; 7. Bezirk Röttger, Leibnizstraße 3; 8. Bezirk Bredlow, Ansbacherstr. 31.

**Die Parteigenossen in Rummelsburg** werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten zur Gemeindevahl am Sonntag, den 26. Januar cr. von 9—12 Uhr vormittags ausliegen. Pflicht der Genossen ist es nun, Einsicht zu nehmen, damit uns keine Stimme verloren geht.

**Friedrichshagen.** Am heutigen Sonnabend, abends 9 Uhr, findet im Saale des Gesellschaftshauses, Friedrichstraße 60, eine Volksversammlung statt. Die Genossin Clara Zetkin spricht über das Thema: Der Brotwucher und das notleidende Volk. Pflicht der hiesigen Genossen ist es, für den Besuch der Versammlung zu agitieren und zahlreich zu erscheinen.

**Nieder-Schöneweide.** Der Wahlverein hat heute, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, seine regelmäßige Versammlung. Genosse Pochjch hält einen Vortrag. Anherdem erfolgt Einziehung der Urania-Billets und Abrechnung darüber. Gäste willkommen.

## Lokales.

### Zur Arbeitslosenzählung

Sind jetzt alle notwendigen Vorbereitungen getroffen, und die mühevollen Arbeit kann am Sonntag beginnen. Von unsrer Parteigenossen, die sonst immer zur Stelle sind, wenn es gilt eine Parteiarbeit zu verrichten, kann wohl ohne weiteres erwartet werden, daß sie sich auch diesmal vollzählig zur Verfügung stellen. Die Arbeitslosenzählung ist schwieriger und zeitraubender, wie eine Flugblattverbreitung. Deshalb darf keiner der thätigen Parteigenossen bei dieser Arbeit fehlen.

Aus den Reihen der Gewerkschaften haben sich eine große Zahl von Hilfskräften gemeldet, und jeder von ihnen wird es als eine Ehrenpflicht betrachten, am Sonntag pünktlich zur Stelle zu sein, damit den Bezirksführern von den Gewerkschaftslokalen aus die erforderliche Anzahl von Hilfsmannschaften zugeteilt werden kann.

Wenn nun jeder, der an der Zählung mitarbeitet, die ihm zugewiesene Aufgabe gewissenhaft erfüllt, und wenn auch das Publikum diesem Unternehmen Verständnis entgegenbringt und es nach besten

anstalteten also eine Dorfversammlung und beratschlagten, wie sie mit dem in ihrem Dorfe befindlichen einzigen Chinesen, dem **alleinstehenden Greise**, verfahren sollten, und obwohl alle anerkannten, daß er ein guter Mensch sei, entschieden sie doch alle, daß man ihn töten müsse. Als die Wirtleute, bei denen der Chinese wohnte, ihm den Volksbeschluss mitteilten, sagte er sich seinem Schicksal und bat nur, daß man ihn bis zum Orte begleiten wolle, wo man ihn töten wolle. „Ich bin ein alleinstehender Greis, habe weder Vater noch Mutter, ercht Ihr mir meine Verwandten, begleitet mich bis an das Grab, so ist es bei uns der Brauch“ — sprach er. Die Wirtleute, Mann und Frau, erfüllten seine Bitte und brachten ihn an den Rand des Dorfes, wo denn auch die Bauern den unglücklichen Greis töteten.

Ein andrer mit bekanntem Fall ist nicht weniger kernzeigend. Ein Bauer findet beim Vorbeigehen auf dem Felde in einer **Blutlache** eine ermordete Mandchurenfrau, neben der ihr in einem des Kind zappelte. Das vergeden nach der Brust der Mutter sucht. Als er noch seiner Rüdkehr zu Hause von der schrecklichen Scene erzählte, machten ihm seine Hausgenossen Vorwürfe, warum er denn **nicht dem Kinde den Garand gemacht habe** . . .

Es war unschwer vorauszu sehen, welchen Charakter der Krieg annehmen würde, wenn unsre Soldaten und Kosaken auf das chinesische Gebiet hinübergangen. Raum gelangte unsre Armee am 8. August über den Amur und nahm Besitz von der gegenüber Blagowestschensk liegenden Ortschaft Sachanjan, aus der die Einwohner glücklicherweise beizogen ins Landinnere zu flüchtigen vermocht hatten, als dort unverzüglich alles in Brand gesteckt wurde. Zwei Nächte nacheinander beleuchtete die Brandröte den Amur auf einer großen Entfernung, und an Stelle einer wohlhabenden Bevölkerung, die Blagowestschensk mit Lebensmitteln zu geringen Preisen versorgte, sieht man jetzt auf dem chinesischen Ufer nur noch geschwätzte Pfosten und gekämmte Klauensänge.

Aber bei ihrem Vordringen in der Mandchurei übergab unsre Armee nicht nur alles den Flammen, sondern sie **schante auch niemand und nichts: Frauen, Kinder, Greise** wurden erbarmungslos getötet und **wunderjährige Mädchen** wurden, nachdem man sie vergewaltigt hatte, **am Orte niedergestochen**. Solcher Art waren die Thaten unsrer Wunder-Reden, wie Generalgouverneur Grodeloff in seinem Telegramm diese Krieger nannte, für deren „Heldenthaten“ er nicht geringere Worte fand, um ihnen seinen Dank auszudrücken“. Inoffiziell erzählten selbst einige Offiziere mit Grauen von den blutrünstigen Instinkten,

kräften fördern hilft, dann muß es gelingen, das Schwierige und mühevollen Werk der Arbeitslosenzählung in zufriedenstellender Weise durchzuführen. Es gilt, ohne den amtlichen Apparat ein bedeutsames Stück sozialpolitischer Arbeit zu leisten. Eine Arbeit, vor deren Ausführung die in Frage kommenden Behörden sich bisher gescheut, oder die sie höchstens in ganz unzulänglicher Weise geleistet haben. Die Arbeiterschaft von Berlin und den Vororten muß also zeigen, daß sie durch opferneubige Thätigkeit mehr vermag, als die Behörden zu leisten im stande sind. Wenn das Werk gelingt, wenn ein brauchbares Resultat zu stande kommt, so ist dadurch alle aufgewandte Mühe reichlich belohnt.

**Der Geschäftssinn der Kirche** tritt manchmal recht ausdrücklich und in einer für die Beteiligten sehr unangenehmen Weise in die Erscheinung. Bekanntlich bilden die Begräbnisplätze für die Berliner Kirchengemeinden eine sehr erziehbige Einnahmequelle. Nicht nur daß die Grabstellen zu hohen Preisen abgegeben werden, die Kirche behält sich auch das Recht vor, die gärtnerische Herrichtung, Schmückung und Pflege des Grabhügels ausschließlich durch ihre Angestellten — natürlich gegen gute Bezahlung — besorgen zu lassen. Sofern die Angehörigen der Verstordenen diese Arbeiten nicht selbst verrichten. So haben sich die Kirchengemeinden hinsichtlich ihrer Begräbnisplätze ein Monopol für Gärtnerarbeiten geschaffen, welches jede Konkurrenz durch private Gewerbetreibende ausschließt, und es wird häufig darüber gewacht, daß dieses Monopol nicht durchbrochen werde. Als Beispiel hierfür wird uns mitgeteilt, daß es aus erwähntem Anlaß am Thore des Matthäi-Kirchhofes kürzlich zu recht unliebsamen Auftreten kam. Am Freitag voriger Woche wollte eine Gärtnerfrau Blumenöpfe, die im Geschäft ihres Mannes gekauft waren, dem Auftrage der Käuferin gemäß auf einen bestimmten Grabhügel legen. Ein Kirchhofsdienstler, der augenscheinlich zum Zweck der Fernhaltung unliebsamer Konkurrenten das Thor des Friedhofes bewacht, wies die Gärtnerfrau zurück, und selbst der Intervention eines herbeigeholten Schynmannes gelang es nicht, der Frau Zutritt zum Kirchhofe zu verschaffen. Bald darauf kam ein Herr mit einem großen Kranz in Begleitung eines Mädchens, das einen zweiten Kranz trug. Diese, eine Angestellte des Gärtners, bei dem die Kränze gekauft waren, wurde ebenfalls von dem Thorhüter zurückgewiesen. Etwas später erschien die erst erwähnte Gärtnerfrau in Begleitung ihrer Kundin wieder am Friedhofsthor, und erst nach längerem Auseinanderreden mit dem Thorwächter erhielt sie Zutritt, um die bestellten Blumen zu dem Grabhügel zu tragen. Ein anderer Gärtner, der mit einer Dame, die Pfangen bei ihm gekauft hatte, an demselben Tage den Kirchhof betreten wollte, konnte den Auftrag seiner Kundin erst ausführen, nachdem er die Hilfe zweier Schynleute in Anspruch genommen hatte.

Es ist gerade kein Zeichen christlichen Geistes, wenn eine von der Kirche eingesetzte Friedhofverwaltung in solcher Weise gegen Gewerbetreibende vorgeht, um sich selbst geschäftliche Vorteile zu sichern. Angesichts solcher Vorkommnisse muß man die besonnenen Organe der Kirche daran erinnern, daß der Stifter ihrer Religion die Geschäftsleute zum Tempel hinaustrieb.

**Zu der Angelegenheit des Barbierlehrlings Emil Während**, der sich in der vorigen Woche vergiftet hat, wird uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt, daß die Art, in der sich in der letzten Stadtverordneten-Sitzung die Waisenverwaltung über ihren ehemaligen Jüling geäußert hat, bei der Nachbarschaft seines Lehrherrn, des Barbiers und Heilgehilfen Heinrich Wagner (Wilibald Alexistrafte 5), Staunen und Enttäuschung hervorgerufen hat. Während soll keineswegs den Eindruck gemacht haben, als sei er geistig nicht ganz normal. Er wird allenthalben als ein netter, gewedter und fleißiger Junge geschildert, der sich allgemeiner Beliebtheit erfreute. Ueber schlechte Behandlung scheint er erwachsenen Personen gegenüber allerdings niemals geklagt zu haben — auch dann nicht, wenn er danach gefragt wurde. Am Ende ist es aber nichts Verwunderliches, wenn ein 15-jähriger junger Mensch nicht gern eingesticht, daß er Schläge bekommen hat. Nur zu seinen Altersgenossen scheint Während sich offener ausgesprochen zu haben. Wir haben nachträglich feststellen können, daß er einigen Kameraden gegenüber geklagt hat, er bekäme häufig Prügel. Daß Während von seinem Lehrherrn oft geschlagen wurde, das war auch andern Personen längst bekannt. Auf die Dauer konnte es namentlich den Nachbarn nicht verborgen bleiben, da es bei solchen Gelegenheiten in der Wohnung des Herrn Wagner ziemlich laut herzugehen pflegte. Noch wenige Stunden, bevor Während Gift nahm, soll es einen sehr bösen Ausbruch gelehrt haben. Alle, die Gelegenheit gehabt haben, die eigenartigen Zustände, die in dem Wagnerischen Hauswesen herrschen, genauer zu beobachten, finden es völlig unbegreiflich, daß diesem Manne überhaupt ein Waisenzögling in die Lehre gegeben werden konnte. Daß Herr Wagner seinen Lehrling jetzt als einen verdorbenen Varschen hinstellt und daß der Leiter der Waisenverwaltung sich zu seinem Sprachrohr macht, darüber sind die, die den

die von diesen **Wunder-Reden** in einem Kriege gegen Unbestimmte, Frauen, Kinder u. s. w., auf dem chinesischen Gebiet an den Tag gelegt wurden. Der scheinbare Zug des Generals Menenlampf nach Jizhar, der mit solchem Jubel von untrübe patriotischen Presse aufgenommen wurde, darf wegen seiner Grausamkeit mit Zug und Recht mit den Jagen von Tschingis-Chan und Tamerlan verglichen werden, denn ein reiches und dicht besiedeltes unsangereichtes Land wurde in eilichen Monaten streckenweise in eine menschenleere Wüste verwandelt, in der nur hier und da verkohlte Knochen zu sehen waren und lange Zeit Hunde und Grier Zeichen verzehten.

Wenn irgend Jemand seine Entrüstung wegen der oben geschilderten Grausamkeit äußerte, so bekam man fast immer folgende Rechtfertigung zu hören: „Lesen Sie doch, welche Grausamkeiten die Deutschen, Franzosen, Engländer in China begangen. Wenn so sich zivilisierte Völker betragen, was will man da von uns weniger zivilisierten Rassen!“

Hier haben wir nicht nur eine klassische Darstellung europäischen Humanismus, sondern auch eine objektive Psychologie des kolonialen Humanismus. Durch Rassenvorurteile, Gohacht und die fürchtbare Verwilderung aller sittlichen Begriffe, die der Krieg naturgemäß hervorruft, verwandeln selbst harmlosere Naturen im Handumdrehen in blutgierige Bestien. Die russischen Soldaten, deren Hände von Blut triefen, sind keineswegs ein Abichaum der Menschheit, sondern normales Soldatenmaterial, dessen brutale Instinkte erst durch die bestialische Kriegsführung geweckt worden sind. Und diesen Bestien braucht man ihre Entmenschung keineswegs anzusehen. Bezeichnete doch seine Zeit der Brief eines deutschen Offiziers vom Kriegsausflug, der ebenfalls über russische Bestialitäten zu berichten wußte, die russischen Offiziere im Abigen als **reizende Kameraden**.

Wegen die durch die europäischen Truppen in China verübten Greuelthaten schrumpfen alle Qualitäten der Engländer in Südafrika zu einem Kinderspiel zusammen.

Nicht der Transvaalkrieg, sondern der China-Kriegszug ist die Bankrotterklärung der europäischen Kultur, soweit die mit der Säbellkultur sich solidarisch erklärenden herrschenden Klassen sich als Träger dieser Kultur aufspielen.

**Krieg der Weltpolitik**, der Ereignissen des Humanismus, kann die **einzige Lösung der auf Bestium Anspruch machenden Menschheit** sein!

Jungen gekannt haben, geradezu empört. Bei Lezellen des Jungen war Herr Wagner nur des Lobes voll. Er schmehte sogar von ihm, daß er ihm einen Gehilfen ersetze. In der Behauptung, Während sei unehrlich gewesen, ist uns mancherlei mitgeteilt worden. Unter anderm hat man uns gesagt, Während sei nicht immer satt geworden. Er selber hat sich auch einem Kameraden gegenüber in diesem Sinne geäußert.

Sollte aber das der städtischen Waisenverwaltung immer noch nicht bekannt sein, so wird sie hoffentlich nunmehr die nötigen Ermittlungen anstellen — aber, bitte, nicht wieder nur bei Herrn Wagner, sondern auch mal bei andren Leuten. Sie laun da ganz merkwürdige Dinge erfahren. Wir selber haben Lobendes über Herrn Wagner von keiner der zahlreichen Personen erfahren, die uns — aufgefordert oder unaufgefordert — über die Angelegenheit berichtet haben.

**Die technische Mittelschule.** Der einstimmige Beschluß der städtischen Gewerbe-Deputation, auf Grund des ihr vorgelegten Programms die Errichtung einer technischen Mittelschule in hiesiger Stadt zu empfehlen, kann wohl des allgemeinen Beifalles der Berliner Bürgerschaft gewiß sein. Hoffentlich gelingt es dem Stadtschulrat Westenberg, den Magistrat und die Stadtverordneten für den Plan zu gewinnen. Es handelt sich um eine technische Lehranstalt, die zwischen der technischen Hochschule und den bereits vorhandenen zu hoher Mäße gelangten Fachschulen der Stadt Berlin: Gewerbeaal, Handwerkerschulen usw. steht. Die Mittelschule soll Betriebsbeamte für die Werke der Großindustrie, Leiter der mittleren und kleineren gewerblichen Betriebe, Hilfskonstruktoren, für die Konstruktionsbüros der Maschinenfabriken zc. ausbilden.

**Ein Bild vom Elend in Berlin.** Die Armenhäuser werden vielfach auch von obdachlosen Personen in Anspruch genommen. Diese Gäste können die Suppe, die sie in der Armenküche bekommen, in der Regel nur auf der Straße oder in einem Hausflur verzehren. Das nötige Eßgeschirr pflegen sie, da die Armenhäuser kein Geschirr bereit halten, in den Häusern der Nachbarschaft zu borgen, wenn sie nicht in irgend einem Müllkasten nach einer Konfervenbüchse, einem halbzerbrochenen Topf oder dergleichen suchen wollen. Namentlich die Zubörer der Kellergeschäfte werden von diesen Leuten häufig um Eßgeschirr angegangen und enttäuschen sich meist auch, die Bitte zu erfüllen. Manche in der Nähe von Armenhäusern wohnende Geschäftsleute, die besonders stark von obdachlosen Armenhäusern-Gästen überlaufen werden, haben jetzt zu dem Mittel gegriffen, Töpfe nur noch gegen ein Pfand von 5 Pf. herzuliehen. Die Gefahr, daß jemand das entliehene Geschirr behält, ist gering, da sich ein Obdachloser selten mit einem Topf schleppen wird. Die Töpfe werden aber zuweilen zerbrechen. Mit 5 Pf. ist zwar ein Vierteltopf noch nicht bezahlt, aber durch das Pfand wird wenigstens mutwilliger Beschädigung vorgebeugt. Für diese fünf Pfennige muß übrigens mancher Topf vier, fünf- und sechsmal an einem einzigen Mittag seinen Zweck erfüllen. Nicht selten leibt eine ganze Gruppe von obdachlosen Armenhäuserngästen gemeinschaftlich einen Topf und läßt ihn zwischen der Küche und dem nächsten Hausflur immer von neuem hin und her wandern, bis auch der letzte von ihnen seine Suppe bekommen hat.

**Die Vererdigung des Schriftstellers Ernst Wichert** erfolgte gestern nachmittag auf dem Jüdischen Kirchhof in Schöneberg. Eine zahlreiche Trauergemeinde, die sich zumeist aus Schriftstellern und Redactoren zusammensetzte, hatte sich zu der einfachen Beerdigung eingefunden. Herr Ghesedacteur Volkroth von der „Volks-Zeitung“ widmete dem Toten, der dem genannten Blatt besonders nahe gestanden hatte, einen von Herzen kommenden Nachruf.

**Das Hochwasser der Spree** ist in diesem Jahre außerordentlich zeitig eingetreten. In den letzten Tagen ist der Fluß innerhalb des Berliner Reichthides um 22 Zoll gestiegen und es fehlt nur wenig an dem höchsten Wasserstand des Flusses im vorigen Jahre. Die Veranlassung zu dem vorzeitigen Eintritt des Hochwassers bildet jedenfalls die durch die ungewöhnlich hohe Temperatur eingetretene Schneeschmelze in den Gebirgs-Landschaften, sowie auch der anhaltende Regen und es muß insolge dessen mit einem weiteren Steigen der Pluten gerechnet werden. Auch die Havel ist bedeutend gestiegen und stellenweise aus ihren Ufern getreten.

**Straßendiebstähle.** Einem Ausficher der Gummiwaren-Fabrik von C. Müller aus der Reuen Königstr. 89 wurde ein gelbgestrichelter Rosenwagen mit einem braunen Passoch mit weißem Stern und 21 Paletten Waren in grauem Packpapier gestohlen. Der Fabrik für Vierdruck-Apparate von E. Alsch u. Co. in der Alten Jakobstr. 131 vor dem Hause Frankfurt Allee 60 ein Kastemwagen mit schwarzem Passoch und einigen Beuteln zu Vierdruck-Apparaten. Dem Hausdiener des Gastwirts Rudenburg aus der Kaiserstraße 25a nahmen Spitzbuben vor dem Hause Oranienstr. 147 den Handwagen mit drei flachen Kohlenfaure weg. Mit einem Teil der Ladung begünstigten sich die Langfinger bei einem Ausficher der Fleischwarenfabrik von Weblauer aus der Klosterstr. 91. Während der Wagen vor dem Hause Augsbürgerstr. 27 hielt, stahlen sie eine Mulde mit Fleisch und Butter.

**Die Versammlungen der Gewandbeter** in der Aula des Volk-Realschulstums haben, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, ein Ende gefunden. Ein Schreiben des Magistrats, das an Ort und Stelle eintraf, unterlagte die Fortsetzung der Versammlungen, die bisher alle vierzehntage des Freitags stattfanden, ein für allemal.

**Eine Kindesleiche** wurde vorgestern, Donnerstagvormittag, im Moabit in der Thomastischstraße gefunden. Sie lag zwischen Steinen, die vor dem Grundstück 34 aufgeschleppt sind, und war eingewickelt in Leinwand, braunes Packpapier und eine Zeitung vom 19. d. M. Es handelt sich um die Leiche eines neugeborenen Kindes. Spuren, die auf einen gewaltsamen Tod schließen ließen, konnten bei einer vorläufigen Besichtigung an dem Körper nicht entdeckt werden.

**Ein ungetreuer Handdiener** ist der noch nicht 16 Jahre alte Alfred S., der seit fünf Monaten in der Dampfsehrei von Bumpert in der Brangelstraße 106 beschäftigt war. S. zog am Donnerstag von Kunden, denen er Wäsche brachte, 43 M. ein, ließ den letzten Handwagen auf der Straße stehen und brante mit dem Gelde durch. Da er eifrig Indianer- und Seeräubergeschichten las, so vermuten seine Eltern, daß er sich nach Hamburg gewandt habe, um Abenteuer zu suchen.

**Von einem Omnibus überfahren und getötet** wurde Donnerstagabend kurz nach 7 1/2 Uhr die Modistin Fanny Haase aus der Philippstr. 13a, ein Mädchen von etwa 23 bis 24 Jahren. Die Unglückliche wollte vor dem Hause Friedrichstr. 114a, in der Nähe des Oranienburger Thors zwischen der Linien- und Eisaffstraße, den Fußraum überfahren, kam aber in der Hast auf dem schlüpfrigen Asphaltplaster zu Falle. Bevor sie sich wieder erheben konnte, lag sie schon unter einem Omnibus, dessen Ausficher sich vergeblich bemühte, den Wagen nach zum Stehen zu bringen, die Räder gingen ihr aber den Unterleib und beide Beine und verletzten sie so schwer, daß sie in der königlichen Klinik starb, nachdem sie eben einen Verband erhalten hatte. Die Verstorbenen bei einer Zimmervermieterin ohne polizeiliche Anmeldung wohnte, so weiß man über ihre Persönlichkeit, Heimat usw. noch nichts Näheres.

**Vermißt** wird seit dem 13. d. M. der 67 Jahre alte Arbeiter Hermann Kühn, Salzweidertstraße 13 wohnt. Kühn ist 1,70 groß, hat blonden melleren Vollbart, blaße Gesichtsfarbe, braune Augen, keine Zähne, schlante Gestalt. Er war bescheidet mit braunem Jackett, dunkler Hose, hellgrauen Hemd, darüber noch ein dunkelgraues Hemd ohne Kermel, braune Anstrümpfe, dunkler Mütze und Leinwandhalschärze. Der Vermißte hat am genannten Tage um 4 1/2 Uhr morgens seine Wohnung verlassen, um sich angeblich nach seiner Arbeitestelle zu begeben. Dort ist Kühn jedoch nicht eingetroffen und auch in seine Wohnung nicht zurückgekehrt. Es wird daher vermutet, daß ihm ein Unglück zugefallen ist. Personen, die irgend etwas über den Verbleib des Vermißten angeben können, werden ersucht, Mitteilungen zu 332, IV/10. OZ. an die Kriminalpolizei oder an die Polizeireviere zu machen.

Urania. „Feststellung der Kisten“, der neue Vortrag der Urania, wird im wissenschaftlichen Theater in der Lindenstraße in dieser Woche abendlich wiederholt werden. — Im Theater der Urania Sternmarie in der Invalidenstraße spricht heute, Sonnabend, Herr Konrad Walter Wenzel über „Die Goldfelder Klatsch im Nordsee-Gebiet“.

Kadspart. Im Sportpark Friedenau und auf der Kadrenstraße 21/22 in Friedenau, welche Bahnen beide der Direktion G. Pöschel unterstehen, finden im Jahre 1902 folgende Rennen statt:

Friedenau. 6. April Hitzgerrennen, 27. April Stieberrennen, 25. Mai Goldenes Rad, 15. 22. und 29. Juni dreitägiges Meeting, 20. Juli Stieberrennen, 3. August Kaffertpreis, 17. August Hitzgerrennen, 14. September Großer Preis von Berlin (Hitzger), 21. September Großer Preis von Berlin (6 Stunden-Reiten).

Kurfürstendamm. 20. und 31. März Hitzgerrennen, 20. April Hitzgerrennen, 8. und 11. Mai Hitzger und Stieberrennen, 1. Juni Hitzgerrennen, 6. Juli Hitzgerrennen, 31. August Großer Preis von Deutschland, 7. September Großer Preis von Deutschland, 28. September Handicap.

Feuerbericht. Infolge mehrfacher Meldung wurde Freitag gegen Abend ein größeres Lösungsgebot nach der Lindenstraße 111 gerufen. Durch überglühenden Teer war hier eine große Anomalie-Entwicklung hervorgerufen, so daß in der Nachbarschaft größeres Feuer befürchtet wurde. Die Lösungsgebot konnten jedoch in kurzer Zeit wieder abdrücken, da keinerlei Gefahr vorlag. Nachmittags 2 Uhr gerieten durch eine Benzinexplosion in der Wallstr. 35 Möbel, Betten, Gardinen und Kleidungsstücke in Brand, doch konnte die Gefahr schnell beseitigt werden. Kurze Zeit darauf entstand in der Brangelstraße 108 durch Umfallen einer Petroleumlampe ein Wohnungsbrand, der hauptsächlich Möbel beschädigte. Donnerstags gegen 8 Uhr hatte in der Langestr. 98 eine Decke in einem Schrankfeuer gefangen, doch konnte der entstandene Brand noch im Keime erstickt werden. In der Reindorferstr. 57b wurde gleichzeitig ein Schornsteinbrand beobachtet. Außerdem erfolgten noch Alarmsierungen nach Reußstädtische Kirchstraße 16, Inselstr. 8, Drontheimerstraße 17/18 und Brangelstr. 86, die indes auf geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

### Aus den Nachbarn.

Die Wahlen zum Schiedsberger Gewerbegericht finden heute nachmittags von 4—8 Uhr statt. Das Wahllokal befindet sich in der Schiedsbergerstr. Hauptstraße. Wir erlauben die Genossen, sich mit gehöriger Legitimation zu versehen und an der Wahl teilzunehmen, damit unsere Kandidaten eine der Größe entsprechende Stimmenzahl auf sich vereinen.

Wilmersdorf. Die hiesige Wählerliste enthält zur Zeit 5490 eingeschriebene Wähler, wovon auf die erste Klasse 232 Wähler und auf die zweite Klasse 787 Wähler kommen; die übrigen 4489 Wähler gehören der dritten Klasse an. Somit kommen auf einen Wähler der ersten Klasse 8,15 der zweiten und 28,7 der dritten Klasse. Der Steuerfuß der dritten Klasse beträgt mit 284 M. und schließlich, da in Wilmersdorf 90 Proz. Einkommensteuer erhoben werden, mit 3,60 M. Ein Antrag auf Aufhebung der Liste am Sonntag wurde ohne Begründung abgelehnt. Jedoch haben wir eine Abschrift der Wählerliste in Händen, die bei Wille, Vertauertstr. 40, ausliegt. Somit ist den Wählern Gelegenheit gegeben, auch des Sonntags die Liste einzusehen. Es ist Pflicht eines jeden, die Einsicht unvorzählich vorzunehmen, da Einsprüche nur bis zum 30. Januar berücksichtigt werden.

Eine Reorganisation des Nachtwachwesens in Spandau wird, wie uns von dort geschrieben wird, in der Weise vom Magistrat geplant, daß 8 Feuerwehre und 4 Ober-Feuerwehreanteile angefertigt werden sollen. Diese sollen abwechselnd Feuerwachdienst thun (wobei durch Spandau eine ständige Feuerwache erhalten würde). Auch sollen die das Abziehen der Wassermesser betreffen, kleine Reparaturen in städtischen Gebäuden ausführen und den Nachtwachdienst in sechs Stadtbezirken versehen. Die von diesen Leuten verlangten Leistungen sind aber derartige, wie sie ein Mensch nicht verrichten kann, ohne sehr bald dancenden Schaden an seiner Gesundheit zu nehmen. Die Feuerwehre sollen dreimal 24 Stunden Dienst thun, der nur durch ganz geringfügige Pausen unterbrochen ist, um dann ganze 12 Stunden freizugehen. Eine dienstfreie Nacht ist überhaupt gar nicht in Aussicht genommen. Dem gegenüber ist der Anfangslohn von 3 M. pro Tag (1080 M. pro Jahr) neben freier Dienstleistung überaus gering! In der letzten Stadtvorordneten-Sitzung erklärte die socialdemokratische Fraktion sich durch den Parteigenossen Nieger im Prinzip mit dem Reorganisationsplan einverstanden; an der Vorlage selbst übte Nieger scharfe Kritik. Schließlich wurde die Vorlage einer gemischten Kommission überwiesen.

Die Volksbibliothek in Friedrichshagen hat am 1. Januar das erste Jahr ihres Bestehens zurückgelegt. Dieselbe hat einen Bestand von 889 Bänden; 100 Bände sind von der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung überwiesen, 711 Bände wurden geschenkt und 78 Bände angekauft. Zur Vermehrung des Bücherbestandes leistet die Gemeinde einen jährlichen Zuschuß von 100 M. Nach dem Jahresbericht des Bibliothekars war die Bibliothek an 42 Abenden für das Publikum geöffnet. 1614 Bände wurden ausgegeben und zwar: Gewerbe, Industrie, Kunst, Land- und Hauswirtschaft 4 Bände, Religion, Philosophie und Erziehungswesen 4, Bürgerkunde 7, Naturkunde 24, Erd- und Völkerkunde 26, Geschichte 49, ausländische Literatur 135, Zeitschriften und Sammelwerke 200, deutsche Literatur 440. Bebauet wird von dem Bibliothekar die geringe Bevorzugung der Klassiker, dagegen die starke Nachfrage nach Zeitschriften als auffallend hervorgehoben. Am Jahresabschluss waren 115 Leser eingeschrieben. Zum Schluss des Berichtes spricht der Bibliothekar den Wunsch aus, daß insbesondere die arbeitende Bevölkerung zur Bildung des Geistes und des Gemüths die Bibliothek mehr als bisher in Anspruch nehmen möge. Sie befindet sich im Wäldchenhause und ist jeden Mittwochsabend geöffnet.

In der Mosorenfabrik von Altmann in Marienfelde verunglückte Freitag-Nachmittag der Arbeiter Panisch dadurch, daß ein stehender, der aus einem Spiritusmotor herausflog, ihm aus Verirraf und dieses zerstückelte. Nach etwa zwei Stunden brachte ein Krankenwagen den Arbeiter in das Krankenhaus zu Groß-Lichterfelde.

Der Plan eines direkten Eisenbahn-Personenverkehrs zwischen Niddorf und Johannisthal ist jetzt seiner Verwirklichung etwas näher gekommen. Bisher hat die nur eingleisige Bahn, die quer durch die Niddorfer Wiesen und die Köllnische Heide direkt nach Johannisthal läuft, einzig dem Güterverkehr gebietet. Nach einem von den Eisenbahnbehörden aufgestellten und auch bereits genehmigten Projekt soll in aller nächster Zeit diese Bahnstrecke viergleisig ausgebaut und auch zur Aufnahme von Personenverkehr eingerichtet werden. Die Verhandlungen wegen Erweiterung des erforderlichen Grund und Bodens sind so gut wie beendet. — Die Einführung des Personenverkehrs auf der Strecke ist nicht nur für die Bewohner Niddorfs von Bedeutung. Auch die Bewohner von Schöneberg, Wilmersdorf, Friedenau usw. haben Vorteil davon, indem sie dann weit bequemer als jetzt die Vororte an der Köllnischen Bahn erreichen können. Auch wird Vammischuleweg direkt mit Niddorf verbunden.

### Gerihts-Beitrag.

Ein Luppaciud. Ein alter Roman aus dem Tiergartenbiergel wurde durch eine Anklage wegen versuchter Erpressung aufgegriffen, die gestern den Schriftsteller Alfred Schulze vor die 7. Strafkammer hiesigen Landgerichts I führte. Ende der achtziger Jahre bis zum Jahre 1891 war der damals 22 Jahre alte Angeklagte, der ein seines, sympathisches Äußeres besitzt, Hauslehrer bei den Kindern des Kommerzienrats G. Die jetzt 45jährige Ehefrau des letzteren trat mit dem Angeklagten in intime Beziehungen und war so leichtsinnig, demselben eine ganze Anzahl von Briefen zu schreiben, durch die sie schwer kompromittiert werden mußte. Die gestern als Jagam benommene Frau behauptet, daß sich der Angeklagte ihr mit List genähert und sie nach und nach ganz in seine Hände bekommen habe. Sie habe

ihm nach und nach viel Geld geben müssen und erst später eingesehen, wach gefährlicher Wunsch die Gewalt über sie erhalten habe. Sie sei für ihren Leichtsinns schwer bestraft worden und habe lange Zeit todkrank darniedergelegen. R. A. Morris als Verteidiger des Angeklagten behauptet, daß die Annäherung von diesem ausgegangen sei. Die Briefe seien der Gegenbeweis, ebenso die Thatsache, daß der Angeklagte auf ihren Wunsch seine damalige billige Stube im quartier latin ausgeben und zwei Zimmer im Wesen gemietet habe. — Im Herbst 1891 verlangte der Angeklagte von der Frau Kommerzienrat die Summe von 18 000 M. unter der Drohung, daß er im Fall der Nichtzahlung die kompromittierenden Briefe ihrem Ehemann ausshändigen werde. Damit war dem Joch der Hohen ausgehoben. Der Hauslehrer gab seine Stellung auf und siedelte nach Freiburg i. Br. über, die Frau Kommerzienrat aber war in der Rotlage, nunmehr ihrem Ehemann alles zu gestehen und dessen Verzeihung für ihren Schritt vom Wege zu erbitten. Der Angeklagte wurde aus Freiburg herüber citiert und von dem Kommerzienrat mit Ausdrücken der Empörung über sein schändliches Verhalten überfalls. Er forderte die sofortige Herausgabe der Briefe, widrigenfalls er die nötigen Konsequenzen ziehen müßte. Der Angeklagte gab dann auch eine Anzahl Briefe heraus, es blieben aber „aus Irrtum“ noch 5—7 Briefe in seiner Hand, die er erst später vorgefunden haben will. Der Angeklagte behauptet, daß bei den Verhandlungen mit dem Kommerzienrat er diesen gesagt habe, daß er etwa 18 000 M. Schulden habe, die ihm aus dem Verkehr mit der Frau angeblich entstanden seien. Nach seiner Behauptung habe der Kommerzienrat bei dieser Gelegenheit die Verpflichtung übernommen, diese Schulden zu bezahlen, was von der andren Seite entschieden bestritten wird. Thatsächlich sind nur einige Lapperei-Scheine für den ehemaligen Hauslehrer bezahlt worden und der tief gekränkte Ehemann erklärte sich bereit, nach Kräften für sein Fortkommen zu sorgen, falls er ins Ausland gehen würde. Der junge Mann erklärte sich auch dazu bereit und ging nach Paderborn, wo er bald ein gut besoldeter Sekretär der dortigen Eisenbahn-Gesellschaft wurde. Der Kommerzienrat hatte ihm die Wege dorthin geebnet und auch wiederholt Geld für ihn angewiesen. Im Jahre 1898 kam der Angeklagte aus der Türkei wieder zurück, angeblich weil er das dortige Klima nicht vertragen konnte. Im Herbst 1898 wandte er sich an ein hiesiges Instanz-Institut und übergab ihm seine angebliche Forderung von 18 000 M. zur Einziehung. Der Vertreter des Instanz-Instituts begab sich deshalb zu dem Kommerzienrat, weil ihm der Angeklagte gesagt hatte, er solle zunächst einmal mit diesem sprechen. Bei dieser Unterredung hat der Kommerzienrat sich durchaus ablehnend verhalten und den Angeklagten auf den Klageweg verweisen lassen, wenn er glaube, Ansprüche zu haben. Der Angeklagte strengte dem auch wirklich die Klage wegen der 18 000 M. an und der Prozeß dauerte vom Jahre 1899 bis zum 2. Januar 1901. In erster Instanz wurde der Angeklagte vom Handelsgericht abgewiesen. Auch in zweiter Instanz erfolgte die Abweisung, obwohl der Angeklagte dabei verblieb, daß seine Forderung von 18 000 M. eine vollberechtigte sei und der Kommerzienrat ihn ganz wohl seinen Willen nach dem Auslande bugsiert habe, obgleich er damals eine glänzende dotierte Hauslehrerstelle in einem der ersten Häuser der Finanzaristokratie in sicherer Aussicht gehabt habe. Das Urteil zweiter Instanz wurde vom Reichsgericht vernichtet und auf Eidesleistung erkannt. Der Kommerzienrat leistete den Eid dahin, daß ihm der Angeklagte nicht ein mit 18 000 M. abschließendes Schuldenverhältnis übergeben und er sich nicht verpflichtet habe, diese Schulden zu bezahlen. Daraufhin erfolgte die Abweisung des Angeklagten mit seinem Klageanspruch. Als die Sache an die II. Instanz zurückgewiesen wurde und die Eidesleistung in Sicht stand, schickte der Angeklagte eine auf den Zivilfreit bezügliche pikante Notiz an mehrere Zeitungen, hat um Aufnahme und stellte in Aussicht, daß demnächst eine den Thatsachen des Prozesses verführende pikante Broschüre erscheinen würde. Die Zeitungen haben die Notiz nicht aufgenommen, einige haben vielmehr den Kommerzienrat davon in Kenntnis gesetzt. Dasselbe that der Vertreter der Trautwein'schen Buchhandlung, als der Angeklagte mit dem Ansuchen an ihn herantrat, die Broschüre, die auch die Briefe enthielten, zu verlegen. Der Kommerzienrat trat dann, um Ruhe vor dem Angeklagten zu haben, durch den R. A. Stoffe in Vergleichsverhandlungen mit dem Angeklagten, die aber zu nichts führten. Schließlich schickte der Angeklagte an den Rechtsanwalt Stoffe die Abschrift einer Strafanzeige, die er gegen die Frau Kommerzienrat bei der Staatsanwaltschaft eingereicht hatte, die aber gänzlich unbegründet war. Nunmehr erfolgte die Strafanzeige gegen ihn. — Rechtsanwalt Morris suchte durch eine Reihe von Vereinstreibungen dazutun, daß der Angeklagte voll davon überzeugt sein konnte, daß ihm die Forderung von 18 000 M. zustand.

Der Gerichtshof kam zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte sich der fortgesetzten verächtlichen Erpressung schuldig gemacht habe und erkannte dieselbe auf neun Monate Gefängnis und 3-jährigen Ehrverlust.

Brennische Gefangenenbehandlung. Aus Köln a. Rh. wird vom Freitag berichtet: Unter großem Andrang des Publikums begann heute Freitag der Prozeß gegen den Chefredacteur der „Köln. Zeitung“ Ernst Poise und den Dr. med. Schünke wegen Verleumdung der Gefängnisverwaltung. Dr. Schünke ist aus dem Eberfeld'schen Militärbefreiungs-Prozesse bekannt. Auf Denunziation eines Polizeispitzels Hufefeld ist er in Untersuchungshaft genommen und dort in haarsträubender Weise behandelt worden. Eine Mitteilung über diesen Vorkall hat die „Köln. Zig.“ gebracht; die Anklagebehörde vermutet in Schünke den Verfasser. Schünke beklundet: Da er kurz vorher krank gewesen sei, habe er schwer unter der Behandlung zu leiden gehabt. Man habe ihn mit gewöhnlichen Verbrechern zusammen im Zellenswagen zu den Vernehmungen gebracht, und trotzdem seine Angehörigen für ihn Geld zur Verpflegung eingezahlt hätten, habe er zehn Tage lang Gefängnisloft gemessen müssen.

### Verfammlungen.

Der Verein deutscher Schuhmacher hielt am 22. d. Mts. eine leider nur schwach besuchte außerordentliche Generalversammlung ab zwecks Beratung der Anträge zur Mündener Generalversammlung und Wahl von 2 Delegierten zu derselben, sowie zur Brandenburgischen Provinzialkonferenz. Eine längere Diskussion zeitigte der Antrag der Ortsverwaltung, die Einführung der obligatorischen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung nur durch eine Abstimmung und bei Zweidrittel-Majorität der Abstimmenden einzuführen; ferner der Antrag, Redaktion und Expedition des Fachblattes von Gotha nach Berlin zu verlagern. Die von der Ortsverwaltung unterbreiteten Anträge gelangten sämtlich zur Annahme, ebenfalls eine aus der Mitte der Versammlung eingegangene Protestresolution, welche sich principell gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ausspricht. Als Delegierte zur Provinzialkonferenz wurden gewählt Johann und Otto Herrmann. Die Wahlen zur Generalversammlung fanden nicht ihre volle Erledigung, da eine Stichwahl erforderlich ist. — Irntümlich ist in dem letzten Generalversammlungs-Bericht Weber mit als gewählter Revisor angeführt; das ist nicht richtig, gewählt wurde vielmehr August 6.

Die Gewerkschaft der Maler hielt am Sonntag, den 19. Januar, ihre erste Generalversammlung in den Anninbällen ab. Aus dem Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes, den der Vorsitzende dem Preise gab, war zu ersehen, daß die Organisation trotz des schweren wirtschaftlichen Niedergangs im verfloffenen Jahre noch Fortschritte zu verzeichnen hatte. Die gesamte Korrespondenz belief sich auf 991 Ein- und Ausgänge, sowie einige Devisen- und Geldsendungen. 8 ordentliche, 3 außerordentliche Vorstandssitzungen und 5 Verwaltungssitzungen haben stattgefunden. Generalversammlungen haben 4 ordentliche und 1 außerordentliche stattgefunden, außerdem 4 Mitglieder- und 3 öffentliche Versammlungen. Die Gewerkschaft, welche am Ende des Jahres 1900 143 Mitglieder mit 294 Mitgliedern aufwies, hatte am Ende des Jahres 1901 193 Mitglieder mit 715 Mitgliedern. Die Kassen-Versammlung fand unter reger Beteiligung

der Mitglieder statt, trotz des Mises des Verbandes der Malerriegel-Mitglieder. Maßregelungen fanden keine statt. Neuwahl wurde in 2 Fällen gewählt und fiele zu Gunsten der Kollegen aus. Die Bilanz des Jahresberichts wies eine Einnahme von 3088,71 M. auf, der eine Ausgabe von 3193,10 M. gegenüber stand. Der Vorstand hatte sich des weiteren mit einer Neubearbeitung der Statuten zu befassen; auch gab derselbe eine Statistik heraus, um über die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Arbeitslosigkeit der Mitglieder orientiert zu sein. Nach einer kurzen Debatte gab Nicolai Bericht über die Maßnahmen der Gesamtverwaltung, welche innere Vereinsangelegenheiten betreffen. Die Wahl des Vorstandes zeitigte folgendes Resultat: Zum 1. Vorsitzenden wurde H. Weisse, A. Heiligermann als zweiter gewählt, erster Kassierer wurde J. Hebbard, R. Köhlstrund zweiter, zum Schriftföhrer wurde S. Klein gewählt und zu Beisitzern A. Schulz und G. Müller. — Die Wahl zur Agitationskommission, welche kein Resultat zeitigte, soll gleich der übrigen Tagesordnung zu einer demnächst einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung angehängt werden. Nachdem noch des verstorbenen Kollegen Kreuze-Weinjes durch Erheben von den Sigen gedacht war, wurden die Mitglieder ersucht, sich recht rege an der Arbeitslosen-zählung zu beteiligen.

Der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter hielt am Sonntag, den 19. Januar, bei Raabe seine Generalversammlung ab. Nach dem Vorstandsbericht haben vier öffentliche und zwei Mitglieder-versammlungen stattgefunden, außerdem vier Vorstandssitzungen (dabei zwei mit den Vertrauensleuten) und vier Bezirks-Versammlungen. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 971,11 M., eine Ausgabe von 246,86 M. An den Hauptvorstand wurden 351,70 M. abgeführt, an Bestand blieben 823,05 M. Weisse gab den Bericht der Bibliothek und regte an, die Bibliothek zu vergrößern. Der Antrag wurde aber abgelehnt, da jetzt das Geld anderweit gebraucht wird. Als Stellvertreter der Bibliothekar wurde Vogel gewählt. Mehrere Studenten haben sich angeboten, unentgeltliche Kurse abzuhalten, wozu sich 17 Kollegen beteiligen wollten. Nach Erledigung der Vereinsangelegenheiten hielt Genosse Saffenbach einen Vortrag über Fernunterricht, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Nach kurzer Diskussion schloß die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Der Fachverein der Bretterträger und Brettschneider hielt am 20. d. M. im „Königshöflichen Kasino“ seine Generalversammlung ab. Die Einnahme ergab eine Einnahme von 206,00 M. und eine Ausgabe von 105 M. In den Vorstand wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden Paul Karnal, zum 1. Kassierer Wih. Schönwald, zum 1. Schriftföhrer Gärner, zum 2. Vorsitzenden Hinge, zum 2. Kassierer Otto und zum 2. Schriftföhrer Händner. In Revisoren wurden gewählt Teurich, Lehmann und Niemer, zu Hilfskassierern Geruis, Wille und Kräger. Zum Delegierten für das Seiverkschafts-karteil wurde Kräger, als Vertreter C. Teurich gewählt. Drei kranker Kollegen wurden je 20 M. Unterstützung bewilligt.

Die Bureauangestellten hielten am 21. Januar c. ihre regelmäßige Mitglieder-versammlung bei Bauer, Rosenfäherstr. 37, ab. Folgende hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „das Mietrecht“. Hierauf gab Danziger einen kleinen Bericht aus der Berliner Gewerkschaftskommission, speziell betr. die Arbeitslosen-zählung, den Jadruch noch in einigen Punkten ergänzte. Mit einer Aufforderung des Vorsitzenden, sich recht rege an der Arbeitslosen-zählung zu beteiligen, schloß die Versammlung.

### Bereinskalender.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Zweiter Vor-sitzender: H. Hübner, Wilhelmstraße 134. Erster Kassierer: Selbst-Redienstraße 16. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrichsforum, Köpenickerstr. 33. Sonnabend, abends 9—11 Uhr: Nebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — „Sanges-Ges.“, Köpenickerstr. 6. — „Nimmermann“, Tegel, Rentner, Spandauerstr. 15. — „Sommer VII“, Kummelburg, Rentling, Gesehe und Rantler-Ges. — „Weiße Aole II“, Reichenberg, Sorrer, Schmiedstr. 54. — „Eintracht I“, Teltow, Dery, Reichenbergerstr. 6. — „Sängerklub“, Kuden-walde, Schulze, Reichenbergstr. 34. — „Einigkeit II“, Reichenberger „Woh“, Weidw., Wittenberg. — „Echo II“, Worlag, Wittenberg, die Hirschwalde, Brand. — „Gemüthlicher Chor“, Kuden-walde, Gerhart, Paas 5. — „Ober-Schönweiber Liedertafel“, Ober-Schönweide, Bogener, Schönstr. 5. — „Blid zu“, Eldig, Panke, 324. — „Freie Sönger“, Oranienburg, Sand-hausen, Mäker (Waldhaus).

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Rebetz, Berlin, Rudowstr. 44, 4. Tr. Sonnabend: „Davana II“, Romow-Remondor, Bernhardt, Diekerstr. 31. — „Blid zu“, Niddorfer, Köpenicker, Weide, Diekmannstr. 19. — „Kuba“, Ewaldstr., Diekmannstr. 2. — „Poppel“, Diekmann, Buchholzerstr. 5. — „Davana I“, Niddorf, Hing, Rullstr. 69. — „Winter Dampf“, Dore, Wittenbergstr. 32a. — „Kommune“, Bärth, Drontheimerstr. 1e. — „Grüne Wiese“, Schöner, Straußbergerstr. 63. — „Einigkeit III“, Denge, Dergleide, Hauptstraße 46. — „Unter Tegel“, Ruppel, Teltow, Pöcher Striemweg 41. — „Gemeinschaft V“, Nier, Oranienburg, Ruppelstr. — „Klub 1000“, Ruppel, Köpstr. 57. — „Angler I“, Zuleger, Zimmerstr. 60. — „Gemeinschaft VI“, Weide, Hbarsatenburg, Kummelstr. 60. — „Unter Zug“, Berndt, Buchholzerstr. 1. — „Wälder“, Dohmann, Söhrenwälderstr. 47. — „Einigkeit IV“, Bärth, Neu-Jütin. — „Einigkeit V“, Weidw., Reichenbergerstr. 48. — „Weidwälder I“, Poppel-Wäler 31. — „Fortuna“, Niddorfer, Stöckstr. — „Verdina“, Teltow, Pöcher Striemweg 41 (alle 14 Tage). — „Grüne Aole“, Friedenstr. 91.

Central-Räucherbund. Buchhellen und an Reick, Niddorf, Julius-str. 26, zu richten. Sonnabend: „Gänge Wäler“, Niddorf, Wälerstr. 20. — „Blid zu“, Niddorf, Ringbahnstr. 21. — „Kroftum“, Knechtelstraße, bei Spandenberg. — „Kunge Wäler“, Niddorf, Wälerstr. 4. Arbeiter-Turnerbund. Sonnabend: Turno, Hilde, Berlin, abds. 8—10 Uhr: 1. Männer-Abt. Friedenstr. 37. — 2. Männer-Abt. Boefstr. 17/20. — 7. Männer-Abt. Reichenbergerstr. 131—132. — 8. Männer-Abt. Hühnerstr. 36/37. — 2. Weibungs-Abt. Stallger-str. 55—56. — 4. Weibungs-Abt. Stremmsstr. 20 (Kobbit). — 5. Weibungs-Abt. Köpstr. 67. — „Freie Turnerschaft Jodanisstr.“ abds. 9—10 Uhr Zentr. leben. — Turnerschaft d. S. „Arcus“ (gegründet 1882), 1. Weibungs-Abteilung 8—10 Uhr abds. Reichenbergerstr. 7. — „Arb. Turn.“ in Niddorfer, Padden-Billa, Rudower Chaussee, Männer-Abt., Mittwochs-Abteilung, Köpstr. 37. — „Freie Turnerschaft“, Köpstr. 37. — „Freie Turnerschaft“, Köpstr. 37.

„Secreta“. Verein zur Beförderung der Sprachfähigkeit Stotterender. Uebungsabend jeden Sonnabend Niddorferstr. 7, Gemeindegäude. Zwanglose Zusammenkünfte mit Damen im Restaurant des Gewerkschaftshauses. Sonnabend: Buchbinder. Deutscher socialdemokratischer Kreislauf in Paris. 82 rue Notre-Dame de Nazareth, 3e arrond. Brasserie des 3 Suisses. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht. London. Der einzige socialdemokratische Verein Londons, der alte, von Karl Marx und Friedrich Engels 1846 mitgegründete Kommunistische Arbeiter-Vereinsverein befindet sich nach wie vor 40 Tottenham Street, Tottenham Court Way, London. Alle Ansuchen in gewerkschaftlichen und parteigenössischen Angelegenheiten sind an vorstehende Kreise unter Bezeichnung: „An den 1. Sekretär“ zu Händen des Vereinsvorstands, zu richten. Verein Vorwärts, Johannesthal (Traudoan). Vereinslokal: Propst-Wälerstr. Corner of Warfall and Small Street. Deutscher Arbeiterverein Briesel. Verkehrs- und Vereinslokal: Maison du peuple. Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“. Gau 9 (Wrau Brandenburg). Alle Buchhellen und Anfragen den Bund betreffend sind zu richten an den Gauvorsitzenden Karl Hübner, Berlin NW, Niddorfstr. 3. Sonnabend: „Wälderklub“, Kummelburg, jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. bei Jöge, Prinz Albrechtstr. 13. Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 26. Januar, vormittags 8½ Uhr, in der Aula der 96. Gemeindegäude, Kleine Frankfurterstr. 8: Versammlung. „Freireligiöse Versammlung“. Um 10½ Uhr vormittags, ebendortselbst: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Gerke: „Die Wege zum Glück“. Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Musik-Darmontium. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. Sozialverband der Elektrountere. Sonnabend, 25. Januar, abends 9 Uhr, Kleine Niddorfstr. 3: Beginn eines Vortragskurses über Electricität und deren Anwendung, mit Projektionsbildern und sämtlichen Verordnungen dazu. Kreisverein der Maschinbau- und Metallarbeiter Berlin 7. Sonnabend, den 25. Januar, abends 8½ Uhr: Versammlung. Niddorfstr. 161.

# Achtung, Metallarbeiter!

Die Kollegen, die sich an der Arbeitslosenzählung beteiligen, versammeln sich am 26. Januar, vormittags 8 Uhr, in folgenden Lokalen:

**Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15, Saal I und IV. **Brüder**, Baldemarstr. 75. **Reholf**, Wasserthorstr. 68. **Ewald**, Schönleinstr. 6. **Habels Brauerei**, Bergmannstr. **Königshof**, Bülowstr. 37. **Arminhallen**, Kommandantenstr. 20. **Fischer**, Waldstr. 8. **Peters**, Alt-Moabit 80/81. **Schüler-Brauerei**, Turmstr. 25. **Norddeutsche Brauerei**, Chausseestrasse 58. **Cösliner Hof**, Cöslinerstr. 8. **Diele**, Adlerstr. 123. **Wernau**, Schwedterstr. 23/24. **Swinemünder Gesellschaftshaus**, Swinemünderstr. 42. **Brinkmann**, Bringen-Allee 21. **Rümann**, Brunnenstr. 188. **Bauer**, Rosenthalerstr. 57. **Feind**, Weinstr. 11. **Schweizer Garten**, Am Friedrichshain. **Königsbau**, Frankfurterstr. 117. **Stichert**, Andreasstr. 21. **Keller**, Koppenstr. 29. **Elysiun**, Landsberger Allee 40.

Diese Lokale sind bereits in der heute erscheinenden „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht. Im Laufe der Woche sind noch die folgenden Lokale hinzugekommen.

**Charlottenburg**, Leder, Bismarckstr. 74. **Schöneberg**, Obst, Meiningenstr. 8. **Wilmersdorf**, Witte, Berlinerstr. 40. **Steglich**, Schellhase, Hornstr. 15a. **Tempelhof**, Müller, Berlinerstr. 41. **Rixdorf**, Thomas (Apollo-Theater), Hermannstr. 48. **Baumschulweg**, Staffeld, Baumschulstr. 84. **Rummelsburg**, Beutling, Goethe- u. Kantstr. 11. **Lichtenberg**, Bitterbusch, Friedrich Karlstr. 11; Bastian, Hagen- und Sudrustr. 11. **Friedrichsfelde**, Loffe, Luisenstr. 20. **Weissensee**, Schumann, Leberstr. 118. **Pantow**, Hoffmann, Mühlstr. 25. **Reinickendorf-Ost**, Puzirer, Provinzstr. 47. **Reinickendorf-West**, Engel, Eichbornstr. 73.

Jeder Kollege, der nicht politisch thätig ist, begibt sich nach dem Lokal, das seiner Wohnung am nächsten liegt. Wir erwarten, daß alle Kollegen, die in den Listen eingetragen, zur Stelle sind.

## Achtung! Socialdemokratischer Wahlverein Achtung!

# VI. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 28. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung

im Berliner Prater, Kaffianen-Allee Nr. 78.

**Tages-Ordnung:**  
1. Welche Aufgaben stellt uns die Beteiligung an der Landtagswahl?  
Referent: Genosse Reichstags-Abgeordneter Zubell. 2. Diskussion. 3. Bekanntgabe des Schiedspruchs der Kontroll-Kommission. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand: J. A. Wilhelm Fresthaller, Garten-Platz 1.

## Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler u. deren Berufsgenossen.

(E. S. 86, Hamburg.)  
**Mitglieder-Versammlungen**

finden statt:  
**Bezirk A** am Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Rosack, Rantaustr. 9.  
**Bezirk B** am Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Restaurant zur Dürer“, Stalligerstr. 30.  
**Bezirk C** am Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Wertz, Wälderstr. 66.  
**Bezirk D** am Montag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Bauer, Rosenthalerstr. 57.

**Tages-Ordnung:**  
1. Geschäftsliches. 2. Vierteljähriger Kasernenbericht pro 4. Quartal. 3. Verschiedenes.  
Die Zahlstellen, in denen an jedem Sonnabendabend neue Mitglieder (bis 45 Jahre) aufgenommen werden, befinden sich: Rantaustr. 78 bei Grundmann; Reine Androssstr. 14 bei Schmidt; Reichenbergerstr. 29 bei Schmidt; Stalligerstr. 69 bei Diele; Jansenstr. 46 bei Went; Alte Jakobstr. 69 bei Seng; Fischerstr. 11 bei Radau; Georgenstr. 25 bei Kaditz; Turmstr. 69 bei Ohm.  
Die Ortsverwaltungen.

## Centralverband der Maurer etc.

Zahlstellen Berlin und Umgegend.  
Montag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15.

## Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: Klarstellung des Falls Thüring wider Veder.  
Mitgliedsbuch legitimiert. [136/16\*] Regen Besuch erwartet Die Verbandsleitung.

## Central-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder

(E. S. 33.) Verwaltungsstelle Berlin.  
Montag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: 23/4

**Haupt-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kasernen- und Kontrollbericht pro IV. Quartal 1901. 2. Bericht über die Apothekerfrage bezw. Einigungsverhandlungen. 3. Verschiedene Kasernenangelegenheiten.  
Die neuen Mitgliedsbücher können in Empfang genommen werden.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

## Grosser Räumungs-Ausverkauf!

Wegen vollständiger Umgestaltung meines Geschäfts und wegen Ueberfüllung des Waren-lagers schleunigster Ausverkauf zu bisher unerreicht billigen Preisen:

Winter-Paletots . . . . .	Mt. 8,00 an	Jackett-Anzüge . . . . .	Mt. 8,75 an
Frühjahrs-Paletots . . . . .	7,25 . . . . .	Kod.-u. Schrot-Anzüge . . . . .	16,25 . . . . .
Winter-Joppen . . . . .	3,90 . . . . .	Stoff-Hosen . . . . .	2,40 . . . . .
Frühjahrs-Joppen . . . . .	0,95 . . . . .	Arbeiter-Hosen . . . . .	1,30 . . . . .

Einssegnungs-Anzüge in großer Auswahl von Mt. 8,25 an.  
Specialität: Arbeiter- und Berufs-kleidung jetzt zu halben Preisen.  
Anfertigung nach Mass jetzt zu denbar billigsten Preisen.  
**Carl Sonnenfeld**  
Berlin N., Reinickendorferstr. 1, Ecke Schulzendorferstr. (im Hause der Apotheke, am Weddingplatz.)

## Bekanntmachung

der Gemein. Orts-Krankenkasse für Mariendorf u. Umgegend.  
**III. Nachtrag**  
zum veränderten Statut der Gemein. Orts-Krankenkasse für Mariendorf und Umgegend.  
Beschlüssen in der Generalversammlung vom 24. November 1901.

§ 12 erhält folgenden Wortlaut:  
Als Beitrag für die Bereinigung der Kasennleistungen und der Beiträge gilt (der wirkliche Arbeitsverdienst der einzelnen Versicherten, soweit er die Rate für den Arbeitstag nicht übersteigt, nach näherer Bestimmung des § 13) der für die betreffenden Mitglieder in Betracht kommende durchschnittliche Tagelohn.  
Derselbe ist festgesetzt:  
1. für männliche in Fabrikbetrieben beschäftigte Handwerker, Gesellen u. Gehilfen jeder Art über 16 Jahre auf . . . . . 3,00 M.  
2. für männliche in Handbetrieben beschäftigte Gesellen und Gehilfen, sowie sämtliche gewöhnliche Tagelöhner einschließl. der in Fabrikbetrieben beschäftigten über 16 Jahre auf . . . . . 2,50 M.  
3. für Weibliche und männliche Kasennmitglieder unter 16 Jahren auf . . . . . 1,30 M.  
4. für weibliche Kasennmitglieder über 16 Jahre auf 1,50 M.  
5. für weibliche Kasennmitglieder unter 16 Jahren auf . . . . . 1,00 M.  
Diese Sätze bleiben in Geltung, bis sie durch die höhere Verwaltungsbehörde anderweitig festgesetzt werden.  
In diesem Falle sind die neuen Sätze durch die im § 66 bezeichneten Blätter bekannt zu machen.  
§ 30 erhält folgenden Wortlaut:  
Die wöchentlichen Kasennbeiträge betragen:  
1. für männliche in Fabrikbetrieben beschäftigte Handwerker, Gesellen und Gehilfen jeder Art über 16 Jahre auf . . . . . 54 Pf.  
2. für männliche in Handbetrieben beschäftigte Gesellen und Gehilfen, sowie sämtliche gewöhnliche Tagelöhner einschließl. der in Fabrikbetrieben beschäftigten über 16 Jahre auf . . . . . 45 Pf.  
3. für Weibliche und männliche Kasennmitglieder unter 16 Jahren auf . . . . . 24 Pf.  
4. für weibliche Kasennmitglieder über 16 Jahre auf . . . . . 27 Pf.  
5. für weibliche Kasennmitglieder unter 16 Jahren auf . . . . . 18 Pf.  
Die Beiträge sind für jede Woche innerhalb welcher der Versicherte der Kasse angehört, ihrem vollen Betrage nach zu entrichten. Dabei gilt als Woche der Zeitraum von Montag bis Sonntag einschließlich.  
§ 39 Absatz 1 erhält folgenden Wortlaut:  
Die Mitglieder des Vorstandes werden auf 3 Jahre gewählt, bleiben oder nach Ablauf dieser Zeit so lange im Amt, bis ihre Nachfolger in den Vorstand eingetreten sind. Nach Ablauf eines jeden Jahres scheidet ein Drittel der Vorstandsmitglieder aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird unter den erstmalig Gewählten im ersten und zweiten Jahre durch das Los, demnach durch das Dienstalter bestimmt.  
270/11

Diese Änderung tritt mit dem ersten Montag nach dem Erben des Monats, der auf die rechtsgültige Bekanntmachung folgt, in Kraft.  
Mariendorf, den 24. November 1901.  
Der Vorstand.  
Genehmigt:  
Potsdam, den 9. Januar 1902.  
L. S.  
Namens des Bezirksausschusses:  
Der Vorsitzende:  
In Vertretung: Joachim, Beröhrlicht:  
Mariendorf, den 21. Januar 1902.  
W. Beer, erster Vorsitzender.

## Patentanwalt Dammann

Moritzplatz 57.  
Kundstuf bis abends neun. [32342\*]

## Ist das billig?

100 Stüd 6 Bl. lang . . . . . 0,60  
100 7 - - - - - 0,70  
100 7 - - - - - 0,85  
1 Str. Hankels Werke, das Beste auf dem Marke, ungepackt . . . . . 0,75  
Industrie □ Brionette a Str. . . . . 0,65  
**Josef Fischer, Cigarfabrik**, Mitte Bismarckstr. 19-21, ab Platz.  
**Patentanwalt Dammann**, Moritzplatz 57.  
Kundstuf bis abends neun. [32342\*]

## Soal und Vereinszimmer

30-250 Personen fassend, zu Festlichkeiten und Versammlungen, auch an den Osterfesttagen frei.  
478\*  
Julestr. 10. Jannasek.

## Verband der Möbelpolierer.

Montag, 27. Januar, abends 7 Uhr, Admiralsstr. 18c:  
**Sitzung des Vorstandes.**  
Sämtliche Kollegen, welche in Berlin und Umgegend ein Amt bekleiden, sind hierzu eingeladen.

Montag, 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Admiralsstr. 18c:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Beratung über die geleisteten Beiträge. 2. Wahl. 3. Verschiedenes und Entgegennahme der Kontrollarbeiten, sowie Ausgabe der Biletts zum Rastendahl am 8. März. 145/4  
Die Mitglieder werden ersucht, sich morgen an der Arbeitslosenzählung zu beteiligen.  
Die Versammlung in Lichtenberg fällt aus. Der Vorstand.

## Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz.

Allen Freunden und Gönnern zur Nachricht, daß am 23. Januar unter Turngenosse **Bruno Müller** nach langem, schweren Leiden gestorben ist. Wer den Verstorbenen kannte, wird wissen, was die freie Turnerschaft an ihm verlor. 840  
Die Beerdigung findet Sonntag, 26. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofs, Rixdorf, Hermannstr. 4, aus statt.  
Um zahlreiche Teilnahme ersucht  
Der Vorstand.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
Sonntag, den 26. Januar, vormittags 11 Uhr:  
**Morgensprache der Schraubendreher**  
110/16 bei Wetzel, Branaustr. 136.  
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

## Centralverein der Bildhauer Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.  
Dienstag, den 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:  
**Recitationsabend der Dichterin Frä. Klara Müller.**  
Gäste, Herren und Damen, willkommen. Eintritt frei. Eröffnung 8 Uhr.

## Außerordentliche General-Versammlung

betreffs Erhöhung des Beitrages.  
20/1\* Der Vorstand.

## Bilderrahmenmacher.

Montag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, bei Ewald, Schönleinstr. 6:  
**Öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Bericht der Kommission und Wahl eines Obmanns. Geschäftsliches.  
Die Kollegen werden ersucht, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.  
77/20\* J. A. Fr. Damast.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Die Kollegen, die sich an der Arbeitslosen-Zählung beteiligen, werden ersucht, sich am Sonntag, den 26. Januar, morgens 8 Uhr, in folgenden Lokalen einzufinden:

**Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15, Saal I und IV. **Brüder**, Waldemarstr. 75. **Reholf**, Wasserthorstr. 68. **Ewald**, Schönleinstr. 6. **Habels Brauerei**, Bergmannstr. **Königshof**, Bülowstr. 37. **Arminhallen**, Kommandantenstr. 20. **Fischer**, Waldstr. 8. **Peters**, Alt-Moabit 80/81. **Schüler-Brauerei**, Turmstr. 25. **Norddeutsche Brauerei**, Chausseestrasse 58. **Cösliner Hof**, Cöslinerstr. 8. **Diele**, Adlerstr. 123. **Wernau**, Schwedterstr. 23/24. **Swinemünder Gesellschaftshaus**, Swinemünderstr. 42. **Brinkmann**, Bringen-Allee 21. **Rümann**, Brunnenstr. 188. **Bauer**, Rosenthalerstr. 57. **Feind**, Weinstr. 11. **Schweizer Garten**, Am Friedrichshain. **Königsbau**, Frankfurterstr. 117. **Stichert**, Andreasstr. 21. **Keller**, Koppenstr. 29. **Elysiun**, Landsberger Allee 40. **Rummelsburg**, Beutling, Goethe- u. Kantstr. 11. **Lichtenberg**, Bitterbusch, Friedrich Karlstr. 11; Bastian, Hagen- und Sudrustr. 11. **Friedrichsfelde**, Loffe, Luisenstr. 20. **Weissensee**, Schumann, Leberstr. 118. **Pantow**, Hoffmann, Mühlstr. 25.

## Achtung! Billig! Preiskohlen-Verkauf. Billig!

Verkauf ab Bahn, Michaelkirchbrücke, beste Teufelberger Preiskohlen, Marie Marie „B. K.“, allerschönes Format, mit 90 Pf. den Centner, 1 Centner Preiskohlen von 7 Zoll = 110 bis 115 Stück Industriekohle der Centner 85 Pf. 816  
NB. Organisierten Arbeitslosen und Konsumvereinsmitgliedern, welche sich legitimieren, gewährt ich 5 Pf. pro Centner Ermäßigung.  
Ludwig Lang.

## Kufeke's BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder Kidermehl.

**SULIMA CIGARETTEN.**  
Feinste Marken!  
Jährliche Production: 163 Millionen.  
**Matrapas**  
feine Specialität zu 3-10 Pfg. p. Stück  
In allen Specialgeschäften erhältlich.  
garantirt rein u. blumig

## Druckfehler-Berichtigung.

In dem Inserat Wilhelm Stein, Warenhaus, in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“, soll es in der mittleren Spalte bei „Vorwärtspreise für Kaffee“ unter Bezeichnung IV 0,90 Pf. pro Pfund heißen, nicht 0,00.